FACIT

Beiträge zur marxistischen Theorie und Politik

Über das Verhältnis von Sozialismus und Kommunismus

Zur Kritik der bürgerlichen Rechtswissenschaften

Marxismus – Ergänzungen und Entstellungen

Durch eine neue Technik zu einer neuen Klasse – Kritisches zur Theorie der „neuen Abeiterklasse"

Berufsbildung auf dem Wege in die Zukunft?

„Proletarische Aufklärung" oder sozialistischer Hochschulkampf – Zur Politik des maoistischen „K"SB

Marxistischer Studentenbund SPARTAKUS

2/71

facit 27 **2,50 DM** **Juli 1972**

		Seite
Prof. Dr. Gerhard Riege	Über das Verhältnis von Sozialismus und Kommunismus	1
Hartmut Geil, Uwe Günther, Friedhelm Hase	Zur Kritik der bürgerlichen Rechtswissenschaften	9
Prof. Walter Hollitscher	Marxismus — Ergänzungen und Entstellungen	34
Dr. Günter Krause	Durch eine neue Technik zu einer neuen Klasse? — Kritisches zur Theorie der „neuen Arbeiterklasse“	47
Wolfgang Bartels	Berufsbildung auf dem Wege in die Zukunft? Zum „Berufsbildungskongreß der Deutschen Wirtschaft“	57
H. H. Adler, H. Wienert	„Proletarische Aufklärung“ oder sozialistischer Hochschulkampf — Zur Politik des maoistischen „K“SB	64
	Rezensionen	91

Impressum

Erscheint in der Weltkreis-Verlags-GmbH., 46 Dortmund

Herausgeber: Facit e. V., 53 Bonn, Colmantstraße 32

Redaktion: Jürgen Büscher (verantwortlich), Klaus Görke, Christof K. Kievenheim, Roland Lang, Steffen Lehndorff, Werner Loch, Gunnar Matthiessen, Peter Schöttler.

Redaktionsadresse: Facit e. V., 53 Bonn, Colmantstraße 32

Der Preis des Einzelheftes beträgt 2,50 DM, der des Doppelheftes 5,— DM. Im Abonnement beträgt der Preis nur 2,— DM, bzw. 4,— DM. Ein Jahresabonnement (5 Hefte) beträgt 10,— DM + Porto (bei Vorauszahlung nach Erhalt des ersten Heftes). Bei Gruppenabnahmen ab 10 Expl. gilt ebenfalls der ermäßigte Abonnementspreis.

Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Herausgeber und der Redaktion wieder. Für unverlangt eingesandte Manuskripte wird keine Gewähr übernommen. Nachdruck nur mit Zustimmung der Redaktion.

Druck: Plambeck & Co., Neumünster

Über das Verhältnis von Sozialismus und Kommunismus

Prof. Dr. Gerhard Riege, Friedrich-Schiller-Universität Jena

Bereits Marx und Engels führten den wissenschaftlichen Nachweis, daß die kapitalistische Gesellschaftsformation mit Notwendigkeit durch die kommunistische abgelöst werden wird. Als materialistische Dialektiker erkannten sie, daß der Weg vom Kapitalismus zum Kommunismus langwierig, kompliziert und durch verschiedene Etappen gekennzeichnet sein würde. So wird in der Kritik des Gothaer Programms zwischen einer niederen ersten Phase des Kommunismus, die noch mit den Muttermalen der alten Gesellschaft behaftet ist, und einer zweiten höheren Phase unterschieden. In ihr entwickelt sich der Kommunismus auf seiner eigenen Grundlage. (Vgl. Marx/Engels, Werke, Band 19, S. 20 f.) Marx und Engels begründeten nicht nur, daß der Kommunismus eine in zwei Phasen, die sozialistische und die kommunistische, gegliederte einheitliche Gesellschaftsordnung ist, sondern sie arbeiteten bereits die charakteristischen Merkmale beider Phasen heraus. Von der gleichen Erkenntnis ließ sich auch Lenin leiten. Er formulierte sie so: „Wenn wir uns fragen, was der Kommunismus im Unterschied zum Sozialismus ist, so müssen wir sagen, daß der Sozialismus die Gesellschaft ist, die unmittelbar aus dem Kapitalismus hervorwächst; er ist die erste Form der neuen Gesellschaft, während der Kommunismus eine höhere Form der Gesellschaft ist, die sich erst dann entwickeln kann, wenn sich der Sozialismus vollständig gefestigt hat.“ (Lenin, Werke, Bd. 30, S. 274)

Wenn wir den Sozialismus, in dem die Etappe der entwickelten sozialistischen Gesellschaft einen besonderen Platz einnimmt, als eine Phase der kommunistischen Gesellschaft hervorheben, so muß ihre geschichtliche Einordnung gründlich bedacht werden. Es handelt sich immer um einen organischen Zusammenhang von Sozialismus und Kommunismus. Platz und Charakteristik des Sozialismus müssen vor allem im Hinblick auf die Herausbildung der einheitlichen kommunistischen Gesellschaft gesehen werden. Aus dem Zusammenhang zwischen der ersten und der zweiten Phase der kommunistischen Gesellschaft erklärt es sich auch, daß bestimmte Gesetzmäßigkeiten des Sozialismus in der kommunistischen Phase fortwirken werden. Die sowjetische Praxis belegt ja bereits, daß im Sozialismus schon die materiell-technische Basis des Kommunismus gelegt wird. Der Übergang von der ersten in die zweite Phase der kommunistischen Gesellschaft erfolgt also gleichsam organisch, in einem einheitlichen, ständigen Prozeß.

Aussagen zur qualitativen Gleichartigkeit von Sozialismus und Kommunismus als von zwei Phasen gleichen Gesellschaftstyps verbanden die Klassiker des Marxismus-Leninismus mit Schlußfolgerungen zu deren Spezifik. Schon bei Marx und Engels erkennen wir, daß für die Beziehung zwischen Sozialismus und Kommunismus das Verhältnis von Einheit und Unterschied kennzeichnend ist. Damit steht der Sozialismus in einem prinzipiell anderen Verhältnis zum Kommunismus als zum Kapitalismus. Von diesem unterscheidet er sich in seinem gesamten Wesen. Das wird deutlich am entgegengesetzten Charakter der politischen Macht, an der von Grund auf veränderten Stellung der Arbeiterklasse, an der revolutionierten Eigentumsstruktur, die durch die Überwindung des kapitalistischen Privateigen-

tums und die Begründung des sozialistischen Eigentums an den Produktionsmitteln gekennzeichnet ist, an der sozialistischen Planwirtschaft, am Marxismus-Leninismus als ideologischer und theoretischer Grundlage der Gestaltung der sozialistischen Gesellschaft und an vielen anderen Faktoren.

Nach allen Überlegungen zum prinzipiellen Verhältnis zwischen Sozialismus und Kommunismus ist nun zu fragen, worin denn die gemeinsamen Züge beider Phasen und worin ihre Unterschiede bestehen. Die theoretische Diskussion marxistischer Gesellschaftswissenschaftler zu diesem Gegenstand hat ein reiches Material geliefert. Seine Fülle kann nicht annähernd ausgeschöpft werden. Als Gemeinsamkeiten werden jedoch folgende Momente allgemein bejaht:

- grundsätzlich neue sozialökonomische Verhältnisse, die in dem gesellschaftlichen Eigentum an den Produktionsmitteln begründet sind. Aus ihrer Entwicklung ergibt sich die bereits mit dem entwickelten Sozialismus erreichte nichtantagonistische Struktur der Gesellschaft. Das bedeutet die praktische Verwirklichung des Kampfzieles der Kommunisten, die Ausbeutung des Menschen durch den Menschen zu beseitigen. Man kann daher sagen, daß beide Phasen im Prinzip sozial einheitlich sind.
- Die gesellschaftliche Produktion wird maximal mit dem Ziel entfaltet, dem Wohle der Menschen, der immer besseren Befriedigung ihrer materiellen und kulturellen Bedürfnisse, der ständigen Verbesserung ihrer Arbeits- und Lebensbedingungen zu dienen. Die vom VIII. Parteitag der SED beschlossenen Ziele für den nächsten Entwicklungsabschnitt der Gesellschaft und Volkswirtschaft in der DDR sind eindeutig von diesem Leitmotiv bestimmt. Sie zu verwirklichen, verlangt hohen Einsatz von Kraft und Talent aller Werktätigen, eine kluge, mit den Massen verbundene Führungstätigkeit und die Sicherung einer optimalen Proportionalität in der Entwicklung aller gesellschaftlichen Bereiche. Wenn wir davon sprechen, daß im Wohle des Menschen das Zielkriterium jeglicher Arbeit liegt, so steht er hier für eine umfassend gebildete sozialistische Persönlichkeit, die am Prozeß der gesellschaftlichen Entwicklung tätigen Anteil nimmt, sich dabei selbst formt und ihre gesellschaftlichen Beziehungen gestaltet. Nichts wäre falscher, als diese Aufgabe aus der beschränkten Sicht einer Konsumideologie betrachten zu wollen.
- Die Leitung der Wirtschaft und Gesellschaft erfolgt nach einem zentralen Plan. Zentrale Leitung und breiteste Teilnahme der Werktätigen an der planmäßigen Gestaltung der sozialistischen Gesellschaft bilden eine Einheit. Darin findet der Umstand Ausdruck, daß in der grundsätzlichen Übereinstimmung von gesellschaftlichen, kollektiven und persönlichen Interessen, die auf der Basis des gesellschaftlichen Eigentums an den Produktionsmitteln erwächst, die Haupttriebkraft der Entwicklung liegt.
- Der Marxismus-Leninismus ist in beiden Phasen die Grundlage der bewußten gesellschaftlichen Tätigkeit. Er ist die herrschende Weltanschauung und auf Grund seines wissenschaftlichen Charakters zugleich eine entscheidende Voraussetzung für die Leitung und Planung aller gesellschaftlicher Prozesse nach wissenschaftlichen Kriterien. In diesem Zusammenhang entfaltet sich die Wissenschaft immer mehr als eine Hauptproduktivkraft.
- Die Führung der Gesellschaft erfolgt durch die marxistisch-leninistische Partei der Arbeiterklasse.

Neben diesen hauptsächlichen Gemeinsamkeiten verdienen vor allem folgende wesentliche Unterschiede zwischen beiden Phasen hervorgehoben zu werden,

die wir als Unterschied in dem Reifegrad der Gesellschaft auf sozialem, ökonomischem und geistig-kulturellem Gebiet werten können:

- Im Sozialismus gibt es noch kein einheitliches gesellschaftliches Eigentum an den Produktionsmitteln. Es bestehen zwei Hauptformen, nämlich das staatliche sozialistische Eigentum, das gesamtgesellschaftlichen Charakter trägt, und das genossenschaftlich-kollektivwirtschaftliche Eigentum. Beide sind ihrer Natur nach eindeutig sozialistisch und schließen daher jegliche Ausbeutung aus. Daneben gibt es noch einige weitere Formen des gesellschaftlichen Eigentums, wie z. B. das der gesellschaftlichen Organisationen der Werktätigen, Formen, die eine Verbindung zwischen staatlichem und sozialistischem Eigentum darstellen usw.
- Aus den unterschiedlichen Eigentumsformen folgt notwendig das Bestehen verschiedener Klassen und Schichten im Sozialismus. Sie sind miteinander verbündet und befreundet, weisen jedoch noch keine einheitlichen Arbeits- und Lebensbedingungen auf. Das wird bei der Betrachtung der Arbeiterklasse, die in sich selbst differenziert ist, und der Klasse der Genossenschaftsbauern deutlich. Es besteht mithin erst eine begrenzte soziale Einheit, die wesentliche Unterschiede zwischen den Klassen und Schichten, zwischen Stadt und Land, industrieller und landwirtschaftlicher Arbeit sowie körperlicher und geistiger Arbeit einschließt. Aus diesem Grunde kann auch noch nicht von einer völligen Interessenübereinstimmung gesprochen werden. Der Spezifik in der sozialen Stellung, in den Arbeits- und Lebensbedingungen entsprechen unterschiedliche gesellschaftliche Interessen. Diese den Sozialismus kennzeichnende Situation gestattet es noch nicht, von einer sozialistischen Menschengemeinschaft zu sprechen. Sie realisiert sich erst später mit dem Aufbau der klassenlosen Gesellschaft.
- Im Sozialismus sind der Stand der Entwicklung der Produktivkräfte und die Effektivität der gesellschaftlichen Arbeit trotz des raschen und stabilen Wachstums der Arbeitsproduktivität noch nicht hoch genug, um eine gleichzeitige und allseitige Bedürfnisbefriedigung der Werktätigen zu ermöglichen. Es bestehen mithin Unterschiede im Bildungs- und Kulturniveau, so daß eine vollentfaltete Persönlichkeit in der ganzen Breite der sozialistischen Gesellschaft noch nicht entstehen kann. Das ergibt sich nicht zuletzt auch daraus, daß der Mensch noch spürbar der Arbeitsteilung untergeordnet ist.
- Der Sozialismus wird in bezug auf die Verteilung durch das Leistungsprinzip, d. h. gemäß der Quantität und Qualität der geleisteten Arbeit, der Kommunismus hingegen durch das Bedürfnisprinzip gekennzeichnet. Damit verbindet sich für den Sozialismus noch eine gewisse soziale Ungleichheit in der Güterverteilung, da die Arbeitseinkommen als Grundlage für die Befriedigung der Bedürfnisse verschieden hoch sind. Das bringt u. a. für die gesamte ideologische Führungstätigkeit das Erfordernis hervor, mit den genannten Umständen im Einzelfall verbundenen Tendenzen nichtsozialistischen Denkens und Handelns entgegenzuwirken.
- Schließlich ist hervorzuheben, daß für den Sozialismus die politische Ordnung der Gesellschaft noch bestimmend ist. Der höchsten Demokratismus verkörpernde sozialistische Staat trägt Klassencharakter. Er ist die politische Organisation der von der Arbeiterklasse und ihrer marxistisch-leninistischen Partei geführten Werktätigen.

Der Prozeßcharakter der sozialistischen Entwicklung verbietet es, die genannten Unterschiede beider Phasen der kommunistischen Gesellschaft statisch zu betrachten. Es ist ganz selbstverständlich, daß sich mit dem fortschreitenden sozialistischen Aufbau jene Faktoren ständig anreichern, die den Übergang zur zweiten

Phase markieren und zugleich jene Gesichtspunkte immer weniger Bedeutung erlangen, die als Nachwirkungen der alten Gesellschaft angesehen werden können.

Die vorhandenen Unterschiede zu übersehen, würde in der sozialistischen Praxis zu ernsten Fehlern führen. Von ihrer richtigen Einschätzung hängt ja nicht zuletzt die Bestimmung der weiteren Aufgaben und die Wahl der Mittel und Wege zu ihrer Lösung ab. Das zeigt sich in der Bündnispolitik ebenso wie bei der Verteilung des Nationaleinkommens und auf vielen anderen Gebieten.

Wer z. B. die soziale Differenzierung negiert, gerät leicht in die Gefahr, die Rolle der Arbeiterklasse nicht ihrer wachsenden gesellschaftlichen Bedeutung gemäß einzuschätzen und die Aufgabe gering zu achten, alle werktätigen Klassen auf der Grundlage des Marxismus-Leninismus an die Arbeiterklasse heranzuführen. Der Verzicht auf eine systematische ideologische Arbeit aber ist gleichbedeutend mit einer Aktivierung bürgerlicher Ideologien und Verhaltensweisen. Falsche Schlußfolgerungen in bezug auf das für den Sozialismus typische Leistungsprinzip können sich rasch in der Weise auswirken, daß das Wachstumstempo der Produktion und der Arbeitsproduktivität sinkt, daß Unterschiede am Anteil der einzelnen Klassen und Schichten am gesellschaftlichen Reichtum in ungerechtfertigter Weise aufrechterhalten oder gar vertieft werden.

Die Anwendung der Erkenntnisse der Klassiker in der Praxis des sozialistischen Aufbaus und die dabei gesammelten praktischen Erfahrungen vertieften die Theorie des wissenschaftlichen Kommunismus. Einen großen Beitrag dazu hat naturgemäß die Kommunistische Partei der Sowjetunion geleistet, die die umfassendsten Erfahrungen sammeln und verallgemeinern konnte. Hier ist vor allem auf den XXIV. Parteitag der KPdSU zu verweisen. Auch die anderen herrschenden marxistisch-leninistischen Parteien, so die SED insbesondere auf ihren letzten Parteitagen, leisteten einen Beitrag zum kollektiven Erfahrungsschatz der kommunistischen und Arbeiterbewegung.

Eine theoretisch und praktisch gleichermaßen bedeutsame Frage, auf die jetzt eine auch aus der sozialistischen Praxis geschöpfte Antwort gegeben werden kann, verbindet sich mit der Beurteilung der Aufgaben und Struktur der Phase des Sozialismus. Es hat sich nämlich herausgestellt, daß der Sozialismus nicht als eine rasch zu durchlaufende Übergangsphase zwischen Kapitalismus und Kommunismus aufgefaßt werden kann. Solche Vorstellungen gab es. Sie setzten den Sieg der sozialistischen Produktionsverhältnsise mit dem Sieg des Sozialismus gleich und kamen deshalb zu dem Schluß, daß von diesem Zeitpunkt ab zielstrebig mit dem Aufbau der kommunistischen Phase begonnen werden könne. Wie in einer Reihe anderer sozialistischer Länder auch, waren in der DDR bis zu Beginn der 60er Jahre die sozialistischen Produktionsverhältnisse zum Siege geführt worden. Die SED hat daraus jedoch nicht abgeleitet, daß nunmehr die Zeit für den Aufbau des Kommunismus gekommen sei. Das verbot die gründliche Analyse der objektiven und subjektiven Faktoren im erreichten gesellschaftlichen Entwicklungsstand und das Studium der sowjetischen Erfahrungen. Sie ergab, daß die Übergangsperiode vom Kapitalismus zum Sozialismus als abgeschlossen gelten konnte und die Grundlagen des Sozialismus errichtet waren. Noch konnte aber nicht davon gesprochen werden, daß bereits in allen Bereichen der Gesellschaft wirklich sozialistische Verhältnisse geschaffen worden waren. Hinzu kam, daß gerade zu dieser Zeit die Forderungen der wissenschaftlich-technischen Revolution sich deutlich herauskristallisierten und die Bedeutung einer hohen

Arbeitsproduktivität noch verstärkten. Die Auseinandersetzung mit dem Imperialismus der BRD verlieh dieser gesamten Problematik zusätzliche politische Akzente. Sie machte es noch deutlicher, daß die sozialistische Gesellschaft entwickelt werden muß, ehe sie als reif und vollendet angesehen werden kann. Aus diesem Grunde arbeitete die SED das Programm für den umfassenden Aufbau des Sozialismus aus. Es wurde auf dem VI. Parteitag beschlossen. Damit zog er eine Schlußfolgerung, die den prinzipiellen Aufgabenstellungen entsprach, die von der KPdSU in den 30er Jahren für die Sowjetunion festgelegt wurden. Die nun zu lösenden Aufgaben waren weder ausschließlich als die vollständige Beseitigung der Muttermale der alten Gesellschaft noch als die direkte Vorbereitung des Kommunismus zu definieren.

Auf ein Moment sei hier besonders hingewiesen, nämlich auf das der Arbeitsproduktivität. Lenin hatte es als eine wesentliche und für den Sieg der neuen sozialistischen Gesellschaft letztlich entscheidende Aufgabe bezeichnet, eine im Vergleich zum Kapitalismus höhere Arbeitsproduktivität zu erreichen. Das ist natürlich nicht allein eine Frage vieler Kennziffern vergleichbarer Wirtschaftszweige, Erzeugnisgruppen usw. Wollte man Lenin in dieser Weise verstehen, hieße das eigentlich, die Maßstäbe für die Reife des Sozialismus aus den Bedingungen der entwickelten kapitalistischen Produktion zu entnehmen. Die höchstmögliche Produktivität der gesellschaftlichen Arbeit im Sozialismus versteht sich selbstverständlich im Rahmen des Zieles der sozialistischen Produktionsweise, die vom ökonomischen Grundgesetz des Sozialismus bestimmt wird und in der Einheit mit den sozialistischen Produktionsverhältnissen. Unter diesen Gesichtspunkten ist um eine höchstmögliche Arbeitsproduktivität und deren hohes stabiles Entwicklungstempo zu ringen. Aber auch in allen anderen Bereichen muß eine hohe sozialistische Qualität der gesellschaftlichen Beziehungen erreicht werden, so daß die Gesellschaft insgesamt ein durchgängig von sozialistischen Maßstäben geprägtes organisches Ganzes bildet. Das verlangt die entsprechende Entwicklung sozialer Beziehungen zwischen den werktätigen Klassen und Schichten unter der Führung der Arbeiterklasse, einen hohen Stand sozialistischer Bewußtheit der Arbeiterklasse und aller Bürger, ein von den Kriterien des Sozialismus bestimmtes Bildungswesen, eine Kultur, die von den politischen, moralischen und ästhetischen Wertvorstellungen der Arbeiterklasse durchdrungen ist usw.

Es versteht sich, daß die Lösung all dieser Aufgaben sehr komplex und vielschichtig ist. Das ist in einem kurzen Abschnitt nicht getan, sondern verlangt vielmehr einen längeren Zeitraum. Zu Beginn der 60er Jahre konnte weder in der DDR noch in einem anderen volksdemokratischen Land ein den skizzierten Gesichtspunkten adäquater Stand der gesellschaftlichen Verhältnisse verzeichnet werden. Auch die Arbeitsproduktivität entsprach auf wichtigen Gebieten noch nicht dem Stand, der in den höchstentwickelten imperialistischen Staaten erreicht war. Heute besteht eine aus Erfahrung und theoretischer Arbeit geschöpfte Einmütigkeit darin, daß der Sozialismus eine deutlich längere Periode umfaßt als früher angenommen werden konnte und daß er eine eigene Charakteristik besitzt. Um ihre Bestimmung und Verwirklichung ging es vor allem in den Beschlüssen des VI. und VII. Parteitages der SED. Hat jener den umfassenden Aufbau des Sozialismus als Aufgabe von strategischer Bedeutung umrissen, so hat dieser insbesondere die Verbindung der „politischen, ökonomischen, sozialen, kulturellen und ideologischen Prozesse in der Aufgabe zusammengefaßt, den Sozialismus als System zu gestalten". (Hager, Die entwickelte sozialistische Gesellschaft, Berlin 1971, S. 24)

Die sozialistischen Länder, die sich in dem eben inhaltlich gekennzeichneten Entwicklungsabschnitt befinden, bezeichnen ihn jetzt übereinstimmend als die entwickelte sozialistische Gesellschaft. In dieser Hinsicht ist es während der letzten Jahre zu einer Vereinheitlichung der Terminologie gekommen. Sie spiegelt sowohl die Ergebnisse der theoretischen Arbeit in den einzelnen sozialistischen Ländern als auch die mehrerer internationaler wissenschaftlicher Beratungen zum gleichen Problemkreis wider. Eine besonders wichtige Rolle kam dabei den theoretischen Erkenntnissen der KPdSU zu. Es darf davon ausgegangen werden, daß der Begriff der entwickelten sozialistischen Gesellschaft den gleichen Sinngehalt besitzt, der den Bezeichnungen „reifer Sozialismus", „entwickeltes gesellschaftliches System des Sozialismus" und „umfassender Aufbau des Sozialismus" wesenseigen war. Wenn in den Dokumenten der SED und den Arbeiten der Gesellschaftswissenschaftler der DDR heute nicht mehr die Bezeichnung entwickeltes gesellschaftliches System des Sozialismus verwandt wird, so ist dies vor allem jener Vereinheitlichung der Termini in der Lehre des wissenschaftlichen Kommunismus geschuldet. Es wäre deshalb unrichtig, aus dem Verzicht auf den Systembegriff den Schluß zu ziehen, daß die entwickelte sozialistische Gesellschaft keinen Systemcharakter besäße. Die Anwendung des Systembegriffs auf diesen Entwicklungsabschnitt hat durchaus ihre Berechtigung, wenn sie in einer sinnvollen Weise geschieht und damit eine geordnete Gesamtheit gesellschaftlicher Beziehungen erfassen will. Anlaß zur Kritik gibt der Gebrauch des Systembegriffs allerdings dann, wenn über System- und Regelungsbeziehungen nicht bis zu den Menschen als den Gestaltern der sozialistischen Gesellschaft vorgestoßen wird.

Wenn systemtheoretische Überlegungen und Termini z. B. den Menschen, die Rolle der Arbeiterklasse und die gesellschaftlichen Beziehungen im Sozialismus verdecken, verwandeln sie sich, obwohl ungewollt, in Instrumentarien, die dem Sozialismus fremd sind. Dieser Gefahr konnte in der Praxis der theoretischen Arbeit und in der Publizistik nicht immer entgangen werden. Der VIII. Parteitag der SED hat solche Erscheinungen kritisiert. Indem er den Begriff des entwickelten gesellschaftlichen Systems des Sozialismus in seinen Dokumenten nicht mehr verwendet und statt dessen von der entwickelten sozialistischen Gesellschaft spricht, hat er insofern auch einer Hypertrophie des Systembegriffs entgegengewirkt. Die positiven praktischen Auswirkungen sind schon jetzt sichtbar. Der Grundgedanke des Parteitages, alles zu tun für das Wohl des Menschen, für das Glück des Volkes, für die Interessen der Arbeiterklasse und aller Werktätigen, ist in der Tätigkeit der Partei und der Staatsmacht sowie in der wissenschaftlichen und propagandistischen Arbeit noch deutlicher als bisher hervorgetreten. Er hat zu einem weiteren Aufschwung der Masseninitiative geführt, die auf die Verwirklichung der Parteitagsbeschlüsse gerichtet ist.

Bei aller Dynamik, die die sozialistische Phase der kommunistischen Gesellschaft kennzeichnet, bildet sie dennoch eine selbst in verschiedene Etappen gegliederte relativ stabile Phase der gesellschaftlichen Entwicklung mit einer Spezifik.

Die Merkmale der entwickelten sozialistischen Gesellschaft sind in den letzten Jahren zu einem Gegenstand lebhafter theoretischer Arbeit in den sozialistischen Ländern geworden. Im November 1971 z. B. fand in Moskau ein gemeinsames Symposium der Akademie für Gesellschaftswissenschaften beim ZK der KPdSU und des Instituts für Gesellschaftswissenschaften beim ZK der SED zu dem Thema statt: „Grundlegende Kriterien des entwickelten Sozialismus und Kritik revisionistischer Theorien über ‚Sozialismusmodelle'". In dem darüber veröffentlichten Bericht (Einheit 1/1972, S. 91 ff.) heißt es, daß es noch intensiver Arbeit bedarf, um die Kriterien, Merkmale und Prozesse des entwickelten Sozialismus gründlich herauszuarbeiten.

Die bisherige Diskussion zeigt, daß vor allem folgende miteinander verflochtene und sich entwickelnde Faktoren hervorgehoben werden, die hier nur grob angedeutet werden können: ein hohes Niveau der Produktivkräfte, das sich auf die neuesten Errungenschaften der wissenschaftlich-technischen Revolution gründet, eine rationelle Produktionsstruktur und Effektivität der Volkswirtschaft bei einem stabilen und raschen Wachstum der Arbeitsproduktivität. Dadurch können die schnell wachsenden gesellschaftlichen und persönlichen materiellen und kulturellen Bedürfnisse der Werktätigen immer umfassender befriedigt werden. Die ökonomischen Gesetze des Sozialismus müssen im wesentlichen voll durchgesetzt sein und bewußt angewandt werden, was dementsprechende Formen der Leitung und Planung der gesellschaftlichen Produktion bedingt. Es vollzieht sich eine weitere Annäherung der beiden Formen des sozialistischen Eigentums, wodurch sich allmählich die Arbeit in der Landwirtschaft der der Industrie angleicht. Die wesentlichen Unterschiede zwischen den Klassen und Schichten schwächen sich schrittweise ab. Die sozialistische Demokratie gewinnt weiter an Breite und Tiefe. Die politische Macht tritt nicht mehr als Diktatur des Proletariats, sondern als Volksstaat in Erscheinung, wie das in der UdSSR bereits der Fall ist. In diesem Prozeß erhöhen sich die Rolle der Arbeiterklasse und ihrer marxistisch-leninistischen Partei. Dasselbe gilt für die marxistisch-leninistische Ideologie, die zur Weltanschauung aller sozialen Gruppen der Gesellschaft wird, so daß sich das gesamte geistige Leben auf ihrer Basis entwickelt und alle Verhaltensweisen von ihr geprägt werden. Alle Seiten der Gesellschaft entwickeln sich harmonisch und verfügen über einen hohen Entwicklungsstand. Der Sozialismus entfaltet sich als ein System sozialistischer Staaten, als sozialistische Staatengemeinschaft. Das ist ein gesetzmäßiger Vorgang, der die ökonomische Integration, die politische, wissenschaftliche, ideologische und militärische Zusammenarbeit einschließt. Die wissenschaftlich-technische Revolution wird sozial beherrscht und mit den Vorzügen des Sozialismus verbunden.

Alle diese Gesichtspunkte, die weder Anspruch auf Vollständigkeit noch auf systematische Ordnung erheben, lassen die Vielschichtigkeit und Komplexität erkennen, die es bei der Gestaltung der entwickelten sozialistischen Gesellschaft zu beherrschen gilt.

Es ist bekannt, daß die ohne Zweifel vorhandene Spezifik des Sozialismus mit der Formel von der „relativ selbständigen Gesellschaftsformation" zu erfassen versucht wurde. Jedoch hat sich herausgestellt, daß die Vorzüge dieser Formel von ihren Nachteilen mehr als aufgewogen werden. Geprägt wurde sie mit dem Ziel, die notwendig längerdauernde und allseitige Entwicklung des Sozialismus auf seiner eigenen Grundlage zu erfassen. Damit ist sie zunächst als Antithese zu der bereits erwähnten falschen Auffassung, der Sozialismus sei mit dem Sieg der sozialistischen Produktionsverhältnisse vollendet, zu begreifen. Zugleich war diese Formel aber ungeeignet, das Verhältnis von Sozialismus und Kommunismus zutreffend wiederzugeben. Die Ausage, der Sozialismus sei nach dem Modell einer ökonomischen Gesellschaftsformation zu gestalten, ließ den untrennbaren Zusammenhang von Sozialismus und Kommunismus nicht deutlich werden. Insofern konnte mit ihrer Hilfe einer gewissen Verselbständigung des Sozialismus das

Wort geredet werden; die kommunistische Perspektive jeglichen sozialistischen Handelns blieb verdeckt. Selbstverständlich wollte die Formel vom Sozialismus als relativ selbständiger Gesellschaftsformation nicht den Zusammenhang von Sozialismus und Kommunismus negieren. Das ist an dem Attribut „relativ" auch verbal ablesbar. Damit können jedoch die ernsten Einwände gegen sie nicht negiert werden. Der VIII. Parteitag der SED hat deshalb in Übereinstimmung mit den Erfahrungen der Sowjetunion und der anderen Bruderländer den Platz der entwickelten sozialistischen Gesellschaft durch seine Aussage vom Verhältnis zwischen Sozialismus und Kommunismus wie folgt definiert: „Zwischen Sozialismus und Kommunismus ... gibt es keine starre Grenzlinie. Auf der Grundlage der Entwicklung der sozialistischen Produktionsverhältnisse und ihrer materiell-technischen Basis wächst die sozialistische Gesellschaft allmählich in die kommunistische." (Bericht des Zentralkomitees der SED an den VIII. Parteitag, Berlin 1971, S. 94)
Alle Aktivitäten der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands und der Staatsmacht der DDR sind darauf gerichtet, geleitet von der großen und dem Menschen verpflichteten Perspektive des Kommunismus, die entwickelte sozialistische Gesellschaft zu gestalten. Die Verständigung über ihr Wesen und über ihre Einordnung in den historischen Prozeß der revolutionären Weltveränderung ist deshalb eine wichtige Aufgabe.

rote blätter

Erscheint vierwöchig, Preis 1,— DM

Organ des Bundesvorstandes des MSB SPARTAKUS
SPARTAKUS-Politik aus erster Hand

Information — Dokumentation — Argumentation — Theorie

An allen SPARTAKUS-Büchertischen oder direkt bestellen bei:

Bundesvorstand des MSB SPARTAKUS, 53 Bonn, Sternenburgstraße 73

☐ Hiermit bestelle ich.....Expl. von rote blätter Nr.....

☐ Hiermit abonniere ich.....Expl. rote blätter ab Nr.....

Name..... Anschrift.....

Unterschrift.....

Zur Kritik der bürgerlichen Rechtswissenschaften

Hartmut Geil, Uwe Günther, Friedhelm Hase

Fast den gesamten Raum der heutigen Juristenausbildung nimmt die Vermittlung der Techniken der Rechtsanwendung ein. Nicht um Erkenntnis der Rechtsinhalte und -formen geht es hier, sondern um die handwerkliche Subsumtion von konkreten Sachverhalten unter abstrakte Rechtsnormen, um die Techniken, mit denen vor Gericht Streitigkeiten entschieden werden. Kenntnis des positiven Rechts und Beherrschung der Methoden der juristischen Fallösung werden demgemäß dem angehenden Juristen in den beiden Examen abverlangt.
Die spezifisch juristische Methode, in die das gegenwärtige Jurastudium einübt, schert sich nicht um die realen Voraussetzungen der Rechtsformen und -inhalte, mit denen sie hantiert. Sie dünkt sich autonom und voraussetzungslos. Im Verlaufe dieses Aufsatzes soll gezeigt werden, daß dieses juristische Denken sehr wohl Voraussetzungen hat, und zwar ganz bestimmte: daß in dieses Denken die gesellschaftlichen Verhältnisse des Kapitalismus als unbegriffene und selbstverständlich akzeptierte Grundlage eingehen, daß diese Verhältnisse die unbezweifelte Naturbasis bilden, auf der die juristische Fallklempnerei stillschweigend aufbaut.
Wir verwenden in dieser Art den Begriff „Rechtspositivismus" generell zur Bezeichnung dieser juristischen Methode, die sich auf die Anwendung von Rechtsnormen, auf die unmittelbare Bearbeitung von Rechtsverhältnissen beschränkt, ohne deren Funktion in der gesellschaftlichen Totalität zu reflektieren. Grob veranschlagt fallen darunter die gesammelten bürgerlichen Rechtstheorien und -auffassungen seit dem Zusammenbruch der Naturrechtssysteme aus der revolutionären Epoche des Bürgertums. Damit ist unser Begriff des Rechtspositivismus weiter als der gemeinhin gebräuchliche, der im Prinzip nur die ausgesprochene, nach eigenem Anspruch positivistische Begriffsjurisprudenz des späten 19. und des frühen 20. Jahrhunderts erfaßt. Ermöglicht es dieser enge Begriff der in der heutigen Jurisprudenz herrschenden Auffassung, den Rechtspositivismus als gründlich überwunden anzusehen und sich selbst als sein erklärter Gegner zu verstehen, so soll hier gezeigt werden, daß auch die gegenwärtige Rechtstheorie und -praxis die positivistischen Grundpositionen nicht verlassen hat und nicht verlassen kann: weil der Rechtspositivismus diejenige Rechtsauffassung ist, die das Bürgertum mit der Durchsetzung der kapitalistischen Produktionsweise und der politischen Konstituierung des Proletariats notwendig einnehmen muß.
Entsprechend diesem weiten Begriff geht es im Rahmen dieser Arbeit nur um eine sehr grundsätzliche und allgemeine Einschätzung des Rechtspositivismus. Angesichts des relativ geringen Entwicklungsstands juristischer Probleme in der marxistischen Diskussion erscheint uns dieses Verfahren jedoch als berechtigt und sinnvoll.

Die Entstehung und Entwicklung der bürgerlichen Rechtswissenschaft

Während die heute herrschende Jurisprudenz die Erforschung des Zusammenhangs zwischen Gesellschaft und Recht aus ihrem Bereich eliminiert, allein die

Rechtsanwendung zu ihrem Gegenstand macht, versuchte die Rechtstheorie, die das Bürgertum in der Epoche seiner Emanzipation entwickelt hat, die Entstehung des Rechts aus den Widersprüchen der Gesellschaft abzuleiten und auf dieser Basis eine Lehre vom richtigen Recht zu liefern. In jener Zeit stand das Bürgertum in Widerspruch zur herrschenden Gesellschaftsordnung, wollte diese Ordnung verändern. Es konnte seine Ansprüche nur legitimieren, wenn es die gesellschaftliche Realität analysierte und Vorstellungen entwickelte, die Ausbeuterordnung zu beseitigen.
Im nachfolgenden geht es darum, die materiellen Bedingungen der einzelnen Rechtsideologien aufzuzeigen, Gedankengebäude zu konfrontieren mit der Produktions- und Austauschweise, mit dem Kräfteverhältnis zwischen den Klassen in ihrer Entstehungszeit. Mit dem historischen Charakter der vergangenen wird so die Vergänglichkeit der bestehenden Lehren deutlich und zugleich die Übung der Positivisten denunziert, historische Ideen zu verselbständigen.[1])

1. Die Herausbildung des Naturrechts

Im Verlauf seiner ideologischen und politischen Emanzipation gerät das Bürgertum zunächst in Widerspruch zur Kirche, ist sie doch die herrschende Macht des Mittelalters. Sie herrscht materiell vermittels ihres riesigen Grundbesitzes[2]), sie herrscht aber auch im geistigen Bereich: Alle Wissenschaft leitet sich aus dem religiösen Dogma ab, dementsprechend liegt alle Bildung in der Hand der Kirche, vor allem aber konnte sie die feudale Gewaltherrschaft mit dem göttlichen Segen legitimieren.[3]) Mit der Herausbildung enormer Handelskapitalien und ihrer beginnenden Verwandlung in Manufakturkapitalien auf beträchtlicher Stufenleiter im 15. und 16. Jahrhundert überlebte sich diese Herrschaft immer mehr: Die ökonomische Entwicklung stimulierte die Entwicklung der Naturwissenschaften, der größere Umfang des Warentausches machte ein eigenes, vom Kirchenrecht geschiedenes Rechtssystem notwendig, führte zu Rezeption des römischen Rechts. Die ideologische Vorherrschaft der Kirche wurde damit der weiteren Entwicklung hinderlich. Die Grenzen, die der Feudalismus der kapitalistischen Akkumulation setzt, wurden sichtbar, zumal diese Grenzen durch die Kirche noch eingeengt wurden.[4]) Gegen die Kirche stellten sich daher alle unterdrückten Klassen, aber auch die weltlichen Fürsten, die ihrer nicht mehr bedurften, und auf ihre Latifundien schielten. Die Überwindung des Feudalismus begann daher mit der Brechung der Macht der Kirche.[5])
Wer immer nun gegen die Kirche kämpfte, der mußte ihrer Macht zunächst „den Heiligenschein abstreifen" (Engels). Der Entwicklung der Wissenschaften gemäß konnte eine solche Bewegung zunächst nur als religiöse auftreten. Noch religiöse Ideologien, vor allem der Calvinismus, waren es denn auch, mit denen die ersten

[1]) Dies ist gerade im Verfassungsrecht gang und gäbe. Vgl. etwa die Rechtsprechung des BVerfG zur freiheitlichen demokratischen Grundordnung des GG und dazu K. Böwer, „Zur freiheitl. dem. Grundordnung", Marxistische Blätter Heft 2, 1972, S. 18 unten und Teil III.
[2]) In allen christlichen Ländern besaß die Kirche mindestens ein Drittel des Bodens, Fr. Engels, „Juristensozialismus", MEW 21, 491.
[3]) Hierzu und zum folgenden vgl. Fr. Engels, „Der deutsche Bauernkrieg", MEW 7, 342 ff. und passim.
[4]) Im Zusammenhang mit der Analyse der Produktion des absoluten Mehrwerts hat Marx etwa auf die Rolle der kath. Feiertage hingewiesen. K. Marx, „Das Kapital" Bd. I MEW 23, 292.
[5]) Vgl. dazu die Klassenanalyse von Engels, a.a.O. (FN 3), MEW 7, 332 ff.

erfolgreichen bürgerlichen Revolutionen in England und den Niederlanden gemacht wurden; ihre Unentwickeltheit entsprach dem Stand der Entwicklung der kapitalistischen Produktionsweise. So konnte ihr Ergebnis auch nicht die Erhebung der Bourgeoisie zur alleinherrschenden Klasse, sondern nur der Kompromiß mit dem Adel sein.
Mit dem Naturrecht emanzipiert sich das Bürgertum endgültig auf ideologischem Gebiet vom Feudalismus. Es entwickelt die Losungen, mit denen sie das ganze Volk zum Kampf gegen die alte Herrschaft um sich scharen kann. Das Naturrecht stellt Emanzipationsforderungen für das ganze Volk auf (und dieses Selbtsverständnis wird von den meisten westdeutschen Juristen noch heute als realitätsgerecht angesehen), aber es konnte dieses Ziel nicht erreichen auf Grund des Stands der Produktivkräfte, und eben daraus resultiert auch die objektive Unmöglichkeit, damals schon eine reale Theorie zur Befreiung der besitzlosen Klassen zu entwickeln.
Die jetzt definitive Trennung der Staats- und Rechtswissenschaft von der Theologie reflektiert zunächst die zunehmende Arbeitsteilung auf dem Gebiet der Kopfarbeit. Zum entscheidenden Moment für die gesellschaftliche Ordnung wird das „richtige" Recht erklärt, das Recht, das der Natur des Menschen entspricht. Will man nun unmittelbar aus der Natur des Menschen inhaltliche Aussagen über das richtige Recht ableiten, so kann eine solche Anthropologie nicht vom konkreten Menschen in seinen sozialen Beziehungen ausgehen, sondern nur den vereinzelten kapitalistischen Warenbesitzer widerspiegeln. Denn da der Mensch nicht nur Subjekt, sondern auch Objekt der Geschichte ist, und sich so mit den Veränderungen der Gesellschaft selbst verändert, ist die Annahme unwandelbarer menschlicher Grundeigenschaften allemal nichts als die Hypostasierung der bestehenden gesellschaftlichen Verhältnisse.[6]) Eine solche Philosophie kann sich daher erst herausbilden, wenn der Warentausch relativ weit entwickelt ist. Sie verliert dann ihre Basis, wenn deutlich wird, daß die Ungleichheit der Menschen durch gleiches Recht nicht zu beheben ist, das heißt, wenn die kapitalistische Produktionsweise – die Ausbeutung auf der Basis des gleichen Rechts – zur herrschenden geworden ist, die Bourgeoisie ihren „negativen Doppelgänger" (Engels), das Proletariat, als Klasse „an sich" erzeugt hat, und diese beginnt, zur „Klasse für sich" zu werden. Wenn das Naturrecht nun die Funktion hat, im Interesse der Bourgeoisie die Anpassung des politischen Überbaus an die veränderten ökonomischen Verhältnisse einzuleiten, dann muß sie das Verhältnis von Staat und Gesellschaft analysieren und eine Theorie bilden, wie das Recht entstanden ist und entstehen soll, wie es auf die gesellschaftliche Praxis Einfluß nimmt, kurz es muß die Erkennbarkeit und Veränderbarkeit der Gesellschaft betonen und so die Wissenschaft vorantreiben. Diese Aussagen über die Grundmerkmale des klassischen Naturrechts sollen im folgenden am Einzelfall erhärtet und entfaltet werden.

2. Einzelne Naturrechtsdoktrinen

2.1. Hugo Grotius (1583–1645)

Grotius, „der Vater des Natur- und Völkerrechts", war Zeitgenosse des nationalen Befreiungskriegs der Niederlande gegen das Habsburgerregime (1568–1648). In dieser Epoche waren die Niederlande die wichtigste Handelsmacht Europas. Die

[6]) Insofern gleichen sich die naturrechtliche und die positivistische Anthropologie, vgl. dazu die Bemerkungen im Teil II und III.

Basis war schon damals, nicht wie bei der Hanse der zünftige, sondern der Freihandel, vor allem auf See.[7]) Überdies war schon ein relativ entwickeltes Manufakturwesen in verschiedenen Gewerbezweigen vorhanden. Vorteilhaft für die Akkumulation war, daß zu keiner Zeit besonders wirksame feudale Bindungen bestanden hatten. Die Weiterentwicklung kapitalistischer Produktionsverhältnisse wurde durch den Sieg über die Habsburger – die Generalstände waren seit 1591 im Vormarsch – die Reformation und die Eroberung des Kolonialreichs in der malaiischen See stark stimuliert. Das Ergebnis des Befreiungskriegs war die politische Emanzipation des Bürgertums und die Förderung der Interessen fast aller Teile des Volkes.
Daß die Überwindung des Feudalismus sich als Ergebnis eines von breitesten Kreisen des Volkes getragenen nationalen Befreiungskampfes darstellte, spiegelt sich im harmonischen Gesellschaftsbild Grotius' wider: Den (natürlich autonom gedachten) Menschen wohne ein Trieb zur Geselligkeit inne, der ihn allen anderen wohlwollen lasse. So lebten die Menschen der Urgesellschaft herrschaftslos und glücklich. Die Widersprüche unter den Menschen, die den Staat notwendig machen, entstehen mit der gesellschaftlichen Ungleichheit, die die Arbeitsteilung mit sich bringt. In dieser Epoche entsteht auch das Privateigentum. Damit nun die Menschen ihre guten Natureigenschaften entfalten können, muß die politische Stellung aller Menschen gleich sein. Aus diesem Grund ist auch das Recht auf Eigentum ein Naturrecht, wenn aber das Eigentum die Harmonie stört, so ist sein Bestand nicht mehr gewährleistet. Alle sollen sich erhalten können, daher ist in Notzeiten das Eigentum eingeschränkt. Grotius sieht hinter dem Eigentum die gesellschaftlichen Verhältnisse, eine Erkenntnis, die den modernen Verfassungs- und Sachenrechtlern zumeist abgeht.

2.2 Thomas Hobbes (1588–1679)

Unter ganz anderen Bedingungen spielte sich die Emanzipation des englischen Bürgertums ab. Der klassische Feudaladel hatte das Problem der Emanzipation des Bürgertums weitgehend selbst gelöst, er hatte sich im Verlauf der Rosenkriege selbst nahezu ausgerottet. Diejenigen entfernten Verwandten, die die Erbfolge antraten, gehörten selbst ursprünglich eher dem „dritten" als dem „ersten" Stand an, sie betrieben nun auch die Landwirtschaft auf mehr kapitalistischer Basis. Der Adel war damit so schwach, daß er dem Ansturm von Cromwells „Eisenzeiten" zunächst erlag und auch nach der Restauration der Stuarts die Macht nicht lange allein behaupten konnte. In der „Glorreichen Revolution" wurde dann endlich nach langen, blutigen Klassenkämpfen ein modus vivendi zwischen den Klassen erzielt.[8])
Hobbes' „der Mensch ist dem Menschen ein Wolf" war so die Reflektion seiner Zeit: Er bildete zum einen die gesellschaftliche Realität des Frühkapitalismus allgemein, zum anderen die Verhältnisse des Bürgerkriegs ab. Der Naturzustand ist hier ein Zustand des Kampfes aller gegen alle, in dieser Zeit herrscht das *Naturrecht,* das jeden dazu berechtigt, alles für seine Selbsterhaltung zu tun. Eben dieser Grundtrieb, der Selbsterhaltungstrieb, bringt den Menschen dazu, dem *Naturgesetz* zu gehorchen, seine Autonomie zugunsten der Sicherheit an den Monarchen zu delegieren und einen Herrschaftsbereich der andern, das Privateigentum, zu achten. Diese Theorie betont zwar (im Interesse der Sicherheit kapitalistischen Wirtschaftens) die Rolle des Alleinherrschers, in jener Periode ist aber schon die Ableitung der Souveränität aus der Gesellschaft statt aus der Transzendenz ein wissenschaftlicher und politischer Fortschritt. Und gerade in Hobbes Ableitung taucht ein neues Element auf: Das Naturgesetz wird befolgt, weil es vernünftig ist, der Mensch ist also fähig, seine Umgebung zu analysieren, aus der Analyse Schlüsse zu ziehen und seine Praxis dementsprechend zu ändern.[9]) Hobbes entwickelt aus dieser Grundeinsicht einen entschiedenen Antiklerikalismus und stellt die Forderung auf, an die Stelle der Kirche die Wissenschaft zu setzen, um die gesellschaftlichen Gesetzmäßigkeiten zu erforschen, damit das Recht demgemäß gestaltet werden kann.

2.3 Jean-Jacques Rousseau (1712–1778)

Die Weiterentwicklung des Naturrechts erfolgte in Frankreich, dem Staat, in dem die neue Produktionsweise zwar relativ weit entwickelt war, in dem aber immer noch der Feudalismus ungebrochen herrschte. Hier wird das Naturrecht zu der Ideologie geformt, die die Massen ergreift, wie 200 Jahre früher die Lehren der Reformation: Zur Forderung nach Freiheit und Gleichheit tritt die nach Brüderlichkeit. Mit dieser Losung stürmten die Kämpfer der Großen Französischen Revolution die Bastille, diese Ideen inspirierten die Autoren der amerikanischen Unabhängigkeitserklärung.
Rousseau erweiterte die zweistufige Entwicklungstheorie der frühen Naturrechtler zur dreistufigen. (Zunächst: Naturzustand – zivilisierter Zustand, jetzt: Naturzustand – antagonistische Gesellschaft – harmonisch, vernünftige Gesellschaft). Rousseau versucht die historische Entwicklung zu erklären aus der Entwicklung der materiellen Grundlagen des menschlichen Lebens: Die Robinsonade der scheuen Wilden, die ihrem kulturlosen Zustand gemäß keinen Begriff von Gut und Böse haben, findet ihr Ende durch die Zunahme der Bevölkerung. Die Menschen treten zunächst hin und wieder, dann regelmäßig in Kontakt und schließen sich endlich zur Gesellschaft zusammen. Die Ungleichheit entsteht im Prozeß dieser Gesellschaftsbildung, weil sich zunächst die Menschen zusammenschließen, die ähnliche Natureigenschaften haben, so multiplizieren sich diese und werden zu gesellschaftlichen. Der Inhalt des Gesellschaftsvertrages wird demnach, vom Reichen aus gesehen, so beschrieben: „Ihr bedürft meiner, denn ihr seid arm und ich bin reich, laßt uns also ein Abkommen treffen: Ich werde gestatten, daß ihr die Ehre habt, mir zu dienen, unter der Bedingung, daß ihr für die Mühe, die ich mir mache, euch zu kommandieren, das wenige gebt, was euch bleibt."[10])

[7]) Vgl. B. Töpfer, „Die frühbürgerliche Revolution in den Niederlanden", Zeitschrift für Geschichtswiss., Sonderheft 1965 = facit-Reihe, Nr. 7, „Revolution und Evolution in der Weltgeschichte", Köln 1971, S. 51 ff. Der niederländische Freihandel wird die materielle Basis für die Entwicklung eines „ius gentium" sein.
[8]) Ausführlicher dazu: Fr. Engels, Einleitung zur englischen Ausgabe „Die Entwicklung des Sozialismus . . .", MEW 19, 534 ff.
[9]) Vgl. K. Polak, „Dialektik und Positivismus in der Staats- und Rechtswissenschaft", in: „Dialektik in der Staatslehre", 3. Aufl., Berlin 1963, S. 216.
[10]) J.-J. Rousseau, „Discours sur l'Economie politique", Genêve, 1760, S. 70, zitiert nach: M. Buhr/G. Klaus (ed.), Philosophisches Wörterbuch, 6. Aufl., 1969, Leipzig, dort: W. Schröder, „Gesellschaftsvertrag". Marx weist darauf hin, daß dies die Beschreibung einer gewissen Phase der ursprünglichen Akkumulation ist. Vgl. K. Marx, „Das Kapital", Bd. I, MEW 23, 774.

Das „retournez à la nature" nun ist keineswegs der Wunsch, die Idylle des Naturzustands wiederherzustellen, vielmehr die Aufforderung, solche Zustände zu schaffen, daß sich die ursprüngliche mitmenschliche Solidarität wieder einstellen kann: Das sollte auf zwei Arten geschehen: Einmal durch die Herstellung und Gewährleistung der Herrschaft der volonté générale, der Staatstätigkeit auf Grund demokratisch legitimierter allgemeiner Gesetze. Die Voraussetzungen dafür sollten durch die Aufhebung der ungleichen Eigentumsverhältnisse geschaffen werden: Jeder sollte nur noch soviel besitzen dürfen, wie zur Befriedigung seiner persönlichen Bedürfnisse notwendig war. Es ist aber gerade die historische Funktion der kapitalistischen Produktionsweise, die Vergesellschaftung der Produktion soweit voranzutreiben, daß ihre planmäßige Lenkung in gesellschaftlichem Maßstab, und das heißt politisch die Emanzipation der ausgebeuteten Klassen, möglich wird. Da Rousseaus Utopie dies noch nicht in Rechnung stellen kann, schneidet sie den einzig real möglichen Weg zur Emanzipation der Produzenten ab und ist insofern objektiv reaktionär. Sie war die radikalste „juristische" Emanzipationstheorie, sie wollte die freien und gleichen Warenbesitzer, die vom bürgerlichen Recht fingierten abstrakten Rechtssubjekte, in Wirklichkeit schaffen. Rousseau hatte zwar die Wirkungen des Privateigentums durchschaut, er mußte aber, da er die gesellschaftliche Natur der Menschen noch nicht kennen konnte, Theoretiker der Bourgeoisie bleiben.

3. Die Abkehr vom Naturrecht und die Herausbildung des Positivismus in Deutschland

Die deutschen Naturrechtstheorien des 17. und 18. Jahrhunderts knüpfen entweder an das protestantische Naturrecht an oder sind kaum mehr als Aufguß der französischen und englischen Theorien jener Zeit. Erst die deutschen Idealisten entwickeln Vorstellungen über das Verhältnis von Staat und Gesellschaft, von der Machbarkeit der menschlichen Verhältnisse, von der Rolle der Vernunft, die die Doktrinen der ausländischen Naturrechtler voran- und (Hegel) über sich hinaustreibt. Auf Grund der politisch-ökonomischen Stagnation in Deutschland seit dem 16. Jahrhundert waren dies aber Theorien, die die Wissenschaft vorantrieben, die auf dem Gebiet der Philosophie den wissenschaftlichen Sozialismus vorbereiteten, sich aber nicht an das Volk, sondern an den Souverän wandten, also nicht unmittelbar revolutionär wirken konnten.
Mit den Erkenntnissen der deutschen Idealisten setzten sich auch die Juristen des beginnenden 19. Jahrhunderts auseinander. Der größere Teil von ihnen verflachte jene Theorien derart, daß man zu einer kaum verhüllten Apologie der bestehenden Verhältnisse kam. Man beschränkte sich darauf, gewisse rechtsstaatliche Grenzen der absoluten Fürstenmacht zu postulieren, stellte die Machtfrage selbst aber nicht: Die deutsche Bourgeoisie war zu schwach, dem Beispiel der französischen nachzueifern.
In England und Frankreich allerdings hatte sich die kapitalistische Produktionsweise inzwischen voll durchgesetzt, die Emanzipation der Bourgeoisie war damit abgeschlossen. In der englischen Chartistenbewegung und in den Klassenkämpfen in Frankreich hatte sich die Macht der neuen Klasse, des Proletariats, angekündigt. Die Bourgeoisie mußte nun Theorien entwickeln, die bestehenden Verhältnisse gegen den Ansturm des sich formierenden Proletariats zu verteidigen.

Die Auswirkungen dieser Entwicklung auf Deutschland bestand darin, daß der Bourgeoisie die Restriktionen durch die Junkerherrschaft als das kleinere Übel erschienen, angesichts der Bedrohung, die der neue Gegner bildete.
So wie sich die Bourgeoisie in die bestehenden Verhältnisse einrichtet, verschwinden auch die letzten Ansätze einer progressiven Rechtswissenschaft; die deutschen bürgerlichen Juristen werden endgültig zu Apologeten der vorgefundenen Gesellschaft. Zunächst ist diese Apologie offen: Man versucht die Rechtsinhalte, ähnlich wie im feudalen Zeitalter, mit klerikalen Ideologemen zu legitimieren.[11]) Die historische Rechtsschule verwendet zu dem selben Zweck metaphysische Begriffe, etwa den „Volksgeist" oder ähnliches.[12]) Materialistische Theorien, die die Erkennbarkeit von Natur und Gesellschaft behaupten, müssen unter den veränderten Bedingungen notwendig über die bürgerliche Gesellschaft hinausweisen, den Sozialismus fordern (vgl. etwa die Frühsozialisten). Andererseits widersprechen statische Theorien wie die oben erwähnten unter entwickelten kapitalistischen Verhältnissen mit ihrer beständigen Umwandlung der Gesellschaft und der stürmischen Entwicklung der Einzelwissenschaften im Bereich der Naturerkenntnis, der Realität zu sehr, um ihren Zweck lange erfüllen zu können.
So wird der Positivismus zur herrschenden Theorie. Die politische Brisanz, die für die herrschenden Klassen in der Frage nach dem Zusammenhang von Staat, Recht und Gesellschaft liegt, wird entschärft, indem sich die Rechtswissenschaft für inkompetent erklärt. Die Vertreter des klassischen Rechtspositivismus verstehen, im Anschluß an erkenntnistheoretische Positionen des Neukantianismus, die Gesellschaft als unerkennbares „Ding an sich", die Rechtswissenschaft als „Sollenswissenschaft", die aufgrund der Unableitbarkeit des „Sollens" aus dem „Sein" mit der Gesellschaft nichts zu tun habe; sie verlegen sich nun ausschließlich auf die Rechtsanwendung, die ihren Gegenstand kritiklos vorfindet, gesetzt durch die „normative Kraft des Faktischen" (Jellinek).
Die klassischen Rechtspositivisten beschränken sich noch nicht, wie ihre Nachfahren, die den Vorwurf des Positivismus entrüstet zurückweisen, ganz auf die Handwerkelei; sie versuchen noch, Aussagen über das Wesen des Rechts zu machen und so die vorgefundene Materie zu systematisieren. Mit der Absonderung der Rechts- von der Gesellschaftswissenschaft haben sie sich freilich der Möglichkeit begeben, den realen Zusammenhang des Rechts in den materiellen Verhältnissen in Gedanken nachzuvollziehen. Deshalb konstruieren sie diesen Zusammenhang in leeren Abstraktionen wie dem „Zweck" (Ihering) oder der „Funktion" (Jellinek).[13]) So kommt die Fiktion der „streng logischen Jurisprudenz" zustande, die immer mehr abbröckelt, und heute geht sie, bedingt durch den objektiven Verlust des Monopolkapitalismus an klassenmäßiger Basis recht offen als Einzelfalljurisprudenz, als „Billigkeitsjustiz" einher.

[11]) So die Schule um F. J. Stahl, den Mitbegründer der preußischen Konservativen Partei. Näheres bei W. Sellnow, „Gesellschaft – Recht – Staat", Berlin, 1963, S. 173 ff.
[12]) Ausführlich dazu: W. Sellnow, a.a.O. (Fn. 11), S. 158 ff. Siehe auch die Charakterisierung der Hist. Rechtsschule bei K. Marx, „Zur Kritik der Hegelschen Rechtsphilosophie, Einleitung", MEW 1, 380.
[13]) Umfassend werden die Vorstellungen der klassischen Rechtspositivisten dargestellt bei W. Sellnow, a.a.O. (FN. 11), S. 209 ff., dort S. 228 ff. (Ihering) und S. 268 (Jellinek).

Der Positivismus und sein Bezug zur sozialen Wirklichkeit

1. Positivistische Einzelwissenschaft und gesellschaftliche Totalität

1.1 Die eigenständige juristische Methode

Mit dem Übergang zum Positivismus bricht also die bürgerliche Staats- und Rechtswissenschaft mit den wissenschaftlichen Traditionen, die das Bürgertum in seiner fortschrittlichen Phase hervorgebracht hatte. Es entsteht die, als von allen anderen Wissenschaften unabhängig verstandene, juristische Methode, die allein auf der faktischen Existenz der Rechtsnormen und -verhältnisse aufbaut. Diese juristische Methode hat es zu tun mit der Systematisierung, Auslegung und Interpretation, kurz, mit der „technischen" Regelung rechtlicher Verhältnisse, zumeist mit der Adaptation allgemeiner Normen an konkrete Sachverhalte. Diese Methode genügt zwar im Prinzip den praktischen Bedürfnissen der entfalteten kapitalistischen Warenproduktion; sie ist jedoch weder willens noch in der Lage, Genese und Funktion der von ihr bearbeiteten Rechtsverhältnisse in der gesellschaftlichen Totalität zu begreifen. „Die von dem juristischen Institut erfaßten und normierten Lebensvorgänge", schreibt Georg Jellinek, „sind der Gegenstand historischer und sozialwissenschaftlicher Forschung, dürfen aber, weil ein reales Geschehen darstellend, mit den bloß ein abstraktes Gedankenleben führenden Rechtsvorschriften nicht verwechselt werden. Die juristischen Begriffe haben daher keine Wesenheiten zum Objekt, die juristische Welt ist eine reine Gedankenwelt, die zur Welt des realen Geschehens sich ähnlich verhält wie die Welt der ästhetischen Empfindungen zu der der theoretischen Erkenntnis."[14])

Recht und Staat existieren jedoch nicht isoliert von der gesellschaftlichen Totalität, sondern als Momente derselben. Die Gesellschaft bildet ein vielfach gegliedertes System, das letztlich von der ökonomischen Struktur, den materiellen Verhältnissen der Menschen, bestimmt wird. „Wenn dem gesellschaftlichen Leben ein Umstand objektiv vorgegeben ist, dann der, daß die menschliche Gattung sich aufgrund der physischen Konstitution des menschlichen Individuums auf eine ganz bestimmte Art und Weise mit der sie umgebenden Natur auseinandersetzen muß, um ihr Leben zu erhalten, auf eine ganz bestimmte Art den lebenserhaltenden Stoffwechsel mit der Natur vollziehen muß."[14a]) Daher ist die Arbeit, die Produktions- und Austauschweise „die schließliche Ursache und die entscheidende Bewegungskraft der menschlichen Geschichte.

Die Rechtsverhältnisse haben keine eigenständige Existenz außerhalb dieses gesellschaftlichen Gesamtzusammenhangs. „Meine Untersuchung mündete in dem Ergebnis, daß Rechtsverhältnisse wie Staatsformen weder aus sich selbst zu begreifen sind, noch aus der sogenannten allgemeinen Entwicklung des menschlichen Geistes, sondern vielmehr in den materiellen Lebensverhältnissen wurzeln, deren Gesamtheit Hegel, nach dem Vorgang der Engländer und Franzosen des 18. Jahrhunderts, unter dem Namen „bürgerliche Gesellschaft" zusammenfaßte, daß aber die Anatomie der bürgerlichen Gesellschaft in der politischen Ökonomie zu suchen sei . . . In der gesellschaftlichen Produktion ihres Lebens gehen die

[14]) Georg Jellinek, System der subjektiven öffentlichen Rechte, Tübingen 1919, S. 17. Jellinek, einer der Begründer und bedeutendsten theoretischen Vertreter des Rechtspositivismus, wird hier nur beispielhaft angeführt. Seine positivistische Position unterscheidet sich von der der heutigen Jurisprudenz nur durch den höheren Grad an Reflexion der eigenen Methode.

[14a]) Erich Hahn, Historischer Materialismus und marxistische Soziologie, Berlin (DDR) 1968, S. 61.

Menschen bestimmte, notwendige, von ihrem Willen unabhängige Verhältnisse ein, Produktionsverhältnisse, die einer bestimmten Entwicklungstufe ihrer materiellen Produktivkräfte entsprechen. Die Gesamtheit dieser Produktionsverhältnisse bildet die ökonomische Struktur der Gesellschaft, die reale Basis, worauf sich ein juristischer und politischer Überbau erhebt, und welcher bestimmte gesellschaftliche Bewußtseinsformen entsprechen."[15])

Diese – durch die empirische Untersuchung der Geschichte belegte – Abhängigkeit des Rechts von Struktur und Entwicklung der Produktion darf jedoch nicht so verstanden werden, als seien die Rechtsverhältnisse völlig unselbständige Reflexe der Produktionsverhältnisse. Die ökonomischen Verhältnisse konstituieren gerade keinen abgesonderten, eigenständigen gesellschaftlichen Bereich, demgegenüber die politischen und juristischen Verhältnisse als bloße passive Ausdrucksformen fungieren. „Die Totalität der gesellschaftlichen Beziehungen oder einzelne Bereiche des gesellschaftlichen Lebens vermögen die ökonomischen Verhältnisse wesentlich zu modifizieren, ihre konkrete Erscheinungsform und Entwicklung wesentlich zu beeinflussen"[16]), wodurch allerdings nichts an der „in letzter Instanz" bestimmenden Rolle der Produktionsverhältnisse geändert wird.

Die Erkenntnis der gesellschaftlichen Totalität und der Funktion der juristischen Momente in ihr wird von der positivistischen Rechtswissenschaft nicht angestrebt. Die Gesellschaft existiert, sie mag auch *von anderen „Spezialwissenschaften"* untersucht werden, doch „der Jurist, seiner Beschränktheit sich bewußt, wagt es nicht, in diese Tiefe hinabzusteigen, sondern bleibt in der subjektiven Welt, in der das Rechtsleben sich abspielt und nicht theoretische Erkenntnis, sondern praktisches Handeln herrscht, welches Einheiten schafft und anerkennt, unbekümmert darum, ob sie diesen ihren Charakter auch vor dem theoretischen Verstande rechtfertigen können."[18])

Diese Selbstbeschränkung der Jurisprudenz wird meist damit gerechtfertigt, die praktische Notwendigkeit der wissenschaftlichen Arbeitsteilung gebiete es, in der juristischen Tätigkeit von den „gesellschaftlichen Hintergründen" der Rechtsverhältnisse abzusehen. Für diese Bereiche seien andere „Spezialwissenschaften" zuständig, so daß die mosaikartige Zusammenfassung der Resultate der Einzeldisziplinen das Bild der gesellschaftlichen Totalität ergäbe.

Das wäre jedoch nur dann richtig, wenn es jede dieser Einzelwissenschaften mit einem abgesonderten, eigengesetzlichen Bereich der Welt zu tun hätte, in dem die Dinge unmittelbar der menschlichen Erkenntnis zugänglich wären. Damit ist eine der Grundfragen der Erkenntnistheorie aufgeworfen: sind die Dinge in ihrer isolierten Existenz, in der sie sich der unmittelbaren Wahrnehmung des Menschen darbieten, erkennbar? Oder ist die Erkenntnis der Dinge nur möglich, wenn ihre unmittelbare und isolierte Erscheinungsform im Denken aufgehoben und mit der gesellschaftlichen Totalität vermittelt wird?

1.2 Der Warenfetischismus

Erkenntnistheoretische Fragen sind niemals Fragen nur des abstrakten Denkens, des erkennenden Subjekts. Der Wert einer wissenschaftlichen Methode oder Theorie bemißt sich danach, in welchem Verhältnis sie zur objektiven Realität

[15]) Karl Marx, Zur Kritik der politischen Ökonomie, Vorwort, MEW Bd. 13, S. 8.
[16]) Erich Hahn, a.a.O. (Fn. 14a), S. 85.
[17]) Friedrich Engels, Brief an Bloch v.
[18]) Georg Jellinek, a.a.O. (Fn. 14), S. 27/28.

steht. Sie erweist ihre Berechtigung nur dann, wenn sie der Realität adäquat und diese zu erfassen in der Lage ist. Daher kann die hier gestellte Frage nach dem Charakter und der Erkennbarkeit der Dinge nur durch die Analyse der Struktur der Realität beantwortet werden. Wir werden sehen, daß sich diese Frage in der kapitalistischen Gesellschaft auf besondere komplizierte Weise stellt.

Die Dinge, mit denen es die Wissenschaft zu tun hat, führen kein selbständiges, autonomes Leben. Sie sind Träger, Kristallisationspunkte, vermittelnde Glieder der Verhältnisse der Menschen. Die Formen, in denen sie in Erscheinung treten, sind schon gesellschaftlich vermittelt, sind Ausdruck bestimmter historisch-sozialer Verhältnisse. In der kapitalistischen Gesellschaft jedoch, in der die grundlegenden ökonomischen Verhältnisse der Menschen nicht unmittelbar in Erscheinung treten, sondern nur über die gesellschaftlich nicht kontrollierte Bewegung von Dingen, erscheint es so, als sei das, was die Bewegung der Dinge bestimmt, natürliche Eigenschaft der Dinge selbst; sieht es so aus, als seien die Formen, die die Dinge unter diesen bestimmten Verhältnissen annehmen, ihre ewigen Naturformen. Die Erscheinungsformen der Beziehungen der Menschen verhüllen also deren Wesen, anstatt es dem Bewußtsein adäquat widerzuspiegeln.

Grundlegend für die Mystifikation gesellschaftlicher Verhältnisse ist der von Marx entdeckte Fetischcharakter der Ware. Die Ware ist einerseits Gebrauchswert, Produkt einer bestimmten menschlichen Arbeit zur Befriedigung spezifischer Bedürfnisse. Dies ist noch klar und einfach durchschaubar. Zum anderen ist die Ware Wert, d. h. Verkörperung eines bestimmten Quantums abstrakter menschlicher Arbeit. Die Waren werden im Austausch einander gleichgesetzt, wobei sie, da nach der körperlichen Seite, dem Gebrauchswert, ungleich, vergleichbar nur sind als Produkte menschlicher Arbeit, und zwar gleicher, d. h. abstrakter menschlicher Arbeit. Die Wertgröße der Ware wird durch das Quantum abstrakter Arbeit bestimmt, das zu ihrer Herstellung erforderlich war.

Auch dem Inhalt der Wertbestimmung haftet noch nichts Geheimnisvolles an. „Denn erstens, wie verschieden die nützlichen Arbeiten oder produktiven Tätigkeiten sein mögen, es ist eine physiologische Wahrheit, daß sie Funktionen des menschlichen Organismus sind, und daß jede solche Funktion, welches immer ihr Inhalt und ihre Form, wesentlich Verausgabung von menschlichem Hirn, Nerv, Muskel, Sinnesorgan usw. ist. Was zweitens der Bestimmung der Wertgröße zugrunde liegt, die Zeitdauer jener Verausgabung oder die Quantität der Arbeit, so ist die Quantität sogar sinnfällig von der Qualität der Arbeit unterscheidbar. In allen Zuständen mußte die Arbeitszeit, welche die Produktion der Lebensmittel kostet, den Menschen interessieren, obgleich nicht gleichmäßig auf verschiedenen Entwicklungsstufen. Endlich, sobald die Menschen in irgendeiner Weise füreinander arbeiten, erhält ihre Arbeit auch eine gesellschaftliche Form.“[19])

Der Fetischcharakter der Ware entspringt aus der bestimmten Form, welche die Arbeit in der Warenproduktion, die nur eine besondere historische Produktionsform ist, annimmt. In der Warenproduktion, die auf dem privaten Eigentum gründet, trägt die Arbeit nicht unmittelbar gesellschaftlichen Charakter. Sie ist zunächst private Arbeit, die unabhängig von und gleichgültig gegenüber allen anderen Arbeiten betrieben wird.

„Da die Produzenten erst in gesellschaftlichen Kontakt treten durch den Austausch ihrer Arbeitsprodukte, erscheinen auch die spezifisch gesellschaftlichen

[19]) Karl Marx, Das Kapital, Erster Band, MEW Bd. 23, S. 85/86.

Charaktere ihrer Privatarbeiten erst innerhalb dieses Austausches.„[20]) Die sozialen Charaktere der Arbeit erscheinen daher quasi als in das Arbeitsprodukt hineinverlagert. „Die Gleichheit der menschlichen Arbeit erhält die sachliche Form der gleichen Wertgegenständlichkeit der Arbeitsprodukte, das Maß der Verausgabung menschlicher Arbeitskraft durch ihre Zeitdauer erhält die Form der Wertgröße der Arbeitsprodukte, endlich die Verhältnisse der Produzenten, worin jene gesellschaftlichen Bestimmungen ihrer Arbeiten betätigt werden, erhalten die Form eines gesellschaftlichen Verhältnisses der Arbeitsprodukte. Das Geheimnisvolle der Warenproduktion besteht also einfach darin, daß sie den Menschen die gesellschaftlichen Charaktere ihrer eigenen Arbeit als gegenständliche Charaktere der Arbeitsprodukte selbst, als gesellschaftliche Natureigenschaften dieser Dinge zurückspiegelt, daher auch das gesellschaftliche Verhältnis der Produzenten zur Gesamtarbeit als ein außer ihnen existierendes Verhältnis von Gegenständen ... Es ist nur das bestimmte Verhältnis der Menschen selbst, welches hier für sie die phantasmagorische Form eines Verhältnisses von Dingen annimmt.“[21])

Dadurch erscheinen die Kategorien der Warenproduktion, die nur Ausdruck eines bestimmten Verhältnisses der Produzenten sind, die daher mit der Aufhebung des privaten Eigentums entfallen müssen, als ewige, geschichtslose Eigenschaften der Dinge.

Wir haben hier gezeigt, daß schon die einfachste und allgemeinste Kategorie der kapitalistischen Produktionsweise, die Ware, einen mystischen Schein produziert. Nun existierte Warenproduktion – auch schon in vorkapitalistischen Gesellschaften. „Alle Gesellschaftsformen, soweit sie es zur Warenproduktion und Geldzirkulation bringen, nehmen an dieser Verkehrung teil! Aber in der kapitalistischen Produktionsweise und beim Kapital, welches ihre herrschende Kategorie, ihr bestimmendes Produktionsverhältnis bildet, entwickelt sich diese verzauberte und verkehrte Welt noch viel weiter.“[22]) Das Zusammenwachsen der stofflichen Elemente der Produktion mit ihren historisch-sozialen Formen vollendet sich hier: das Kapitalverhältnis erscheint als Naturform der Produktionsmittel, nicht als soziales Produktionsverhältnis“, das sich an einem Ding darstellt und diesem Ding einen spezifischen gesellschaftlichen Charakter gibt.“[23]) Die Lohnarbeit erscheint als ewige Form menschlicher Arbeit. Die Produktivkräfte der Menschen, die diese unter kapitalistischen Bedingungen nur als gemeinsam unter das Kapital subsumierte entwickeln können, erscheinen als Produktivkräfte des Kapitals.

Diesen Mystifikationen, die gesellschaftliche Verhältnisse der Menschen als Eigenschaften von Dingen erscheinen lassen, entspricht die reale Verselbständigung dieser Verhältnisse in der kapitalistischen Gesellschaft. Die grundlegenden ökonomischen Beziehungen werden hier nicht bewußt von der Assoziation der Produzenten hergestellt. Daher beherrschen die Menschen ihren Zusammenhang nicht; dieser stellt sich in ihrem „spontanen“, nur von der Notwendigkeit der Befriedigung ihrer Bedürfnisse gestifteten Aufeinanderwirken „naturwüchsig“ hinter ihrem Rücken her. Die eigenen gesellschaftlichen Verhältnisse (Verhältnis der Produzenten zur Gesamtarbeit, Ausbeutungsverhältnis) treten den Menschen als fremde, sachliche, beherrschende Mächte gegenüber.

Die Mystifikationsformen der kapitalistischen Gesellschaft können hier nicht weiter

[20]) Karl Marx, Das Kapital, Erster Band, a.a.O. (Fn. 19), S. 87.
[21]) Ebenda, S. 86.
[22]) Karl Marx, Das Kapital, Dritter Band, MEW Bd. 25, S. 835.
[23]) Ebenda, S. 822.

verfolgt werden. Wir wollen von der Analyse der Ware, der „allgemeinste(n) Form der bürgerlichen Produktionsweise“[24]) nur festhalten, daß die Dinge selbst, die „reinen Tatsachen“, von denen die positivistische Wissenschaft naiv naturalistisch ausgeht, so als seien sie voraussetzungslos existent und daher unmittelbar der Erkenntnis zugänglich, schon historisch-sozial vermittelt sind; daß sie in der unmittelbaren Anschauung und den darauf basierenden Vorstellungen der Menschen jedoch diese Vermittlungen verhüllen, daher die Verhältnisse der Menschen mit einem sachlichen Schein umgeben.

1.3. Bürgerliche Wissenschaft und Dialektik

Die Erkenntnis der gesellschaftlichen Wirklichkeit ist daher nur möglich, wenn die fertigen, unmittelbaren Erscheinungsformen der sozialen Verhältnisse nicht als Wirklichkeit schlechthin akzeptiert werden. „Die fertige Gestalt der ökonomischen Verhältnisse, wie sie sich auf der Oberfläche zeigt, in ihrer realen Existenz, und daher auch in den Vorstellungen, worin die Träger und Agenten dieser Verhältnisse sich über dieselben klarzuwerden versuchen, sind sehr verschieden von und in der Tat verkehrt, gegensätzlich zu ihrer inneren, wesentlichen aber verhüllten Kerngestalt und dem ihr entsprechenden Begriff.“[25])
Wenn die Wissenschaft auf den äußeren Erscheinungsformen der sozialen Verhältnisse unkritisch aufbaut, wenn sie „die Art, wie sie unmittelbar gegeben sind, als Grundlage der wissenschaftlich relevanten Tatsächlichkeit und ihre Gegenständlichkeitsform als Ausgangspunkt der wissenschaftlichen Begriffsbildung anerkennt“, begibt sie sich der Möglichkeit, die Wirklichkeit als historisch-soziale zu erkennen und stellt sich „einfach und dogmatisch auf den Boden der kapitalistischen Gesellschaft.“[26])
Dies ist ganz allgemein der Entwicklungsgang der bürgerlichen Sozialwissenschaften nach Abschluß der fortschrittlichen Phase in der Geschichte der bürgerlichen Gesellschaft. Marx charakterisierte die „nachklassische“ bürgerliche Ökonomie, die zur „klassischen“ politischen Ökonomie Adam Smiths und Ricardos im gleichen Verhältnis steht wie die positivistische Rechtstheorie zum Naturrecht Hobbes' und Rousseaus, folgendermaßen: „Die Vulgärökonomie tut in der Tat nichts, als die Vorstellungen der in den bürgerlichen Produktionsverhältnissen befangenen Agenten dieser Produktion doktrinär zu verdolmetschen, zu systematisieren und zu apologetisieren. Es darf uns also nicht wundernehmen, daß sie gerade in der entfremdeten Erscheinungsform der ökonomischen Verhältnisse, worin diese prima facie abgeschmackt und vollkommene Widersprüche sind – und alle Wissenschaft wäre überflüssig, wenn die Erscheinungsform und das Wesen der Dinge unmittelbar zusammenfielen –, wenn gerade hier die Vulgärökonomie sich vollkommen bei sich selbst fühlt und ihr diese Verhältnisse um so selbstverständlicher erscheinen, je mehr der innere Zusammenhang an ihnen verborgen ist, sie aber der ordinären Vorstellung geläufig sind.“[27])
Begreifbar wird die Realität dagegen nur, wenn der objektivistische, naturhafte Schein der Dinge, der äußeren Erscheinungsformen der Verhältnisse der Menschen durchbrochen wird. „Es kommt deshalb darauf an, die Erscheinungsformen einerseits aus dieser unmittelbaren Gegebenheitsform herauszulösen, die Vermittlungen zu finden, durch die sie auf ihren Kern, auf ihr Wesen bezogen und in ihm begriffen werden können, und andererseits das Verständnis dieses ihres Erscheinungscharakters, ihres Scheins als ihrer *notwendigen* Erscheinungsform zu erlangen ... Diese doppelte Bestimmung, die gleichzeitige Anerkennung und Aufhebung des unmittelbaren Seins ist eben die dialektische Beziehung.“[28])
Nur wenn die Dinge, die „Tatsachen“ nicht in ihrer isolierten, von der kapitalistischen Produktionsweise produzierten, Erscheinungsform belassen werden, nur wenn sie als Momente der Beziehungen der Menschen, die die konkrete Totalität der kapitalistischen Gesellschaft bilden, aufgefaßt werden, wenn ihre Funktion in dieser Totalität untersucht wird, ist das Begreifen der Gesellschaft möglich. Nur wenn die Ware als Moment eines bestimmten Verhältnisses der Produzenten zur gesellschaftlichen Gesamtarbeit verstanden wird, sind ihre Mysterien durchschaut.
Daher ist der Einwand, von dem wir ausgingen, die Beschränkung der Einzelwissenschaft auf ihren speziellen Gegenstandsbereich sei eine einfache Notwendigkeit der wissenschaftlichen Arbeitsteilung, die die Erkenntnis des gesellschaftlichen Ganzen wie seiner Teile keineswegs ausschließe, diese vielmehr durch die gesteigerte Exaktheit der „Spezialwissenschaften“ erst richtig ermögliche, nicht stichhaltig. Der Verzicht des Positivismus auf die Analyse der konkreten gesellschaftlichen Totalität führt notwendig dazu, daß die Einzelwissenschaft nicht imstande ist, ihren eigenen Gegenstandsbereich zu begreifen. Diese Wissenschaft reproduziert nicht einfach einen Teil der Realität, sie gibt diese vielmehr insgesamt falsch wieder. Sie ist dem Warenfetisch und den auf ihm basierenden Mystifikationen hilflos ausgeliefert.
„Des Juristen Aufgabe ist es nicht, die für die Gesamheit menschlicher Erkenntnis so wichtigen natürlichen, individual- und massenpsychologischen (!) Vorgänge zu konstatieren, welche zu dem Rechtsinstitut des Eigentums geführt haben, sondern er kann nur die Frage beantworten: wie muß das Eigentum gedacht werden, damit alle auf dasselbe sich beziehenden Normen zu einer widerspruchslosen Einheit zusammengefaßt werden können.“[29]) Für diese Wissenschaft, die „voraussetzungslos“ von der faktischen Existenz der Rechtsnormen und Rechtsverhältnisse ausgeht, die Genese und Funktion der Rechtsformen und -inhalte als metajuristische Fragen behandelt, die nur eine gewisse – für den ungehinderten Fortgang der Kapitalakkumulation unerläßliche – Ordnung, Systematik und Widerspruchsfreiheit in die Rechtsverhältnisse zu bringen sucht, sind die äußeren Erscheinungsformen der gesellschaftlichen Verhältnisse selbstverständlicher Ausgangspunkt aller wissenschaftlichen Bemühungen. Sie reproduziert nicht das Bild der wirklichen Verhältnisse, sondern nur den – völlig ungebrochenen – falschen Schein, den deren äußere Erscheinungsformen im Bewußtsein der Menschen produzieren. Die dinglichen Mystifikationen der kapitalistischen Gesellschaft gehen unreflektiert in diese Wissenschaft ein, sie bilden die als selbstverständlich vorausgesetzte Basis, auf der das Denken aufbaut. Da sie nicht in der Lage ist, den inneren Zusammenhang der Dinge, der Erscheinungsformen, zu erfassen, ist sie nur zu an der Oberfläche verbleibenden Beschreibungen, Klassifizierungen, Systematisierungen etc. in der Lage, setzt sie die Erscheinungen nur in einen äußer-

[24]) Karl Marx, Das Kapital, Erster Band, a.a.O. (Fn. 19), S. 95, Fn. 32.
[25]) Karl Marx, Das Kapital, Dritter Band, a.a.O. (Fn. 22), S. 219.
[26]) Georg Lukács, Geschichte und Klassenbewußtsein, Berlin 1923, S. 20.
[27]) Karl Marx, Das Kapital, Dritter Band, a.a.O. (Fn. 22), S. 825.
[28]) Georg Lukács, a.a.O. (Fn. 26), S. 20/21.
[29]) Georg Jellinek, a.a.O. (Fn. 14), S. 16.

lichen Zusammenhang. „Die Roheit und Begriffslosigkeit liegt eben darin, das organisch Zusammengehörende zufällig aufeinander zu beziehen, in einen bloßen Reflexionszusammenhang zu bringen."[30]

2. Der Rechtsfetischismus

Aus dem Vorhergehenden wurde schon ersichtlich, daß die positivistische Rechtsauffassung nicht aus der subjektiven Beschränktheit der Theoretiker resultiert. Wurde aber bisher nur gezeigt, daß das „Weltbild", die allgemeinen Vorstellungen über die Gesellschaft in dieser Wissenschaft durch die unkritische Übernahme der falschen Vorstellungen, die die Oberfläche der gesellschaftlichen Bewegung notwendig hervorruft, zustandekommt, so geht es nun darum, zu erklären, wie der Schein entsteht, Rechtsverhältnisse und -normen seien selbständige Gebilde, die ein autonomes, von den gesellschaftlichen Gesetzmäßigkeiten unabhängiges Leben führen.

In der positivistischen Rechtsauffassung erscheint – und hier können wir an das zuvor Gesagte anknüpfen – das Recht als Formbestimmtheit gesellschaftlicher Verhältnisse und Regelungen, nicht als historisch-gesellschaftliches Produkt. Das Recht gilt ihr als eine natürliche und ewige Form. Wird gelegentlich noch konstatiert, daß Frühformen menschlicher Gemeinwesen existierten, die ohne Rechtsverhältnisse auszukommen vermochten, so erscheint doch für die Zukunft das Recht als ewige Notwendigkeit. Ein rechtloser Zustand ist in der Vorstellung des Juristen identisch mit völliger Anarchie und Barbarei. Der Mensch erscheint hier von Natur aus als Rechtssubjekt, als Träger von rechtlichen Ansprüchen und Pflichten. Die Rechtsverhältnisse zwischen diesen Subjekten als natürliche Verhältnisse, die Rechtsnormen, die diese Verhältnisse regeln, als natürliche Form menschlicher Regelung. (Es macht im übrigen keinen Unterschied, wenn die Rechtsformen gelegentlich aus dem Willen des Staates, aus staatlicher Verleihung, abgeleitet werden. Denn die Rechtsform als gesellschaftliche Formbestimmtheit ist noch nicht begriffen, wenn sie in einen abstrakten Bezug, zu dem aus der gesellschaftlichen Totalität herausgelösten, verselbständigten Staat gesetzt wird. Die Frage, was denn den Willen des Staates treibt, die Menschen gerade als Rechtssubjekte zu behandeln, seinen Willen gerade in Rechtsform auszudrücken, wird auch hier gar nicht gestellt, somit auch hier die Rechtsform nicht als historische, sondern als Naturform behandelt.)

Doch das Recht ist eine der Formen, in denen sich in einer bestimmten Gesellschaftsform, der warenproduzierenden Gesellschaft, der soziale Zusammenhang der Individuen herstellt und bewegt.[31]) Das soll nicht heißen, daß vor und nach dieser Gesellschaftsformation keine gesellschaftlichen Regelungen, Normen und Verhältnisse existieren, sondern nur, daß diese keine rechtliche Form annehmen.

In den Gemeinwesen, die vor und nach der warenproduzierenden Gesellschaft rangieren, besteht nicht privates, sondern gemeinschaftliches Eigentum. Das private Eigentum hat sich nicht vom Gemeinwesen losgerissen, so daß die Arbeit

[30]) Karl Marx, Zur Kritik der politischen Ökonomie, Einleitung, MEW Bd. 13, S. 620.

[31]) Im Rahmen dieser Arbeit kann nur ein sehr globaler, ja schematischer Überblick über den historischen Charakter der Rechtsform gegeben werden. Ganz unbeachtet bleiben daher die komplizierten Fragen der unentwickelten, unreifen Rechtsform in der vorkapitalistischen sowie die ihrer Funktion und ihres Absterbens in der sozialistischen Gesellschaft.

der Produzenten unmittelbar gesellschaftlich ist[32]), sie ihre gesellschaftliche Form nicht erst im Austausch ihres Produkts erhalten muß. Der gesellschaftliche Zusammenhang bedarf nicht, da er unmittelbar existent ist und die gesellschaftliche Regelung auf ihm aufbaut, der Herstellung durch atomisierte Tauschakte. Die Verteilung der gesellschaftlichen Arbeit und ihrer Produkte vollzieht sich hier in unmittelbar gesellschaftlicher Form nach einer gemeinschaftlichen – herkömmlich-traditionellen oder planmäßig-bewußten – Regelung. In diesen Gesellschaftsformationen treten sich die Menschen nicht als isolierte Einheiten gegenüber, die von ihren entfremdeten Verhältnissen beherrscht werden.

Daher nehmen ihre Verhältnisse auch keine Rechtsform an. Rechtliche Ansprüche isolierter „Subjekte" gegeneinander auf ein „Objekt" (Ware) sind hier nicht denkbar. Der unmittelbar existente Zusammenhang der Individuen muß nicht erst durch isolierte Tauschakte hergestellt werden; er bedarf auch nicht der Rechtsverhältnisse, die den Maßstab dieser Tauschakte prinzipiell nicht aufheben oder durchbrechen, sondern gerade auf ihm aufbauen. Rechtsverhältnisse existieren daher nur dann, wenn der gesellschaftliche Zusammenhang der Produzenten nicht bewußt hergestellt wird, daher auch von diesen nicht beherrscht wird, sondern sich im „spontanen" Aufeinanderwirken der Individuen durchsetzt. Das Recht resultiert also aus der Zersplitterung der Individuen in der auf dem Privateigentum beruhenden Produktion; es ist eine der Formen, in denen sich hier der gesellschaftliche Zusammenhang der Individuen herstellt.

Die Gemeinschaftlichkeit beruht hier auf deren Gegenteil, der Isolierung der Produzenten. Das Rechtssubjekt ist das isolierte Individuum, das sich zugleich unmittelbar als gesellschaftlich darstellen muß. Dieser Widerspruch ist offensichtlich nur dadurch zu lösen, daß sich das einzelne Rechtssubjekt auf ein anderes bezieht.[33]) Die Gesellschaft konstituiert sich daher nicht unmittelbar und konkret, sondern nur durch Anknüpfung an die isolierte Existenz der atomisierten Individuen.

Das abstrakte, freie Rechtssubjekt, das die Grundlage des Rechtsverhältnisses abgibt, das zugleich Adressat der rechtlichen Normen ist, ist der freie, gleichberechtigte Warenbesitzer. So wie im Warentausch abstrahiert wird von der konkreten, nützlichen Gestalt der Ware, so wird im Rechtssubjekt abstrahiert von den konkreten Eigenschaften und Verhältnissen des Individuums. „Das juristische Verhältnis zwischen den Subjekten ist nur die Kehrseite des Verhältnisses zwischen den zur Ware gewordenen Arbeitsprodukten."[34])

Der Austausch vollzieht sich nur vermittels eines Willensverhältnisses zwischen den Warenbesitzern. „Die Waren können nicht selbst zu Markte gehen und sich nicht selbst austauschen. Wir müssen uns also nach ihren Hütern umsehen, den Warenbesitzern ... Um diese Dinge als Waren aufeinander zu beziehen, müssen die Warenhüter sich zueinander als Personen verhalten, deren Willen in jenen

[32]) Von einer Gesellschaft im eigentlichen Sinn kann allerdings bei dem Gemeinwesen, in dem sich noch kein Privateigentum herausgebildet hat, nicht die Rede sein. Es handelt sich um Familien-, Sippen- und Stammesverbände.

[33]) Vgl. dazu Marx' Charakterisierung der Ware: „Die Arbeit ist Arbeit des Privatindividuums, dargestellt in einem bestimmten Produkt. Als Wert soll jedoch das Produkt Verkörperung der gesellschaftlichen Arbeit sein und als solches unmittelbar verwandelbar aus einem Gebrauchswert in jeden anderen ... Die Privatarbeit soll sich also unmittelbar darstellen als ihr Gegenteil, gesellschaftliche Arbeit ... Nur durch ihre Veräußerung (– und das heißt, durch ihre Gleichsetzung mit anderen Privatarbeiten –, die Verf.) stellt sich die individuelle Arbeit wirklich als ihr Gegenteil dar. (Karl Marx, Theorien über den Mehrwert, Dritter Teil, MEW Bd. 26, S. 133.)

[34]) Eugen Paschukanis, Allgemeine Rechtslehre und Marxismus, (dt.) Ffm. 1969, S. 60.

Dingen haust, so daß der eine nur mit dem Willen des anderen, also jeder nur vermittels eines beiden gemeinsamen Willensakts sich die fremde Ware aneignet, indem er die eigene veräußert. Sie müssen sich daher wechselseitig als Privateigentümer anerkennen. Dieses Rechtsverhältnis, dessen Form der Vertrag ist, ob nun legal entwickelt oder nicht, ist ein Willensverhältnis, worin sich das ökonomische Verhältnis widerspiegelt."[35]) Das Tauschverhältnis vollzieht sich also in der Form der Rechtsverhältnisse des Kaufs, der Miete, des Darlehns, der Pacht, der Bestellung einer Hypothek etc.

Mit der Entwicklung und Verallgemeinerung der Warenproduktion erhalten die Rechtsverhältnisse ihren allgemeinen Ausdruck in der rechtlichen Norm. Als „Schöpfer" der Norm tritt sodann der Staat auf, der zugleich durch Rechtspflege und Gewaltandrohung bzw. -anwendung über die Einhaltung der Norm wacht.

Die Garantie durch eine besondere Gewalt ist wesentlich für die entwickelte Rechtsform. Die Verhältnisse der Menschen nehmen — wie oben dargelegt — nur dann rechtlichen Charakter an, wenn das gemeinschaftliche Band zwischen den Individuen zerrissen ist und diese sich als private Eigentümer gegenübertreten. Unter diesen Bedingungen stimmen die Interessen des einzelnen Individuums nicht mit denen der anderen, mit denen der Gesamtheit überein. Der Austausch zwischen den Warenbesitzern vollzieht sich unter dem Druck der gegenseitigen Konkurrenz als Kampf des einzelnen um die Erhaltung seiner Existenz. Das Privateigentum konstituiert Klassen, die in einem antagonistischen Ausbeutungsverhältnis stehen. Die allgemeinen juristischen Normen beruhen daher nicht auf der allgemeinen Übereinstimmung des Willens und der Interessen der Individuen, sondern auf deren scharfem Gegensatz, so daß ihre Sanktionierung durch eine besondere Gewalt erforderlich wird, da ihre freiwillige Einhaltung oder ihre Kontrolle durch die Gesellschaftsmitglieder selbst strukturell ausgeschlossen ist.

Der Schein, die rechtlichen Formen seien natürliche und ewige, beruht wie der Warenfetisch auf der Entfremdung der gesellschaftlichen Verhältnisse in der warenproduzierenden Gesellschaft. Genauso, wie die Atomisierung der Produzenten, die erst im Austausch der Produkte aufgehoben wird, es so aussehen läßt, als seien die gesellschaftlichen Charaktere ihrer Arbeit Eigenschaften der Dinge, genauso produziert diese Atomisierung den Schein, die Menschen seien von Natur aus Rechtssubjekte. Der reale, historisch-soziale Zusammenhang der Menschen tritt auch hier nicht unmittelbar in Erscheinung. Seine Verhüllung wird im Rechtsverhältnis, in der Rechtsnorm, nicht aufgehoben, sondern gerade vorausgesetzt. Die Zersplitterung der Individuen erscheint als Naturzustand — ebenso erscheinen die auf ihr basierenden Willensverhältnisse und Regelungen der Menschen als naturgegeben. Obgleich Willensverhältnisse in sehr verschiedener Form in der Geschichte der Menschheit existieren, der Wille des Produzenten sich nicht etwa darauf beschränken braucht, sein — insgesamt nicht beherrschtes — Verhältnis zur gesellschaftlichen Gesamtarbeit durch isolierten Tauschakt zu gestalten, der Wille des Produzenten vielmehr auf einer bestimmten Entwicklungshöhe der Gesellschaft in der Lage ist, auf der Basis des Gemeineigentums die Planung und Beherrschung der gesamten Produktion zu umfassen, erscheint es hier so, als seien die dem Privateigentum entsprechenden Willensverhältnisse natürliche.

„Die Verhältnisse der Menschen im Produktionsprozeß nehmen so auf einer bestimmten Entwicklungsstufe eine doppelt rätselhafte Form an. Sie treten einerseits als willensmäßige Beziehungen voneinander unabhängiger, einander gleicher

[35]) Karl Marx, Das Kapital, Erster Band, a.a.O. (Fn. 19), S. 99.

Einheiten, juristischer Subjekte. Neben der mystischen Eigenschaft des Wertes taucht ein nicht weniger rätselhaftes Phänomen auf: das Recht. Zugleich nimmt das einheitlich-ganzheitliche Verhältnis zwei grundlegende abstrakte Aspekte an: einen ökonomischen und einen juristischen". Das Recht „ist ein gesellschaftliches Phänomen, das dem Individuum auf der gleichen Grundlage zugeschrieben wird, auf der der Wert — ebenfalls ein gesellschaftliches Phänomen — dem Ding als Arbeitsprodukt. Der Warenfetischismus wird durch den Rechtsfetischismus ergänzt."[36])

Damit verschleiert die Rechtsform ihren bestimmten historischen Charakter und erscheint als ewige — und insofern selbständige, von der historischen Entwicklung unabhängige — Form der willensmäßigen Beziehungen der Menschen.

3. Die Entstehung der Rechtsinhalte

Mit derselben Indifferenz, mit der der Rechtspositivismus die Rechtsform als selbstverständlich voraussetzt, tritt er den Rechtsinhalten gegenüber. Aus der praktischen Rechtsanwendung fällt die Analyse ihrer Entstehung und Funktion ganz heraus, kommt es doch dort nur auf ihre technische Stimmigkeit und Widerspruchsfreiheit an, während das Verständnis der Rechtsinhalte keine Rolle spielt. Demgemäß beschränkt sich die positivistische Theorie, die mehr oder weniger die Theorie dieser Rechtsanwendung ist, im allgemeinen darauf, die Rechtsinhalte aus dem Willen des Staats, dem „Herrscherwillen", oder aus irgendwelchen „Rechtsideen" abzuleiten. Wird dieser Rahmen gelegentlich überschritten, wird bisweilen versucht, ihre Entstehung aus den materiellen Verhältnissen zu entwickeln, so werden diese gleichwohl nicht richtig, sondern verdinglicht verstanden — kurz: der Zusammenhang der Fetischformen der bürgerlichen Gesellschaft wird auch hier nicht durchbrochen, nie wird der reale dialektische Zusammenhang zwischen dem empirischen Verhalten und den objektiven Verhältnissen der Menschen begriffen. Im Rahmen dieser Arbeit kann jedoch auf die einzelnen, verschiedenen Ansichten über die Entstehung der Rechtsinhalte nicht eingegangen werden.

Positivistische Grundpositionen heutiger Rechtswissenschaft

Im nachfolgenden soll versucht werden, die Ausführungen über die positivistische Rechtswissenschaft und deren Prägung von der kapitalistischen Gesellschaft exemplarisch zu konkretisieren. Dabei wird zu zeigen sein, wie einerseits das Individuum als isoliertes erscheint, andererseits soziale Verhältnisse verdinglicht werden.

Zum Menschenbild der Rechtswissenschaft

„Das Grundgesetz sieht die freie menschliche Persönlichkeit und ihre Würde als höchsten Rechtswert an."[37]) „Der Mensch ist danach eine mit der Fähigkeit zu eigenverantwortlicher Lebensgestaltung begabte Persönlichkeit. Um seiner Würde willen muß ihm eine möglichst weitgehende Entfaltung seiner Persönlichkeit gesichert werden. Im Lichte dieses Menschenbildes kommt den Menschen in der Gemeinschaft ein sozialer Wert- und Achtungsanspruch zu. Es widerspricht der

[36]) Eugen Paschukanis, a.a.O. (Fn. 34), S. 96.
[37]) BVerfGE 12, 53.

menschlichen Würde, den Menschen zum bloßen Objekt im Staat zu machen."[38]) „Weit entfernt von einer abstrakten Formel (die Unantastbarkeit der Würde des Menschen, die Verf.) oder bloßer Deklaration, der juristische Bedeutung abgeht, kommt diesem Prinzip das volle Gewicht einer normativen Grundlegung dieses geschichtlich konkreten Gemeinwesens zu."[39]) „Art. 1 I hat im Grundgesetz den Charakter eines obersten Konstitutionsprinzips allen objektiven Rechts erhalten."[40]) Der Mensch, wie er in diesen Zitaten zum Ausdruck kommt, ist nur noch formaler Träger abstrakter Rechte und Pflichten, bloßes Rechtssubjekt. Hier wird von den konkret wirkenden Menschen so weit abstrahiert, daß diese nur noch als Menschen „an sich", als Hülle erscheinen. „Er wird nicht gesehen als wirklich wirkender Mensch, wie er bedingt ist durch eine bestimmte Entwicklung der Produktivkräfte und denselben entsprechenden Verkehrsformen."[41]) Er wird nicht begriffen als „Ensemble der gesellschaftlichen Verhältnisse", sondern wie er in der kapitalistischen Gesellschaft erscheint: als isoliertes Individuum.[42])
Weil der Mensch reduziert wird auf ein unwirkliches — aber dem Schein der kapitalistischen Gesellschaft notwendig entspringendes — Abstraktum, können Normen und Recht prinzipiell nicht die konkrete menschliche Praxis steuern, herrscht nicht das Recht, sondern setzt sich naturwüchsig eine bestimmte Form menschlicher Praxis durch, die auch Rechtscharakter annimmt. Insofern — als er nicht auf die wirkliche Realität, sondern nur auf Momente derselben einwirken kann, erweist sich der humanistische Anspruch der Rechtswissenschaft als leerer Pathos und Apologetik.
Die Folgen einer solchen Betrachtungsweise zeigen sich insbesondere in Theorie und Praxis des Arbeitsrechts. Die Termini „Sozialpartner" und „Betriebsgemeinschaft"[43]) sind in Literatur und Rechtsprechung durchaus gängig. Basis dieser Begriffe ist die Abstraktion von denjenigen Momenten, die den konkreten Menschen konstituieren. Das Verhältnis Kapitalist—Proletarier wird nicht als antagonistisches Verhältnis, als Ausbeutungsverhältnis, vermittels dessen der Kapitalist sich unbezahlte Mehrarbeit aneignet, gesehen. Lohnarbeit und Kapital sind als ewige Kategorien akzeptiert und gelten als prinzipiell nicht widersprüchlich. Damit wird aber von den wesentlichen Momenten abstrahiert und die Abstraktion zur falschen und zur Ideologie: Denn wenn Kapitalist und Arbeiter als „Menschen an sich" betrachtet werden, ist es logisch und notwendig, den Arbeitern eine „Treue- und Friedenspflicht" aufzuerlegen, die z. B. Streiks jeweils in die Nähe des Verbotenen rückt: Aus der Perspektive des „Menschen an sich" müssen militant vorgetragene Forderungen der Arbeiterklasse als aggressiv und dem Individuum Kapitalist gegenüber als inhuman erscheinen.

Eigentum als Beziehung des Individuums zu einer Sache

Eine Betrachtungsweise, die gleichermaßen vom isolierten Individuum ausgeht, zeigt sich bei der Behandlung des Eigentums: „Die Individualgarantie des Eigentums ist eine Ausprägung des Grundrechts auf freie Entfaltung der Persönlich-

[38]) BVerfGE 27, 6.
[39]) Hesse, Verfassungsrecht der BRD, 4. Aufl. 1970, S. 49.
[40]) Maunz-Dürig-Herzog, Kommentar zum GG, 1971, Rn. 5 zu Art. 1.
[41]) Marx/Engels, Die deutsche Ideologie, MEW 3, S. 26.
[42]) Dies gilt für alle Freiheitsrechte, die damit jeweils nur als Freiheit von der Gesellschaft verstanden werden können.
[43]) Vgl. z. B.: Nikisch, Arbeitsrecht I, 3. Aufl., 1961, S. 151/152; Hueck-Nipperdey, Lehrbuch des Arbeitsrechts, 7. Aufl. 1963, S. 96.

keit."[44]) „Das Eigentum ist ebenso wie die Freiheit ein elementares Grundrecht, das Bekenntnis zu ihm ist eine Wertentscheidung des Grundgesetzes von besonderer Bedeutung für den sozialen Rechtsstaat. Es steht in einem inneren Zusammenhang mit der Garantie der persönlichen Freiheit. Ihm kommt im Gesamtgefüge der Grundrechte die Aufgabe zu, dem Träger des Grundrechts einen Freiheitsraum im vermögensrechtlichen Bereich sicherzustellen und ihm damit eine eigenverantwortliche Gestaltung des Lebens zu ermöglichen."[45]) „Der in den Staat Eingegliederte bedarf, um unter seinesgleichen als Person, d. h. frei und selbstverantwortlich leben zu können, und nicht zum bloßen Objekt einer übermächtigen Staatsgewalt zu werden, also um seiner Freiheit und Würde willen, einer rechtlich streng gesicherten Sphäre des Eigentums."[46])
Eigentum wird hier verstanden „so wie es das bürgerliche Recht und die gesellschaftlichen Anschauungen geformt haben"[47]), d. h. als das umfassenste Herrschaftsrecht an einer Sache. Damit wird es lediglich definiert als Verhältnis eines Individuums zu einer Sache, als persönliches Verhältnis. Nun ist aber Eigentum an Produktionsmitteln konstituierendes Moment der kapitalistischen Gesellschaft; zwar erscheint der Kapitalist als Privatmann, tatsächlich ist er jedoch zugleich Träger und Agent des gesellschaftlichen Produktions- und Reproduktionsprozesses. Daher bezeichnet Eigentum ein gesellschaftliches Verhältnis: „außerhalb dieser Beziehungen ist das bürgerliche Eigentum nichts als eine metaphysische oder juristische Illusion".[48])
Die Reduzierung des Eigentums auf die Beziehung eines Subjekts zu einem Objekt macht es unmöglich, Eigentum an Produktionsmitteln als konstituierendes Moment von Klassen zu erkennen. Der immerhin naheliegende Einwand, daß das Eigentum ungleich verteilt ist, wird von den meisten Rechtswissenschaftlern nicht einmal für diskussionswürdig gehalten. Sofern aber dies problematisiert wird, wird auf die „ordnungspolitische Komponente der Eigentumsgarantie" verwiesen, die nach diesem Wunderglauben nur dann wirken soll, „wenn die Masse des Volksvermögens nicht allzu ungleich verteilt ist".[49]) Daß man sich hier in einem Zirkel bewegt, weil es gerade in der Konsequenz der Eigentumsgarantie liegt, daß es sich in Händen weniger zusammenballt, daß dies die „ordnungspolitische Komponente der Eigentumsgarantie ist, bleibt unreflektiert.[50])
Wenn damit der Klassencharakter des Eigentums an Produktionsmitteln unbegriffen bleibt, so wird darüberhinaus jegliche Differenzierung verschiedener Eigentumsarten nicht erkannt: Nichtmonopolistisches und monopolistisches Eigentum lassen sich gleichermaßen unter den Begriff „Umfassendes Herrschaftsrecht" subsumieren. Damit wird jedoch letztlich das politisch dominierende Eigentum geschützt, d. h. heute das monopolistische Eigentum.

[44]) Maunz-Dürig-Herzog, Kommentar zum GG, 1971, Rn. 15 zu Art. 14.
[45]) BVerfGE 14, 277.
[46]) BGHZ 6, 276; ähnlich: Westermann, Sachenrecht, 5. Aufl., 1969, S. 116; Palandt, BGB-Kommentar, 30. Aufl., 1971, S. 4.
[47]) BVerfGE 1, 264.
[48]) Marx, Brief an Annenkow, in Ausgewählte Schriften in 2 Bänden, 1968, Bd. II, S. 416.
[49]) Maunz-Dürig-Herzog, Kommentar zum GG, 1971, Rn. 6 zu Art. 14.
[50]) Die sich hier zeigende kontrafaktische Aufrechterhaltung von liberalem Gedankengut — Verifizierung durch Falsifizierung — ist nicht untypisch dafür, wie sich liberale Rechtswissenschaftler einer monopolistisch geprägten Realität entziehen: Aus dem immer geringer werdenden Einfluß liberaler Rechte wird nie die Konsequenz gezogen, diese Rechte in Frage zu stellen oder neu zu bestimmen; vielmehr werden diese Rechte von der Realität abgelöst und realitätsresistent gemacht. Einer Bewährung in der Realität bedarf es nicht mehr.

Das läßt sich insbesondere zeigen an den Ergebnissen von Rechtsprechung und herrschender Lage zu „eingerichteten und ausgeübten Gewerbebetrieb".[51]) Gemäß liberaler Wettbewerbskonzeption werden Erwerbschancen prinzipiell nicht geschützt, weil eben diese Konzeption unterstellt, daß der Käufer sich täglich neu in Freiheit entscheidet. Aus der Tatsache, daß spezifische Unternehmen einen bestimmten Käuferstamm haben, kann, wenn auf den Käuferstamm eingewirkt wird, so daß dieser Waren nun bei anderen Unternehmen bezieht, überhaupt kein rechtlicher Schluß gezogen werden, weil eben die Erwerbschancen rechtlich irrelevant sind. Mit steigender Monopolisierung und verstärktem Konkurrenzkampf zwischen den Monopolen sind diese aber gezwungen, ihre Absatzchancen planmäßig zu kalkulieren, Käufererhaltungen und -erwartungen zu schaffen und einzuplanen. Daraus ergibt sich der Zwang, Außerplanmäßiges von vorne herein möglichst auszuschließen: Demokratische Initiativen könnten Absatzchancen hemmen und zu unvorhergesehenen Folgen führen. Zu verhindern, daß es nicht dazu kommt, ist wesentlich die Funktion des „Rechts am Gewerbebetrieb". Mit Hilfe dieser Konstruktion sind wiederholt Presse- und Meinungsfreiheit verletzt worden, ist eine „Grauzone" geschaffen, in der die Wahrnehmung der Grundrechte finanziell riskant ist.[52]) Über die Sanktionierung der Ausbeutung in der Produktionssphäre hinaus wird damit zusätzlich die monopolistische Marktorganisation rechtlich legitimiert.

Verdinglichte Umwelt und Sachzwang

3.1. Was sich ansatzweise auch in Begründungen zum „eingerichteten und ausgeübten Gewerbebetrieb" zeigt, wenn auf „Schutzwürdigkeit" und „Effektivität" der Monopolunternehmen — in der juristischen Terminologie: der Wirtschaft — verwiesen wird, weist auf die andere Seite der Isolierung der Individuen von ihren materiellen Bedingungen hin: nämlich auf die verdinglichte Betrachtung gesellschaftlicher Phänomene.
Dies wird z. B. deutlich, wenn das Recht der Kriegsdienstverweigerung mit der Funktionsfähigkeit der Bundeswehr verglichen und für zu leicht befunden wird[53]) oder Art. 10 GG faktisch beseitigt wird, weil „die Effektivität des Verfassungsschutzes ... das Abhören und Briefeöffnen erst sinnvoll (macht)."[54]) Hier werden staatliche Institutionen, die Ausfluß einer spezifischen Politik sind und die folglich Ausdruck spezifisch gesellschaftlicher Interessen sind als verdinglichte Umwelt aufgefaßt, als „Sachen", denen „Sachzwänge" innewohnen.
Noch prägnanter zeigt sich diese Auffassung in der Rechtsprechung zum Streik: „Arbeitskämpfe sind im allgemeinen unerwünscht, da sie volkswirtschaftliche Schäden mit sich bringen und den im Interesse der Gesamtheit liegenden sozialen Frieden beeinträchtigen."[54a]) Die gesellschaftliche Produktion wird hier nicht antagonistisch gesehen: „Wirtschaft" erscheint hier als bloß mechanisches Funktionieren von Maschinen, Einsatz von sächlichen Mitteln zur Herstellung von Produkten, deren Rationalität und Effektivität durch Arbeitskämpfe „Schaden" erleidet.

[51]) Eine Konstruktion, die von der Rechtsprechung entwickelt worden ist und die über das in § 823 BGB geschützte Eigentum hinaus auch Erwerbschancen schützt.
[52]) Vgl. z. B. BGHZ 3, 276, BGHZ 24, 200.
[53]) BVerfGE 28, 261.
[54]) BVerfG JZ 71, 173.
[54]a) BAGE 1, 291.

Der Streik wird damit als im Prinzip asoziale Sabotageaktion diffamiert. Statisch-verdinglicht wird der „soziale Frieden" den konkreten Menschen in ihren Auseinandersetzungen entgegengehalten.
Ähnliches läßt sich zeigen bei dem Begriff „freiheitliche demokratische Grundordnung", der gelöst wird aus seinem geschichtlichen antifaschistischen Hintergrund und reduziert wird auf das, was ist, und was friedlich existieren muß.
Auch die polizeirechtliche Generalklausel „Sicherheit und Ordnung" werden verstanden als reibungsloses Funktionieren des Bestehenden. Konsequenterweise müssen demgegenüber Grundrechte sich Einschränkungen gefallen lassen.
Immer wird jeweils die Realität der sie gestaltenden Subjekte beraubt, nicht verstanden als materialisierte menschliche Praxis, sondern von der Tätigkeit der Individuen freie, ihnen entgegengesetzte Gegenständlichkeit, von der Sachzwänge ausgehen und die Individuen in ihrer Entfaltung einschränken. Der Diskussion entzogen und rechtlich legitimiert wird damit aber eine bestimmte Form menschlicher Praxis, die als natürlich und nicht änderbar betrachtet wird; diejenigen Interessen, die sich in der Realität durchgesetzt haben, werden als solche nicht mehr erkannt.
3.2. Besonders scharf zeigt sich die Verdingung auch in bezug auf die Beurteilung konkreter Handlungsformen staatlicher Tätigkeit.
„Die wissenschaftliche, technische und industrielle Entwicklung, die mit ihr Hand in Hand gehende Bevölkerungsvermehrung, Spezialisierung, Arbeitsteilung und in ihren Folgen die wachsende Verflechtung und der rasche Wandel der Lebensverhältnisse haben die Aufgaben des Staates gesteigert und verändert, zu seiner „Pluralisierung" und „Demokratisierung" geführt ... Sie haben den Staat vor neue wachsende Aufgaben gestellt, weil das moderne wirtschaftliche, soziale und kulturelle Leben der Planung, Lenkung und Gestaltung bedarf, weil es die Aufgabe der „Daseinsvorsorge" in wachsendem Maß hervortreten läßt und weil soziale Sicherung und Hilfe mehr und mehr als Aufgabe des Staates angesehen werden.[55]) Wenn hier die Zunahme staatlicher Tätigkeit konstatiert wird, so läßt sich das nicht leugnen; der Erklärungszusammenhang jedoch — mit dem Begriff „moderne Technik" umschrieben ist aber keine wirkliche Erklärung: Eine solche kann sich nicht aus toten Dingen ergeben, sondern nur aus der Analyse menschlicher Praxis, denn die Menschen machen — wie auch immer — ihre Geschichte selbst. In der kapitalistischen Warenproduktion trägt die Arbeit der vereinzelten Warenproduzenten nur vermittels des Austausches gesellschaftlichen Charakter, sie ist nur mittelbar gesellschaftliche Arbeit. Die Sphäre der Gesellschaft existiert unter kapitalistischen Bedingungen nur als Resultat der Aktionen individueller Warenbesitzer aufeinander, damit als Prozeß eines anarchistischen Prozesses. Jede gesellschaftliche Produktion setzt jedoch allgemeine Rahmenbedingungen des Produktionsprozesses voraus, da sonst die isolierten Produzenten und deren Produkte gar nicht aufeinander bezogen werden könnten, also in ihrer Isolierung verharren würden. Solche Rahmenbedingungen, die für die Gesamtheit der Produzenten gelten, können nicht von den individuellen Produzenten selbst produziert werden, da deren Maßstab prinzipiell begrenzt ist auf das jeweilige Einzelkapital. „Der Widerspruch kann sich nur lösen, indem sich der Gesellschaft von Privaten die Gesellschaft als solche gegenüberstellt, indem also die Gesellschaft,

[55]) Hesse, Verfassungsrecht der BRD, 4. Aufl., 1970, S. 7; diese Aussagen des Liberalen Hesse sind als populär anzusehen, vgl. insbesondere von konservativer Seite: Forsthoff, Strukturwandel der modernen Demokratie, 1964, S. 63 f. und S. 202 f.

das Allgemeine, worunter die besonderen Individuen subsumiert sind, eine selbständige besondere Existenz neben und außer der Gesamtheit der die Gesellschaft konstituierenden Privaten gewinnt. Diese Verdoppelung der Gesellschaft bringt den Staat hervor."[56]) Das heißt aber, daß der Staat nichts anderes ist „als die Form der Organisation, welche sich die Bourgeoisie sowohl nach außen als nach Innen hin zur gegenseitigen Garantie ihres Eigentums und ihrer Interessen notwendig geben";[57]) ist die Gemeinschaftlichkeit „illusorische Gemeinschaftlichkeit".[58]) Es versteht sich damit auch, daß „der Staat ... nicht von Ewigkeit her (ist) ... Die Gesellschaft, die Produktion auf Grundlage freier und gleicher Assoziation der Produzenten neu organisiert, versetzt die ganze Staatsmaschine dahin, wohin sie dann gehören wird: ins Museum der Altertümer, neben das Spinnrad und die bronzene Axt".[59])

Erklärt man das Wesen des Staates aus den gesellschaftlichen Widersprüchen, so wird die Begrenztheit positivistischer Theorien über den Staat deutlich: Staat als Organismus, als sinnvolle Ordnung geltender Normen, als Integrationsprozeß definiert, bleibt leere Abstraktion und trägt beschreibenden Charakter, weil der Zusammenhang zwischen Staat und Gesellschaft unbegriffen bleibt: Entweder wird der Staat metaphysisch erklärt und der Gesellschaft mechanisch gegenübergestellt oder voluntaristisch und derb-rationalistisch aus dem Willen der Individuen abgeleitet, nicht aber wird der Zusammenhang zwischen Staat und Gesellschaft als Einheit innerhalb der Verschiedenheit erkannt.

Weil grundsätzlich das Wesen des Staates unerkannt bleibt, können auch konkrete Erscheinungsformen staatlichen Handelns nicht erklärt werden: Bezieht man jedoch diese Erscheinungsformen auf den elementaren Widerspruch zwischen privater und gesellschaftlicher Arbeit, durch den der Staat bedingt ist, kann eine wirkliche Erklärung für die Zunahme staatlicher Tätigkeit sich nur aus einem veränderten Verhältnis zwischen privater und gesellschaftlicher Arbeit ergeben: Der Kapitalismus revolutioniert beständig seine Produktionsgrundlagen. Damit haben sich die Produktivkräfte in einem Ausmaß entwickelt, daß das Risiko bzw. das Quantum der notwendigen Neuinvestitionen überhaupt nicht mehr von Einzelkapitalien getragen werden kann, ihnen daher über den Staat Ressourcen aus anderen gesellschaftlichen Bereichen in Form von z. B. Subventionen, Steuervergünstigungen zugeführt werden. Ferner hängt die Kapitalverwertung in steigendem Maße vom sogenannten Infrastrukturbereich ab. Veränderungen in den Erscheinungsformen staatlichen Handelns sind also zu begreifen als Ausdruck der Verschärfung des Grundwiderspruchs zwischen privater und gesellschaftlicher Arbeit, die Theorie der Sachzwänge der modernen Technik als dem adäquaten ideologischen Reflex.

Es erweist sich also, daß hinter den angeblichen Sachzwängen gesellschaftliche Bewegungen sich vollziehen, daß der Staat in verhüllter Form den Anforderungen des Verwertungsprozesses des Monopolkapitals unterworfen ist.

Bleibt dieser Zusammenhang unerkannt, so erfordern die Sachzwänge, die scheinbar naturwüchsig den Staat zu bestimmten Maßnahmen zwingen, auch den Abbau demokratischer Positionen: So heißt es unter Hinweis auf die „moderne technische Entwicklung" bei „Problemen heutiger demokratischer Ordnung": Sie hat ... den

[56]) Arbeitsgruppe: Zur Kritik der Sozialstaatsillusion, in SoPo 14/15, 1971, S. 198.
[57]) Marx/Engels, Die deutsche Ideologie, MEW 3, S. 62.
[58]) Daselbst, S. 33.
[59]) Engels, Der Ursprung der Familie, des Privateigentums und des Staates, MEW 21, S. 168.

Spielraum politischer Willensbildung, der die Offenheit der demokratischen Ordnung ermöglichen soll, merklich verengt."[60]

Materielle Basis der liberal-demokratischen Rechte war eine Vielzahl von Produzenten. Der Austausch ihrer Produkte konnte sich nur vollziehen, wenn sie sich gegenseitig als frei und gleich anerkannten. Auf materiell gleicher Grundlage konnten ihre Beziehungen zu staatlichen Institutionen nur gleich oder ähnlich sein.

Mit steigender Vergesellschaftung der Produktion, sinkender Anzahl der Produktionseinheiten bei wachsender Größe derselben, ist die materielle Basis der demokratischen Rechte nur noch zum Teil gegeben. Denn große Teile auch der Bourgeoisie werden entweder freigesetzt als Lohnarbeiter oder geraten in materielle Abhängigkeit der Monopole. Damit ist aber nicht einmal mehr das Verhältnis der Bourgeoisie untereinander frei und gleich; der Staat wird vor allem für Interessen der Monopole tätig. Es zeigt sich, daß „Sachzwang-Theorien" gesellschaftliche Prozesse legitimieren, die vor allem den Herrschenden nützen, den Demokraten schaden. In dieser Funktion und auch im Ansatz erweist sich im übrigen, daß „Sachzwang-Theorien" verwandt sind jenen Theorien, die Rechtsinhalte aus dem Willen — des Staates, der Menschen, des Führers — ableiten: Wird einmal das abstrakte Denken einer verdinglichten Umwelt gegenübergestellt und dieses als gegenüber jenem selbständig ausgegeben, so wird zum anderen das Denken nur noch als Reflex auf die verdinglichte Umwelt gesehen. Ist in der einen Theorie der Wille alles, ist er in der anderen nichts. In beiden Varianten wird der Zusammenhang zwischen empirischer Tätigkeit und den entsprechenden Verhältnissen, zwischen Verhältnissen und Denken zerrissen; entweder in subjektivistischer oder in objektivistischer Weise. Beide Formen sind nur Ausdruck derselben Sache: Die Verhältnisse haben sich gegenüber den Menschen verselbständigt und treten ihnen als beherrschende Mächte gegenüber.

Nach dem Gesagten läßt sich festhalten, daß in der positivistischen Rechtswissenschaft der Mensch als von seinen materiellen Bedingungen unabhängig gesehen wird. Sie suggeriert damit unbeschränkte Freiheit, wo es sie nicht gibt, und nimmt damit dem Menschen die Möglichkeit, Freiheit als „Einsicht in die Notwendigkeit" zu begreifen. Andererseits bleiben ihr gesellschaftliche Prozesse als solche, d. h. als von Menschen gemachte, unerkannt. Sie entzieht diese damit der Einwirkung der Menschen, weil diese als nicht änderbar, natürlich erscheinen.

Die positivistische Rechtswissenschaft gibt dem Menschen Freiheit, wo er sie nicht hat und nimmt sie ihm dort, wo er sie haben könnte. Sie verbindet Freiheit mit Einsamkeit und Zwang mit Gemeinschaftlichkeit, während sich Freiheit, wenn überhaupt, nur in der Gemeinschaft verwirklichen kann. Eine solche Wissenschaft kann nicht dazu beitragen, den Menschen von seiner Unterwerfung unter die unbegriffenen Gesetzmäßigkeiten der kapitalistischen Gesellschaft zu emanzipieren. Denn: „Nicht in der geträumten Unabhängigkeit von den Naturgesetzen (hier auch i. S. von „gesellschaftlichen Naturgesetzen", die Verf.) liegt die Freiheit, sondern in der Erkenntnis dieser Gesetze und in der damit gegebenen Möglichkeit, sie planmäßig zu bestimmten Zwecken wirken zu lassen".[61])

Mit der Aufgabe ihres emanzipatorischen Anspruchs hat die Rechtswissenschaft nicht nur ihren progressiven Charakter verloren; sie ist damit generell nicht mehr

[60]) Hesse, Verfassungsrecht der BRD, 4. Aufl., 1970, S. 67.
[61]) Engels, Anti-Dühring, MEW 20, S. 106.

in der Lage, den historischen Charakter der Realität zu begreifen, wohl oder übel ist ihre Theorie grundsätzlich die der „normativen Kraft des Faktischen".

Alternative

Wenn die positivistische Rechtswissenschaft die Realität nur verzerrt erfassen kann und dem entsprechend die Probleme, mit denen sie sich beschäftigt, in einer Weise löst, die ausschließlich von der Perspektive der Herrschenden bestimmt wird, so muß eine solche Rechtswissenschaft radikal verändert werden. Und zwar durch die Integration von Sozialwissenschaften, deren Funktion es sein muß, die Wirklichkeit adäquat zu erfassen. Diese Aufgabe können bürgerliche Sozialwissenschaften prinzipiell nicht leisten[62]). Allerdings sind sie in der Lage, die Rechtswissenschaft an ihr bislang verschlossen gebliebene Fragestellungen heranzuführen; sie bieten die Möglichkeit, marxistische Positionen in die Diskussion einzuführen. Dies ist vor allem deshalb ein wichtiger Aspekt, weil Rechtsfragen sehr stark von der ihnen zugrunde liegenden kapitalistischen Gesellschaft abstrahieren, der Vermittlungszusammenhang zur Gesellschaft also über viele Stationen verläuft. Die Wirklichkeit richtig im Denken zu reproduzieren kann nur eine dialektisch-materialistische Totalitätsbetrachtung leisten. Nur sie kann die Individuen befähigen, die Funktion ihrer konkreten juristischen Tätigkeit in der Gesellschaft einzuschätzen und die eigene Stellung im gesellschaftlichen Reproduktionsprozeß zu erfassen. Die Konsequenz, die wir also aus der Kritik an der positivistischen Rechtswissenschaft zu ziehen haben, ist, für die Realisierung der Forderung „Marx an die Uni" zu kämpfen.[63]

Im Zusammenhang mit dieser auf ideologischem Gebiet zentralen Kampfaufgabe ist die Relevanz bestimmter organisatorischer Veränderungen des Jurastudiums zu sehen.

So muß die gängige Fallklempnerei abgeschafft werden, denn Fällen, wie sie heute gestellt werden, ist prinzipiell ein Rahmen vorgegeben, innerhalb dessen man sich zu bewegen hat und der bestimmt ist durch eine spezifische praktische Brauchbarkeit; sie antezipieren Lösungen, die über den Rahmen monopolkapitalistischer Interessen nie hinausgehen. An die Stelle der Fallklempnerei sind Themenarbeiten nach eigener Wahl sowie Fallarbeiten solcher Art zu stellen, die die Einbettung eines isolierten Problems in einen größeren Zusammenhang erlauben.

So ist die Einheitsausbildung nicht als Fort- oder Rückschritt an sich zu begreifen — denn Anschauung der Wirklichkeit ist gerade nicht Reproduktion der Wirklichkeit im Denken —, sondern aus taktischen, den jeweiligen Kräfteverhältnissen angemessenen Gesichtspunkten zu beurteilen.

Die Schwierigkeiten, Fortschritte in der angedeuteten Richtung zu erzielen, werden in etwa sichtbar, vergegenwärtigt man sich, daß ehemalige Naziapologeten auch heute noch eine führende Rolle in der Rechtswissenschaft spielen, daß demokratische Alternativen als „den Studenten gewaltsam eine blutig-rote Brille aufsetzen"

[62]) Für sie gilt modifiziert auch das über die positivistische Rechtswissenschaft Gesagte.
[63]) Es versteht sich, daß hier nur auf die in diesem Zusammenhang relevanten Aspekte der Forderung „Marx an die Uni" eingegangen werden kann. Eine Strategie — die hier gar nicht geliefert werden soll — wird selbstverständlich nicht nur durch Ideologiekritik bestimmt. Es erübrigt sich daher hier, auf die materielle Situation der Juristen einzugehen, die auch in der Forderung „Marx an die Uni" angesprochen ist.

denunziert werden kann,[64]) daß schüchterne Ansätze zur Mitbestimmung in infamer Weise verglichen wird mit „Verhältnissen in der Nazizeit".[65])
Solche Ansichten verwundern nicht, denn: „Der Umgang mit dem Recht übt ... auf das sittliche Gefühl des Juristen eine verfeinernde, kultivierende Wirkung aus."[66]) Fürwahr!

[64]) MdB Dichgans (CDU) bei den Beratungen zur Reform der Juristenausbildung, in: Zur Sache, 5/1971, S. 183.
[65]) Kaufmann, Wissenschaftfreiheit und Mitbestimmung, JZ 1972, S. 47.
[66]) Coing, Grundzüge der Rechtsphilosophie, 1969, S. 331.

Internationaler Klassenkampf

180 Seiten DM 5,—
facit-Reihe 5

INHALTSVERZEICHNIS

Vorwort

Ota Lev
Lohnarbeit in Afrika: Erbe des Kolonialismus und Entwicklungsperspektive

Jean Suret-Canale
Stämme, Klassen und Nationen in Tropisch-Afrika

Pierre Gensous
Forum der Gewerkschaften Afrikas und Europas

Tunji Otegbeye
Die nationale Frage und die Einheit Nigerias

Abdel Khalek Mahjoub
Die Revolution vom 25. Mai im Sudan

Rostislaw Umjanowski
Zu einigen Fragen der nichtkapitalistischen Entwicklung afro-asiatischer Länder

Aus der Zeitschrift „Al Talia"
Fragen der sozialökonomischen Entwicklung der VAR

Georges Batal
Für eine kommunistische Kampf- und Massenpartei im Libanon

J. Enaruación Pérez
Mexiko: Studentenbewegung und Verteidigung der Demokratie

Narayana Kalyana Krishnan
Zu den politischen Ereignissen in Indien

C. Unni Raja
Interesse für den Marxismus in Indien

Sch. Nazagdorsh
Über die Wege der Umgestaltung der Agrarverhältnisse in der Mongolei

Longino Becerra
Charakter und Inhalt des revolutionären Prozesses in Lateinamerika

Francisco Mieres
Besonderheiten der ökonomischen Entwicklung und der rev. Prozeß in den Ländern Lateinamerikas
Probleme der wirtschaftlichen Integration Lateinamerikas und die Arbeiterklasse

Jose Cadematori
Lateinamerikas wirtschaftliche Integration und die Position der Arbeiterklasse

Julio Laborde
Für Bürgerfreiheiten in Argentinien

Julio Laborde
Das argentinische Volk kämpft gegen die Militärdiktatur

Teodosio Varela
Die wirtschaftliche Integration Lateinamerikas und Probleme Kolumbiens

Cheddi Jagon
Gegenwart und Zukunft Guayanas

Manuel Cepeda
Zehnter Jahrestag der Kubanischen Revolution

Bestellungen an:

Werbe- und Literatur-Vertriebs GmbH,
2 Hamburg 63, Langenhorner Chaussee 5

Marxismus - Ergänzungen und Entstellungen

Prof. Walter Hollitscher, Wien

Vortrag vom 9. 12. 1970 an der Münchener Universität

Meine Damen und Herren, liebe Genossen!
Ein britischer Historiker leitete einst sein Hauptwerk mit der sich an ein Hegel-Wort anlehnenden Behauptung ein, das einzige, was die Geschichte lehre, sei – daß aus ihr nichts zu lernen ist. Dies kommt einer recht umfassenden Ohnmachtserklärung gleich, weil die meisten Wissenschaften im Grunde genommen geschichtlich sind, weil sie als Natur- und Gesellschaftsgeschichte die Geschichte der Wirklichkeit darstellen.
Da Marxisten vom Nutzen der Wissenschaft überzeugt sind – für die Prognostik, d. h. die Zukunftsvorhersage, wie für die Reduktion, d. h. das Vergangenheitsverständnis –, so läge es nahe, der zitierten geschichtsphilosophischen Verzweiflungsthese mit einer ebenso lapidaren optimistischen Behauptung zu erwidern: aus der Weltgeschichte lasse sich für die Zukunft alles lernen!
Jedoch auch ein solches, weniger von Tatsachenkenntnis als von Wissenschaftsgläubigkeit diktiertes Allgemeinurteil schösse übers Ziel. Es läßt sich nämlich nicht alles voraussehen. Die Zukunft kann nicht vollständig gewußt werden, so objektiv bedingt auch alles Geschehen ist. Sie ist zu mannigfaltig und kann daher nie zur Gänze exakt erfaßt werden: Notwendiges und Zufälliges verschränken sich stets miteinander, vor allem tritt auch qualitativ völlig Neues und prinzipiell Unvorhergesehenes in ihr auf.
Was sich aus der Geschichte im Negativen mit jener Sicherheit lernen läßt, die günstigenfalls auch im Positiven erreicht wird, ist: das alles Erreichte korrekturbedürftig und verbesserungswürdig ist. Die Geschichte der Produktion, der Wissenschaften, der Technik, der Künste, der Moral und Politik ist da eine unmißverständliche Lehrmeisterin. Die zweifellos wachsende Erkenntnis nähert sich, wie zunehmende Natur- und Gesellschaftsbeherrschung praktisch beweisen, ihren realen Objekten bloß immer relativ, wenngleich – trotz aller Irrungen – unaufhaltsam.
So ist auch der Marxismus stets ergänzungsbedürftig. Wäre er vollendet, so wäre er auch schon verendet.
Die soeben dargelegte Ergänzungspflicht gewährt jedoch kein Entstellungsrecht. Kritik darf nicht durch Gefallsucht vor Autoritäten eingeschläfert, harte Arbeit für die revolutionäre Sache nicht durch Anleihen aus gegnerischen Ideologien ersetzt werden. Nicht weniges von dem, was sich als „moderner Marxismus" von dessen wohlbekannten Gegnern preisen läßt, ist auf den ideologischen Märkten billig erhältlicher, wahrhaft feilgebotener neumodischer, oft auch bloß altmodischer *Marxismus-Ersatz.*
Echte Neuerungen sind stets anspruchsvoll, fordern Schöpfern wie Mitdenkern viel Mühe ab. Wer das in Wirklichkeit dem Vergangenen Verhaftete für zukunftsträchtig hält, wer bloße Entstellung für Ergänzung nimmt, der taugt nicht zum Ratgeber. Übrigens trifft das Wort „Ergänzungen" den Gegenstand nicht genau. Der Marxismus-Leninismus war und ist ein Ganzes, sich durch das System seiner

Theorie und Praxis scharf abgrenzendes. Jedoch war und ist er ein sich entwickelndes Ganzes. Was wir der Kürze halber im Titel „Ergänzungen" nannten, sollte daher besser *„Weiterentwicklungen"* heißen. Solcher Weiterentwicklungen ist der Marxismus dem Gesagten zufolge stets bedürftig und fähig, in allen dreien seiner „Bestandteile": der marxistischen Philosophie, der marxistischen politischen Ökonomie und der Lehre des wissenschaftlichen Sozialismus.
Die Weiterführung der marxistischen Philosophie, des dialektisch-historischen Materialismus, ist durch die Vertiefung des Wissens, wie die Erweiterung des Wissenshorizonts seit Marx, Engels und Lenin nötig und möglich geworden. Das Weltbild der modernen Wissenschaft, Natur- wie Menschenbild, müssen vom Niveau des sich z. Z. etwa alle sieben Jahre verdoppelnden Wissensumfangs her unaufhörlich revolutioniert werden.
Im gegenwärtigen Naturbild stehen, verglichen mit Lenins Tagen, neue Themen sogar ganz im Vordergrund. Lenins Ahnung, daß sich die Elementarteilchen (er sprach konkret vom Elektron) als unerschöpflich erweisen würden, hat sich voll bewahrheitet. Auf der Liste der Atomphysiker, die vor kurzem noch etwa 32 solcher Teilchen katalogisierte, stehen heute über 100! Durch Beschuß mit anderen Teilchen vermag man aus ihnen herauszuholen, was zuvor nicht drinnen war – ein Prozeß des Generierens, des Erzeugens von Teilchen, von dem sich die Naturphilosophie einst nichts träumen ließ.
Der Begriff des „Elementaren" verlor seinen früheren Sinn. Denn die neue Theorie von den „Quarks" – den nach einem James-Joyce-Roman vom Nobelpreisträger für Physik Murray Gell-Mann so benannten hypothetischen Fundamentalteilchen – wird die Zusammengesetztheit einer Reihe bekannter Elementarteilchen möglicherweise weiter nach unten zu verfolgen gestatten. Man sucht nach ihnen. Sind sie (oder ähnliches) gefunden, wird die Suche nach noch tieferen Niveaus neu beginnen.
An der Seite der Materie, wie sie zu Lenins Zeiten bekannt war, trat die etwas irreführenderweise so benannte *„Antimaterie",* die – aus Antiteilchen aufgebaut und möglicherweise Gebiete des Weltalls erfüllend – bei etwaigem Zusammenstoß mit „gewöhnlicher" Materie zerstrahlen würde. Natürlich ist auch solche Antimaterie im Sinne der marxistischen Philosophie „materiell", das heißt, sie existiert außerbewußt, bewußtseinsunabhängig, kann mittels menschlicher Erkenntnis theoretisch wie praktisch angeeignet werden.
Neuentdeckte kosmische Gebilde ungeheurer Strahlungskraft und enormen Massenreichtums, die „Quasare" und die rhythmisch-strahlenden „Pulsare" werfen völlig unerwartete Probleme auf, auch solcher der *Kosmogonie,* der Lehre von Entstehung und Entwicklung kosmischer Gebilde, die erst seit Lenins Zeiten zu einer exakten, heute bereits mit Rechenautomaten operierenden Wissenschaft wurde.
Was die sogenannte *Kosmologie* betrifft, die Lehre von der sich zeitlich wandelnden Struktur des Weltalls, so ist sie heute vom Gehalt der Einsteinschen Relativitätstheorie, die Lenin kaum noch kannte, zutiefst bestimmt. Neuerdings konnte A. L. Semanow zeigen, daß die bis vor kurzem für sich gegenseitig ausschließend gehaltene Alternative von endlichen und unendlichen Weltmodellen dialektisch aufgehoben werden kann, daß also in bestimmten Fällen Endlichkeits- und Unendlichkeitseigenschaften vereint sein könnten. Wiederum eine völlig unerwartete Weiterentwicklung des materialistischen Naturbildes.
Seitdem Fehlideologisierung solcher Probleme, ihre fälschliche Zuordnung zu

angeblich bürgerlich bestimmtem Denken vermieden, politische Eingriffe in offen naturwissenschaftliche Diskussionen als schädlich erkannt wurden, erweist sich auch auf diesem Gebiet der Anregungswert marxistischer philosophischer Gesichtspunkte als um ein Vielfaches anziehender und wirksamer.

Im Übergangsfeld zwischen Natur- und Menschenbild, wo es um die *Menschwerdungsfrage* geht, ist die Problemlage ebenfalls weiterentwickelt worden, z. T. in ungeahnter Weise.

Zur Zeit, als Marx und Engels schrieben, und später, als Lenin sein philosophisches Hauptwerk verfaßte, konnte die Vermutung, daß das Leben aus anorganischem Material entstanden sei, mit sehr gutem Grund vertreten werden. Wie Engels es in einer prägnanten Formel zusammenfaßte: „Das Leben als die Daseinsweise der Eiweißstoffe"; so konnte seitdem eine recht zufriedenstellende *Theorie des Lebensursprungs* entwickelt werden, die es uns gestattet zu zeigen, wie aus der irdischen Ur-Atmosphäre unter der Einwirkung von ultraviolettem Licht zuerst Aminosäuren, darauf größere chemische Gebilde und schließlich einfachste Lebewesen entstanden sind. Diese Auffassung wird auch der Theorie des Chemie-Nobelpreisträgers *Eiken,* der kürzlich in der BRD im privaten Kreis darüber referierte, gerecht.

Wir haben heute viel tiefere, tiefer begründbare Vorstellungen über die Entstehung des Menschen, als es vor kurzem noch der Fall gewesen ist. Wir wissen, daß die Menschheit älter ist, als man annahm, daß sie *vor vier bis fünf Millionen Jahren aus den damals lebenden Menschenaffen* entstand. Die Aufrichtung unserer äffischen Vorfahren ging der Menschwerdung, der Hominisierung, voraus. Die Abzweigung des zum Menschen führenden Stammes begann aber bereits vor etwa 30 bis 25 Millionen Jahren.

Wie Marx und Engels richtig vermuteten, war der Übergang vom gelegentlichen Gebrauch naturgebildeter Behelfsmittel zur gewohnheitsmäßigen Verwendung selbstverfertigter Arbeitsmittel, also vom instinktiven zum halbinstinktiven und schließlich zum zielstrebig-bewußten Arbeiten das eigentliche Menschwerdungsereignis. „. . . Arbeit, nach *und* mit ihr das Denken", wie Engels schrieb, kämen „zu miteinander verbundener Entwicklung".

Aber seit jüngstem wurde bekannt — Engels hatte dies in der nachgelassenen „Dialektik der Natur" erahnt —, daß *Vorstadien des Denkens und Arbeitens* schon bei Menschenaffen spontan auftreten. Ja, in menschlicher Umwelt konnte ein Schimpansenbaby die Anfänge der Taubstummensprache erlernen. Das amerikanische Ehepaar R. A. und B. T. *Gardner* veröffentlichten neulich („Science v. 15. 8. 1969) ihren seit Juni 1966 unternommenen Versuch, ein zwischen etwa acht und vierzehn Monate junges weibliches Schimpansenbaby, genannt *„Washoe",* in jener Gestensprache ASL (American Sign Language) zu unterrichten, welche in den USA von tauben Menschen verwendet wird und bei der Handstellungen bzw. Gesten den bestimmten Worten oder Begriffen entsprechen. In Washoes Kinderstube, die das Schimpansenbaby zu möglichst reger Tätigkeit zu animieren suchte, wurde von den menschlichen Zieheltern ausschließlich die Taubstummen-Gestensprache verwendet. Die Zeichengesten wurden Washoe solange vorgemacht, bis sie begriff und nachmachte. Durch Kitzeln, das junge Schimpansen sehr lieben, wurde sie für den richtigen Gestensprache-Gebrauch belohnt. Nach zweiundzwanzig Berichtsmonaten beherrschte Washoe 34 Zeichen; und 87 binnen 3 Jahren, darunter (aus der ASL ins Deutsche übersetzt): „komm, gib! mehr! hinauf! süß! öffne! kitzeln!

geh weg! trinken! entschuldige!" — „sorry!", wenn sie für das Beißen um Entschuldigung bat.

Es ist nicht nur ein rührender, sondern auch ein philosophisch bedeutsamer Vorgang, daß wir uns zum erstenmal mit einem Tier über sein Innenleben unterhalten können. Wobei wir allerdings sehen müssen, daß dieses artikulierbare Innenleben natürlich durch Menschen, durch den Sprachunterricht *arbeitender* Wesen möglich geworden ist.

Aber es ist nicht ausgeschlossen, daß — und das ist meine Pointe — der Engels'sche Ansatz: „Arbeit zuerst, nach und dann mit ihr die Sprache — das sind die beiden wesentlichsten Antriebe, unter deren Einfluß das Gehirn eines Affen in das bei aller Ähnlichkeit weit größere und vollkommenere eines Menschen allmählich übergegangen ist . . ." (s. Engels „Anteil der Arbeit an der Menschwerdung des Affen") insofern zu korrigieren ist, daß nicht zuerst die Arbeit und dann nach und mit ihr die Sprache aus dem Affenmenschen den Menschen werden ließ, sondern daß vorsprachliche Dispositionen und Vorarbeitsdispositionen *gleichzeitig* zur Entwicklung kamen und sich wechselseitig aufschaukelten.

Ich erzähle Ihnen das nicht, um Engels korrigieren zu können, sondern weil ich die Lebendigkeit der Engels'schen These demonstrieren möchte. Denn durch nichts kann man die Lebendigkeit einer wissenschaftlichen These besser beweisen als dadurch, daß sie weiterentwickelt werden kann.

In diesem Zusammenhang möchte ich noch eine *Bemerkung über Gefahren und Fehlerquellen* machen, die wir als Marxisten bei der Weiterentwicklung der Theorie beachten müssen.

Eine Fehlerquelle ist die Spekulation. Spekulationen, d. h. das unbegründete und auch nicht begründbare Nachdenken über Dinge, können natürlich *zufällig* zu guten Ergebnissen führen. Aber im Ganzen ist diesem Verfahren abzuraten. Man muß *empirisch und induktiv* vorgehen. Wenn man neue Modelle ersinnt, so müssen diese durch die *Erfahrung* und durch die *Praxis* nahegelegt sein.

Eine andere Gefahr, die der Spekulation entgegengesetzt ist, nannte Engels „sneaking empiricism", d. h. *„schleichender Empirismus".* Diese Gefahr, hauptsächlich in einer vom Positivismus beeinflußten Naturwissenschaftlergemeinde vorherrschend, ist von Engels immer wieder aufgewiesen worden. Der schleichende Empirismus, der sich von den angeblich untheoretischen Tatsachen nicht loslösen möchte, obwohl schon in der Tatsachenschilderung immer die gestrige und vorgestrige Theorie enthalten ist, wagt sich nicht über die als „harte" Tatsachen geltenden Fakten hinaus. Das ist eine große Gefahr für die Weiterentwicklung der Wissenschaften. Besonders oder erst recht bei der Philosophie, bei der es doch darauf ankommt, den *Wirklichkeitssinn* durch den *Möglichkeitssinn* zu ergänzen, wenn ich einmal das Wort eines österreichischen Dichters, Robert *Musil,* zitieren darf. Robert Musil spricht in seinem „Mann ohne Eigenschaften" eben von einem „Möglichkeitssinn" im Unterschied zum Wirklichkeitssinn. (Möglichkeitssinn: die realitätsgeleitete Phantasie, nicht die windige Phantasterei).

Eine zweite Gruppe von Gefahren, die der Weiterentwicklung entgegenstehen, sind die Gefahren der *Entideologisierung und der Fehlideologisierung.*

Die Entideologisierungsgefahr besteht darin, daß man zweifellos ideologische, d. h. in ihrer massenweisen Produktion klassenbedingte Ideen so behandelt, als ob sie klassenindifferent wären. Dies führt offensichtlich dazu, daß die Probleme der Ideologieentstehung, der Ideologiekämpfe nicht richtig verstanden werden.

Die zweite Gefahr, der wir nicht entgangen sind, ist die Fehlideologisierung: Pro-

bleme, die eigentlich *nicht* ideologisch sind, wo die Stellungnahme zu diesen Problemen nicht durch die Klassenposition der Stellungnehmenden bedingt wäre, werden als klassenbedingt aufgefaßt.
Denken wir an die genetischen Kontroversen. Oder an die Auseinandersetzung über die *Relativitätstheorie,* die Verwechslung der Relativitätstheorie mit den Grundthesen des (philosophischen) Relativismus. Aus der zweifellos zu Recht verurteilten Position des Relativismus glaubte man eine Verurteilung der Relativitätstheorie herleiten zu können.
Wichtig ist in diesem Zusammenhang, daß wir aus der Angst vor der Entideologisierung nicht in Fehlideologisierung und aus Angst vor der Fehlideologisierung nicht in Entideologisierung verfallen dürfen.
Die Revisionisten haben das Letztere gemacht. Weil es Fehlideologisierung gab, haben sie erklärt, es gäbe gar keine ideologischen Streitigkeiten. Damit haben sie aufgehört, die Realität des geistigen Lebens in den klassengespaltenen Gesellschaften zu verstehen und damit auch die Realitäten des internationalen Klassenkampfes zwischen den sozialistischen und den nichtsozialistischen Ländern.
Nun, offensichtlich ist die Weiterentwicklung der Gesellschaftsphilosophie eine sehr schwierige Angelegenheit. Wir leben heute in einer Zeit, in der es eine Modeströmung gibt: die sogenannte *philosophische Anthropologie.* Keinesfalls will ich behaupten, daß in den Schriften der sogenannten philosophischen Anthropologen nicht kluge Dinge drinstehen, die man lernen kann. Aber es ist ein dem Marxismus entgegengesetztes Menschenbild, wenn ein *unwandelbares* Wesen des Menschen behauptet wird, wenn von der historisch-konkreten Schilderung des menschlichen Wandels abgesehen wird.
Ich glaube, daß es notwendig ist, vom Menschen so zu sprechen, daß die physischen, die psychischen und die gesellschaftlichen Spezifiken des Menschen historisch-konkret entwickelt werden müssen. (Vergleiche: Walter Hollitscher „Der Mensch im Weltbild der Wissenschaft", Wien.)
Dabei gibt es eine Menge neuer Probleme, was z. B. die Frage der *körperlichen Spezifik* des Menschen betrifft, leben wir in einer Zeit, in der durch die Transplantation von Organen eine Frage auftritt, die sich früher die Menschen eigentlich kaum vorgelegt haben, nämlich: wann hört die Identität eines Menschen auf? Was kann man an jemandem ersetzen, wann bleibt er noch derselbe? Ich glaube, dieses Problem ist nicht schwer zu lösen, aber ich möchte es Ihnen nennen, um zu zeigen, daß die moderne chirurgische Technologie, wenn ich so sagen darf, ein philosophisches Problem aufwirft, das nicht mit den Mitteln der Science-Fiction, sondern mit den Mitteln der materialistischen Philosophie zu lösen ist. Wir haben in dem, was Ludwig von Bertalam das „Fließgleichgewicht" nennt, im Grunde schon einen Begriff, der unsere Fragen beantwortet.
Was die Frage der *psychischen Spezifik* betrifft, so ist hier ein weites Kampffeld zwischen verschiedenen Ideologien, zwischen der marxistischen und antimarxistischen Ideologie. Versuchen doch bestimmte Strömungen die Psyche des Menschen zu biologisieren. Die Biologisierung der menschlichen Psyche und die Psychologisierung der menschlichen Geschichte, wie sie *Freud* seinerseits vertreten hatte, in einer etwas naiven Weise – er kannte Marx ganz und gar nicht –, wird heute von bürgerlichen Wissenschaftlern, die nicht behaupten können, vollkommen an Marx vorbeigegangen zu sein, als Ersatzideologie für den Marxismus feilgeboten. (Zu diesem Problem siehe: Walter Hollitscher, „Aggression im Menschenbild, Marx, Freud, Lorenz", Frankfurt, Marxistische Taschenbücher.)

Ich glaube, daß in fast allen der aufgezählten Teilthemen einer umfassenden Bearbeitung des Menschenbildes große Aufgaben gestellt werden. Sowohl in der Berücksichtigung neuer Erkenntnisse, als auch der Betrachtung des von den Klassikern Erforschten im Lichte des jetzigen Wissens. Denken Sie z. B. an ein solches Thema wie die *Periodisierung der Geschichte.*
Die Periodisierung der Urgeschichte, die in Engels großartiger und wirklich genialer Schrift: „Der Ursprung der Familie, des Privateigentums und des Staates" enthalten ist, kann nicht so aufrechterhalten werden wie Morgan es Engels damals als Material geliefert hat. Engels hat das modernste Material verwendet, das zur Zeit vorlag. Wir wissen heute, daß die Menschheitsgeschichte wesentlich länger ist. In den 4 bis 5 Millionen Jahren, von denen ich anfänglich sprach, sind etwas andere Perioden zu setzen, vor allem in der Urgeschichte.
Eine Bemerkung möchte ich anschließen, die nicht eine Kritik oder eine Weiterentwicklung der Gedanken der Klassiker darstellt, sondern ein sehr notwendiges Zurückgehen auf die Gedanken der Klassiker, die in späterer Zeit simplifiziert und vulgarisiert worden sind, nämlich: die *Vorstellung von dem linearen Charakter der Aufeinanderfolge der Gesellschaftsformationen.* Die Auffassung der linearen, perlschnurartigen Aufeinanderfolge der Gesellschaftsformation: Urgesellschaft, Sklavenhaltergesellschaft, Feudalgesellschaft, kapitalistische Gesellschaft und schließlich sozialistische und kommunistische Gesellschaft – verwechselt die Logik der historischen Entwicklung mit der konkreten Historie der Entwicklung selbst.
Marx selbst hat den Begriff „Asiatische Produktionsweise" in seinem „Grundrisse der Kritik der politischen Ökonomie" (Rohentwurf) 1857/58 diskutiert und den historischen Vorgang in seiner ganzen Komplexität schon skizziert. Die späteren didaktischen Vereinfachungen wurden durch Kanonisierung zu erstarrten Formeln, die im Lichte der Erforschung der Klassiker und neuer Forschungen wieder überlegt werden müssen. Es gibt nicht bloß die „asiatische Produktionsweise"; in einem großen Teil der Welt ist nicht die Urgesellschaft von der Sklavenhaltergesellschaft und diese von der Feudalgesellschaft abgelöst worden, sondern es ist in einer ganzen Reihe von orientalischen Ländern auf die Urgesellschaft eine *profeudale* (das bedeutet: vorfeudale und urfeudale Gesellschaft – den Begriff prägte J. Needham) und danach eine feudale Gesellschaft gefolgt.
Von der Frage der Weiterentwicklung der Philosophie möchte ich jetzt zur politischen Ökonomie übergehen.
Was die politische Ökonomie betrifft, möchte ich hier nur sagen, daß es doch ganz zweifellos notwendig ist, die politische Ökonomie des Sozialismus zu entwickeln. Das ist eine Frage, die unsere Zeit dringlich stellt, und die große, neue Probleme aufgeworfen hat und aufwirft. Aber wir müssen natürlich auch sehen, daß die politische Ökonomie des Kapitalismus, obwohl der Kapitalismus in einem gewissen Sinne des Wortes eine perspektivenlose Gesellschaftsordnung – jedoch nicht eine geschichtslose – darstellt. Es gibt im Kapitalismus Veränderungen, auch die Produktionsverhältnisse im Kapitalismus ändern sich. Vor einer Vulgarisierung des Wortes „Produktionsverhältnis" müssen wir warnen. Es gibt *innerhalb* einer Gesellschaftsformation sich wandelnde Produktionsverhältnisse. Die sind nicht die großen, qualitativen Sprünge, die wir beim Übergang von einer zur anderen haben, aber der Übergang von Manchester-Liberalismus, also Manchester-Kapitalismus, zum Imperialismus und zu den staatsmonopolistischen Formen des Kapitalismus ist sehr wohl hervorhebenswert. Die Formen des Übergangs innerhalb des Kapitalismus bilden die Geschichte des Kapitalismus, die wir gegenwärtig

analysieren und die wir als eine Systemeigenschaft des modernen Kapitalismus darstellen müssen.

Ein Wort zum Schluß über die Frage dieses die *Ergänzungen* und *Weiterentwicklungen* betreffenden Teils meines Referates: die sogenannte *„Modelltheorie"*. Die Modelltheorie des Sozialismus, die auch heute so viel diskutiert wird, ist eine nicht ganz legitime Weiterentwicklung, eine zu Fehlern drängende, ja manchmal grob fehlerhafte Theorie.

Denn der Sozialismus in verschiedenen Ländern – unter verschiedenen Bedingungen entstanden – weist naturgemäß auch voneinander abweichende Eigenschaften auf. Aber es scheint unzweckmäßig, von verschiedenen Modellen des Sozialismus zu sprechen.

Ein Modell ist im allgemeinen das, was man konstruiert, um es dann zu verwirklichen. Zum Beispiel gelangt man zum Flugzeug, indem man zuerst ein Modell des Aeroplan herstellt und dann die Verwirklichung des Flugzeuges betreibt. Geschichte wird jedoch so nicht gemacht.

Was wir an Verschiedenheiten im Sozialismus heute beobachten – entstanden unter verschiedenartigen historischen Voraussetzungen –, kann viel besser als durch den Modellbegriff durch den Begriff des *Allgemeinen, Besonderen und Einzelnen* – jedem Dialektiker selbstverständlich – erfaßt werden.

Alle proletarischen Revolutionen haben *allgemeine* Züge, eben *allen gemeinsame* Züge: die Expropriation der Expropriateure, die Beseitigung der Ausbeutung, die Errichtung der Arbeitermacht, die universelle Planung des gesellschaftlichen Lebens. Kein Staat kann sich sozialistisch nennen, der diese Voraussetzung nicht erfüllt.

Besondere Bedingungen, *besondere* Eigenschaften des Sozialismus ergeben sich aus unterschiedlichen Voraussetzungen, unter denen diese Länder zum Sozialismus gekommen sind. In einigen Ländern erwies es sich als möglich, die sozialistische Revolution unter den Bedingungen der Unterentwickeltheit durchzuführen, während in einigen wenigen Ländern aus entwickelten kapitalistischen Bedingungen sich der Sozialismus ergeben konnte und verwirklicht wurde.

Das sind die Besonderheiten, die die beiden besonderen Gruppen dann in diesen oder jenen Eigenschaften unterscheiden. Jede *einzelne* Revolution besitzt natürlich ihre einzelnen Eigenschaften, die sich aus der besonderen Historizität ihres eigenen Landes und Staates ergeben. Sie sind nicht nachahmbar, und es wäre schlecht, sie als Modell beziehen und anderen, als wären sie unmündig, aufoktroyieren zu wollen.

Man muß also unterscheiden zwischen dem Allgemeinen, Besonderen und dem Einzelnen. Das muß man nicht nur bei Revolutionen, sondern bei jedem Ding, bei jeder Gruppe von Dingen. Das ermöglicht eine Abkehr vom schlechten Modellbegriff, und eine bessere Erfassung dessen, was mit dem Modellbegriff eigentlich ausgesagt werden soll.

Was Roger Garaudy über den Modellbegriff sagt, ist nicht in Einklang mit der tatsächlichen Historizität der revolutionären Ereignisse zu bringen.

Damit befinden wir uns schon auf dem Gebiet der Pseudo-Entwicklungen, die in Wirklichkeit Entstellungen des Marxismus, der materialistischen Dialektik sind.

Philosophisch ist wohl die Einstellung am weitestreichenden, welche die Dialektik in der Natur leugnet – wie zum Beispiel J. P. Sartre, aber auch E. Fischer dies tut – und die Menschenwelt anthropologisiert.

Daß es ein reales Widerspiel gegenläufiger Kräfte und Prozesse in der Natur,

daß es reale Entwicklungsprozesse im Universum gibt, die vom Einfachen zum komplexen Strukturierten, vom einfach bis mannigfaltig Bewegten führen, die alte Qualität aufhebend und neue Gesetzlichkeiten hervorbringend – von kosmischer über organische zu menschlicher Evolution –, weiß jeder Sachverständige, wissen alle Naturwissenschaftler auf eigenem Gebiet. An der Dialektik in der Natur ist somit nicht zu zweifeln. Nicht so im Bereich der ideologischen, klassenbedingten Gesellschaftswissenschaften und der Gesellschaftsphilosophie. Hier tritt nicht selten „der" Mensch an die Stelle der Menschen in ihrer konkret-historischen Lebenslage. Solche vorgeblichen Ergänzungen des historischen Materialismus durch eine abstrakte „philosophische Anthropologie", deren Kern die – das sogenannte „Allgemeinmenschliche" betreffenden – Aussagen sind, stellen in Wirklichkeit Entstellungen, ja die Aufhebung des Marxismus dar.

Erstaunlicherweise wurde sie von einigen, die sich „moderne" Marxisten nennen, als „Renaissance marxistischen Denkens" bezeichnet, obgleich keine Wiedergeburt, sondern bloß die Wiederholung alter Totsagungs- und Beerdigungsversuche marxistischen Gedankenguts vorliegt. Die erforderlichen Weiterentwicklungen liegen in einer ganz anderen Richtung.

So heißt es zum Beispiel in einem „Die Zukunft des Marxismus" betitelten Artikel Franz Mareks in dem „Philosophie des Menschen" betitelten Absatz: „Unbestreitbar ist die Resonanz marxistischen oder von Marx inspirierten Denkens auf jenem Grenzgebiet der Anthropologie und der Soziologie, in dem der Begriff der ‚Entfremdung' dominiert . . . Offenbar kommt dieser Begriff einem existenten Ohnmachtsgefühl in der Welt der Atombombe, der Meinungsfabriken und Machtapparate entgegen, die ihn deshalb auch zu einem Grundbegriff des marxistischen Humanismus prädestiniert." (in: Weg und Ziel, 1967/7, S. 416)

Wohin solche Prädestinationen führen können, wenn undifferenziert von „der" Welt und „dem" Menschen gesprochen wird, zeigen Ernst Fischers Veröffentlichungen aus den jüngsten Jahren, zwei davon gemeinsam mit Franz Marek verfaßt. Fischer wie Marek berufen sich dabei auf Marxens frühe und späte Schriften. Soll ihren Argumenten entgegnet, so muß ihnen genau gefolgt werden.

Was Marxens geniale Pariser „Ökonomisch-philosophische Manuskripte" aus den Monaten April bis August 1844 betrifft, so müssen sie erst mißverstanden und entstellt werden, sollen sie diesen anthropologisierenden Zweck erfüllen.

Obwohl Marxens Ideen damals in stürmischer Entwicklung waren – auch während der Abfassungszeit selbst –, ist er seit längerem Materialist gewesen, hatte bereits im „Privateigentum" (an den Produktionsmitteln) die Grundfrage der Knechtung und Entfremdung im Kapitalismus entdeckt. Dabei hatte er die Entfremdung entschieden als historische, keineswegs als „allgemeinmenschliche" – unhistorische Kategorie aufgefaßt. (Allerdings konnte Marx damals die konkreten Widersprüche des Kapitalismus noch nicht so umfassend analysieren wie nach seinen Vorstudien zum späteren „Kapital".)

Ernst Fischer jedoch bemüht diese Frühschrift, um Marx von ihren – von Fischer völlig mißverstandenen – Positionen aus einem Marxens Denken entgegengesetzten Sinne zu interpretieren. Fischer zufolge ist nämlich Entfremdung mit jeder, nicht nur der „knechtenden" Arbeitsteilung verbunden, und da ja im Sozialismus, aber auch im Kommunismus Arbeitsteilung vorhanden bzw. noch zu erwarten ist, sei auch die Aufhebung der Entfremdung im Sozialismus unmöglich, im Kommunismus fragwürdig.

So setzt er in dieser grundlegenden Beziehung ein Gleichheitszeichen zwischen

Kapitalismus und Sozialismus/Kommunismus. Er stellt sie auch im Falle, daß ihre Produktivkräfte hochentwickelt sind, einander gleich, unbeschadet des Gegensatzes ihrer Produktions- und Gesellschaftsverhältnisse. Dabei verwendet er für beide den von bürgerlichen Ideologen eingeführten Ausdruck „Industriegesellschaft". Sie hätten überdies gemeinsames „Hegemonie"-Streben, seien gleichermaßen „imperial" gesinnt. Hier geben sich rechte und „linke" Marxismus-Revision die Hände.

In Wirklichkeit hat Marx in den sogenannten Pariser Manuskripten, wo er die Entfremdung diskutiert (im Fragment, welches „Bedürfnis, Produktion und Arbeitsteilung" überschrieben wurde), die kapitalistische Arbeitsteilung als für die „Entfremdung des Menschen" in der bürgerlichen Gesellschaft als bestimmend anerkannt: durch sie wird — wie es bereits im ersten Manuskript heißt — der Arbeiter „geistig und leiblich zur Maschine herabgedrückt und aus einem Menschen eine abstrakte Tätigkeit . . .", und zwar unter den gesellschaftlichen Bedingungen (zum Unterschied von den bloß technischen) der kapitalistischen Arbeitsteilung, wie sie Marx aufheben will.

So ist die Entfremdung von Marx als kapitalistischer (er sagte damals: „nationalökonomischer") Ausdruck „der Gesellschaftlichkeit der Arbeit" aufgefaßt. „Aufhebung der Arbeitsteilung" heißt also schon damals bei Marx: Aufhebung der kapitalistischen Warenproduktion.

Indem Marx das Entfremdungsproblem im Gegensatz zum unhistorischen Materialismus Feuerbachs und zur idealistischen Dialektik Hegels materialistisch und zunehmend konkret-historisch begriff und löste, indem er nicht von einem bloßen Begriff der entfremdeten Arbeit, sondern vom Elend der Arbeiter ausging, gab er der historischen Mission der Arbeiterklasse ihre ökonomische Fundierung. In seinem späteren Lebenswerk entwickelte er diese Fundamente zum eindrucksvollen Gebäude des „Kapitals".

Macht man den Entfremdungsbegriff hingegen mit Fischer zu einem „allgemeinmenschlichen", anthropologisiert man ihn als Mittelpunkt einer aparten Entfremdungsphilosophie, auf welche man dann noch die marxistische Weltanschauung zu reduzieren versucht, so hat man — wie selbst ein Kritiker von Fischers und Mareks Buch „Was Marx wirklich sagte" (Molden, Wien 1968) in einem bürgerlichen Journal feststellte — eine „Akzentverschiebung" vorgenommen, gegen die Marx „sicherlich Einwände erhoben hätte" (Die „Zeit", Hamburg, 3. Mai 1968).

Noch vor einem Jahrfünft wandte sich Fischer übrigens, die Entfremdung in der Literatur diskutierend, dagegen, die im Kapitalismus „herrschenden Zustände zum ‚ewigen Menschenschicksal' umzudeuten" (in: Zeitgeist und Literatur, Europa-Verlag, Wien 1964, Seite 102). Aber schon zwei Jahre darauf erklärte er bereits über die „weiterwirkende Entfremdung" nach der sozialistischen Revolution, sie würde durch den Übergang der Macht „in die Hände zentraler Instanzen" zur „*neuen* Entfremdung" (in: Kunst und Koexistenz, Rowohlt, Hamburg 1966, S. 103), „Volkseigener Betrieb" und „Arbeiter- und Bauernstaat" seien „magische Namen" und erst „mit Wirklichkeit zu füllen".

1968 heißt es (in Fischers: Auf den Spuren der Wirklichkeit, Rowohlt, Hamburg 1968) dann bereits:

„Entfremdung, so scheint mir, ist nicht nur Ergebnis bestimmter gesellschaftlicher Verhältnisse, sondern im Doppelwesen des Menschen als Natur und Wider-Natur, als Individuum und Gesellschaft, als Begrenztheit und Unendlichkeit, in seinem existentiellen Zwiespalt, begründet" (ebenda 212). Aufhebbar seien zwar Formen

der Entfremdung, aber offenbar weicht dabei eine Form immer nur der ihr folgenden: „Durch die neuen Institutionen wird einer neuen Entfremdung Vorschub geleistet" (ebenda 227).

Es liegt in der „Logik" solcher Auffassungen, die Fischer von der Romantik herleitet (ebenda S. 202), jedoch Marx zuschreibt, daß die Entfremdung auch im Kommunismus — wenngleich in anderer Form — unvermeidlich scheint. Er fragt sich allerdings, weshalb man sein Leben als Revolutionär einsetzen sollte, um den Teufel mit dem Beelzebub auszutreiben.

Fischer „zitiert" Marx, der angeblich sagte: „ich bin kein Marxist". (Kunst und Koexistenz, S. 76) In Wirklichkeit sagte Marx, wie Engels berichtete (MEW 35, 388): wenn das, was bestimmte Sozialisten vertreten, Marxismus ist, dann sei er keiner. Marx würde angesichts der soeben zitierten Ausführung Fischers wohl zu gleichem Sarkasmus angeregt worden sein. Fischer behauptet, Marx habe im dritten Band des „Kapitals" die Hoffnung zurückgestellt, daß der Mensch zu einem „ganzen, also sich selbst und den Mitmenschen nicht mehr entfremdeten Menschen zu werden vermöge" (Was Marx wirklich sagte, S. 47). Jedoch sagte Marx in der berühmten Vorarbeit zum „Kapital" („Grundrisse der Kritik der politischen Ökonomie") von den „bürgerlichen Ökonomen", sie seien so „eingepfercht in die Vorstellungen einer bestimmten historischen Entwicklungsstufe der Gesellschaft, daß die Notwendigkeit der Vergegenständlichung der gesellschaftlichen Mächte der Arbeit ihnen unzertrennlich erscheint von der Notwendigkeit der Entfremdung derselben gegenüber der lebendigen Arbeit, als bloß einzelner . . ., mit dem Setzen der Tätigkeit der Individuen als unmittelbarer allgemeiner oder gesellschaftlicher, wird den gegenständlichen Momenten der Produktion diese Form der Entfremdung abgestreift . . .".

Offenbar sucht aber Fischer im Gegensatz zu Marx die Emanzipation des Menschen, „das absolute Herausarbeiten seiner schöpferischen Anlagen" (Marx, Grundrisse . . ., S. 387) — losgelöst von der, Fischer sichtlich zu niedrigen, Sphäre des materiellen gesellschaftlichen Lebens und der Produktion.

In diesen „Theorien über den Mehrwert", dem sogenannten „Vierten Band des Kapitals", schrieb Marx zu diesem Thema: „Wollte man behaupetn, wie es sentimentale Gegner Ricardos getan haben, daß die Produktion nicht als solche der Zweck sei, so vergißt man, daß Produktion um der Produktion halber nichts heißt als Entwicklung der menschlichen Produktionskräfte, also Entwicklung des Reichtums der menschlichen Natur als Selbstzweck." (Dietz, Berlin 1959, S. 106) Gleichwie zuvor Ricardo hat nun auch Marx „sentimentale Gegner" gefunden, die allerdings zu verstehen behaupten, „was Marx wirklich sagte".

Marx hatte klar gezeigt, daß die Entfremdung „abgestreift" wird, wenn die objektiven Arbeitsbedingungen gesellschaftliches Eigentum der Produzenten, wenn die Tätigkeiten den Individuen unmittelbar gesellschaftlich werden. Wird dies, wie von Fischer, nicht gesehen, so steht der Übertragung des Entfremdungsbegriffes auf die sozialistische Gesellschaft nichts mehr entgegen — und gerade das ist offenbar Fischers Anliegen.

Da heißt es nämlich bei ihm, daß „in der Hierarchie gesellschaftlicher Institutionen die Individuen zu Funktionären" werden, „sie sind für den anderen nicht gleichberechtigter Mitmensch, sondern ein Über- oder Untergeordneter, ein Rang, ein kleines oder größeres Stück Macht. Jeder ist jedem und alle zusammen, die Funktionäre, sind dem einfachen Bürger entfremdet" (Was Marx wirklich sagte, S. 43).

Von hier war kein weiter Weg zu der Überschriftsbehauptung Fischers: „Alle Macht

ist verseucht". Der Unterschied zwischen Bourgeoisie-Macht und Arbeitermacht ist zum Verschwinden gebracht.
In einem Interview, das Fischer der Monatszeitschrift für die Funktionäre der bundesdeutschen IG-Metall „Der Gewerkschafter" gab (Dez. 1968), heißt es: „Die parasitären Apparate ... streben nach Konzentration der Macht, und zwar sowohl in der kapitalistischen wie in der kommunistischen Welt." Und: „Mit der alten Polarität Bourgeoisie-Proletariat kommen wir einfach nicht mehr aus ... Es geht also darum, einen systematischen Kampf um Entmachtung dieser Machtapparate zu führen ..." Ähnlich an anderer Stelle (Was Marx wirklich sagte, S. 153).
Von einer echten Analyse der Bürokratieprobleme kann bei solchen Allgemeinheiten nicht die Rede sein.
Hier liegt eine Version der heute unter den bürgerlichen Ideologen weit verbreiteten sogenannten Konvergenztheorie vor. Sie lehrt auf dem Gebiet der Ökonomie, daß gegenwärtig eine Annäherung der beiden Wirtschaftssysteme, des Kapitalismus an den Sozialismus und des Sozialismus an den Kapitalismus, stattfinde. Sie sei dadurch bedingt, daß beide zu „Industriegesellschaften" werden oder geworden seien. Auf politischem Gebiet lehrt die Konvergenztheorie den „Brückenschlag" zwischen Kapitalismus und Sozialismus, auf ideologischem die „ideologische Koexistenz" als konkrete Form der Entideologisierung.
Es gibt eine positive und eine negative Form konvergenztheoretischer Ideologien. Beide sind falsch und schädlich. Die erstere lehrt die Konvergenz der Errungenschaften, die letztere die der Defekte beider Systeme. Ernst Fischers Version gehört der negativen Form an — sie lehrt die Konvergenz der Entfremdung, der schlechten Institutionen, der bürokratischen Funktionäre, der „verseuchten Macht". Will man all dies lieber aus erster Hand lesen, so findet es sich zum Beispiel in John K. Galbraith „Die moderne Industriegesellschaft" (1967, deutsch: München 1968, S. 88). Schon die Verlagszusammenfassung der jüngsten amerikanischen Ausgabe dieses Werkes formuliert kurz und bündig: „Kapitalistisch und kommunistisch — alle Staaten tendieren unter den Erfordernissen der Technologie zur Konvergenz ihres Charakters."
Gleichwie der liberale Ökonom John Galbraith vertritt der sozialdemokratische Nobelpreisträger (1969) Jan Tinbergen die Meinung, daß „die Systeme des Westens und Ostens ... ständigen Veränderungen unterworfen" sind, wobei „diese Veränderungen im allgemeinen konvergent sind". (J. Tinbergen, Roads to the Ideal Socio-Economic System, The Oriental Economist, Februar 1967, S. 94)
Dies also sind die geistigen Väter von Fischers Konvergenz-Ideen. In die Behauptung einer gemeinsamen „Technostruktur" von Kapitalismus und Sozialismus teilen sich übrigens auch Galbraith und Herbert Marcuse. (Die Gesellschaft des sowjetischen Marxismus, Neuwied 1964, S. 27)
Der Begriff der Industriegesellschaft wird von all diesen Autoren klassenunabhängig gefaßt, so daß die führende Rolle der Arbeiterschaft im Sozialismus geleugnet erscheint. Über der Hervorhebung analoger Produktivkraftentwicklung wird die Bedeutung der divergierenden, der gegensätzlichen Eigentumsverhältnisse unterspielt, in deren historisch-konkreten Rahmen sich die gegenständlichen Produktivkräfte entwickeln.
Die „Industriegesellschaft" wird von den einen als „Wohlstands"-, als „Konsum"- und „Überflußgesellschaft" angepriesen. Von anderen, den Vertretern der „negativen" Konvergenztheorie-Variante, zu denen Fischer zählt, wird sie mit den gleichen Namen und ebenso unanalytisch gescholten. Die einen erhoffen sich

von der globalen Entwicklung der Industriegesellschaft den Himmel, die anderen befürchten die Hölle auf Erden. Beides sind bürgerliche Ideologien, welche, würden sie akzeptiert, die Arbeiterklasse strategisch und taktisch entwaffneten. Mit dem Marxismus haben sie ganz und gar nichts zu schaffen.
In einem Artikel von Franz Marek wird dem sogenannten Strukturalismus bescheinigt, daß seine Überlegungen ungemein anregend seien. Wie steht es darum? Ist das eine Ergänzung des Marxismus und der materialistischen Dialektik?
Die auf den Marxismus angewandte These des Strukturalismus besagt — es kann sich natürlich hier nur um eine Teilthese handeln —, daß die Erkenntnis eines Gegenstandes der Wirklichkeit sich nicht durch unmittelbare Berührung mit dem Konkreten ergibt, sondern durch die Erzeugung des Begriffs von dem Gegenstand. Das ist sicher richtig, insofern, als jede Wissenschaft die Wirklichkeit begrifflich, und nicht unmittelbar sinnlich, widerspiegelt. Zwischen sinnlicher und begrifflicher Widerspiegelung darf jedoch keine metaphysische Scheidelinie gezogen werden, unsere sinnliche Widerspiegelung der Wirklichkeit ist bereits in hohem Maße durch unser Denkvermögen artikuliert.
Die Einsicht, daß wir die Wirklichkeit über Begriffe widerspiegeln — diese natürlich bestimmte Strukturen in der Wirklichkeit hervorheben—, darf nicht zu einer Relativierung der Erkenntnis im Sinne des sogenannten linguistischen Relativismus führen, den viele Strukturalisten aufgrund der sogenannten Sapir/Whorf'schen Hypothese im Gegensatz zur Abbildungstheorie der Sprache vertreten.
Die linguistische Strukturtheorie der sprachlichen Abbildung steht in ausdrücklichem Gegensatz zur Abbildungstheorie der Sprache, die erklärt, Sprachen stellten die von uns unabhängig vorgegebenen Gebilde, Vorgänge und Relationen usw. dar, und die die Behauptung aufstellt, daß erst mit der Einführung eines Sprachzeichens eine bestimmte Gliederung der Wirklichkeit vorgenommen wird. Die Sprachzeichen haben zur Wirklichkeit etwa ein Verhältnis wie das Wort „Orion" zu dem entsprechenden Sternbild.
Diese These führt sehr leicht zum Idealismus, zur Behauptung, der Geist erzeuge die Objekte, er mache erst die von den Begriffen abgebildeten Einheiten. Nun entspricht dem Orionsternbild keine zusammengehörige Einheit von Gebilden in der astronomischen Realität. Die Begriffsbildung ist hier nicht nur, wie es immer ist, willentlich, sondern sie ist auch noch willkürlich. Die Orionsterne gehören nicht zusammen, ihr Zusammenhang ist phantastisch, ist mythologisch.
Wissenschaftliche Begriffe bilden vom Bewußtsein des Beobachters unabhängige Gebilde, Vorgänge, Relationen und Strukturen ab, wobei es sicherlich manchmal alternative Darstellungsmöglichkeiten gibt. Aber ob die Merkmalzusammensetzung die Wirklichkeit approximativ widerspiegelt, lehrt ausschließlich die Praxis.
Die Sprachen besorgen diese Widerspiegelung durch verschiedene Mittel, aber sie schaffen nicht verschiedene Wirksamkeiten. Die Menschen leben nicht in verschiedenen, sprachbedingten Wirklichkeiten, sondern umgekehrt, bedingt durch die verschiedenen Lebensumstände kommt es bei den verschiedenen Völkern zu verschiedenartigen Begriffsbildungen. Es muß sich dabei herausstellen, ob diese Begriffe der Wirklichkeit tatsächlich entsprechen oder nicht, ob sie abbildungsfähig sind oder nicht.
In den USA hat Steward Chase, der Propagandist der sogenannten „General Semantics", das Publikum davon zu überreden versucht, daß politische und ökonomische Schwierigkeiten in Amerika ihren Ursprung in der Sprache finden.
Philipp Frank, ein theoretischer Physiker und Fachmann auf dem Gebiet der

Relativitätstheorie, aber ein sehr schlechter positivistischer Philosoph, schrieb: „die neue Physik lehrt uns nichts über Materie und Geist, jedoch viel über Semantik". (In: Akten des 12. internationalen philosophischen Kongresses)
Ich glaube nicht, daß die Mehrzahl der Physiker ihm zustimmen würde, sicher nicht die materialistischen Philosophen. Sicher bestimmen sprachliche Strukturen unsere Auffassung mit, darauf weisen schon Lichtenberg und Nietzsche hin, aber letztlich durch die Objekte, die wir uns im Lebensprozeß praktisch und theoretisch aneignen. Der Strukturalismus ist vielleicht anregend, wie Marek meint, aber in der Hauptsache regt er zur Kritik an. Zukunftsweisend für den Marxismus, für seine Grundfragen, von denen wir hier sprachen, ist er kaum.
Die Entstellung der Wirklichkeitsbeziehung des Menschen im Sinne des Relativismus ist eine sehr gefährliche, mit aller Wissenschaft unverträgliche Fehldeutung der strukturellen Funktionen der Sprache.
Nun, der Marxismus verfährt in seiner Entwicklungsgeschichte materialistisch-dialektisch. Er hebt die Natur, die Geschichte, die bewußtseinsunabhängige und außergewußte Objektivität, sowie die objektive Determiniertheit, die ursächliche Bedingtheit des Geschehens, auch des Entwicklungsgeschehens, hervor. Dies gilt für die Natur wie für die Gesellschaft, so qualitativ abgehoben beide voneinander sind.
Zum Schluß möchte ich noch einen Gedanken streifen, die Behauptung Mareks: die Initiative der Menschen ist nur erklärbar, wenn die Determiniertheit des historischen Geschehens nicht so streng ist, wie in der Natur.
Diese Auffassung besteht aus einem tiefen Mißverständnis, das eigentlich schon von Aristoteles in seiner „Nikomachischen Ethik" aufgeklärt worden ist. Die Verantwortlichkeit und die Möglichkeit der freien Initiative und Entscheidungen schließen die Determiniertheit im Geschehen und Handeln nicht aus, sondern setzen sie vielmehr voraus. Initiativegewinn kann nicht durch Determiniertheitsverlust erzielt werden. Denn, das läßt sich in einem Satz sagen: Ungesetzmäßiges wäre unvorhersehbar. Unvorhersehbares wäre unplanbar. Unplanbares wäre unverantwortbar.
Gäbe es keine Gesetze, so könnten wir nicht vorhersehen, könnten wir nicht planen, könnten wir nicht verantworten.
Also nur durch die Determiniertheit des Geschehens, sowohl in der Natur, als auch in der Geschichte, ist die Freiheit des Menschen möglich. Wenn wir mit Sachkundigkeit – sachkundig die Gesetze der Natur und Gesellschaft berücksichtigen – ungehindert unseren progressiven Willen verwirklichen, dann sind wir im einfachen, wie im philosophischen Sinne des Sprachgebrauchs freie Menschen. Die Initiativen sind motiviert, erfolgen durchaus determiniert. Nur so kann es sachkundige, freie Entscheidungen geben. Nur in einer rationell erfaßbaren Welt können wir rational und human handeln.
Erlauben Sie mir, mit einem Goethe-Zitat zu schließen: „Nur das Gesetz kann uns Freiheit geben."

Durch eine neue Technik zu einer neuen Klasse? Kritisches zur Theorie der „neuen Arbeiterklasse"

Dr. Günter Krause

In der gegenwärtigen ideologischen Auseinandersetzung zwischen Sozialismus und Imperialismus besitzt das Problem der führenden Rolle der Arbeiterklasse eine zentrale Stellung. Dabei geht es hier keinesfalls um einen akademischen Meinungsstreit, sondern um eine ganz entscheidende gesellschaftliche und historische Frage, die Lenin in die Worte kleidete: **„Welche Klasse** (steht) im Mittelpunkt dieser oder jener Epoche und (bestimmt) ihren wesentlichen Inhalt, die Hauptrichtung ihrer Entwicklung, die wichtigsten Besonderheiten der geschichtlichen Situation in der jeweiligen Epoche."[1]) Diese Klasse ist in unserer Epoche ohne Zweifel die Arbeiterklasse! In überzeugender Weise werden die revolutionären und historischen Kräfte der Arbeiterklasse und ihrer marxistisch-leninistischen Partei vor allem bei der Entwicklung und Gestaltung der sozialistisch-kommunistischen Gesellschaft in den Ländern des realen Sozialismus deutlich. Hier beweist sie ihre Fähigkeiten, als produzierende, machtausübende und führende Klasse der Gesellschaft wirksam zu werden.
Die in der gesellschaftlichen Praxis bereits bewiesene Erkenntnis, daß die Arbeiterklasse die geschichtsbildende Kraft unserer Epoche ist, wird jedoch von bürgerlichen Ideologen, von Revisionisten jeglicher Schattierung in Zweifel gezogen, bestritten und mit diversen Fakten angeblich „widerlegt". Und es kommt auch nicht selten vor, daß sich in kapitalistischen Ländern Theoretiker, die teilweise progressive gesellschaftliche Positionen einnehmen und systemkritische Auffassungen besitzen, in ihrem Denken, in ihren Ideen von den Anschauungen bürgerlicher und revisionistischer Ideologen beeinflussen lassen. Das bedeutet dann auch, daß im Hinblick auf die Analyse und Darstellung der führenden Rolle der Arbeiterklasse, ihrer Entwicklungstendenzen und -perspektiven objektiv falsche und für den revolutionären Klassenkampf insgesamt schädlichen Konzeptionen entwickelt werden. Dieser Gedanke ist voll zutreffend für den Franzosen Serge Mallet und die von ihm vertretene Theorie der „neuen Arbeiterklasse."
Doch bevor zu der eigentlichen Problematik einige kritische Argumente vorgebracht werden, gilt es noch folgende notwendige Vorbemerkungen zu machen. Außerordentlich bedeutsam für das Verständnis der marxistisch-leninistischen Lehre von der historischen Mission des Proletariats ist die Berücksichtigung der Veränderungsform in der sozialökonomischen Struktur der Arbeiterklasse.[2]) Entscheidenden Einfluß auf die qualitativen und quantitativen Veränderungen in der Struktur und Lage der Arbeiterklasse haben die Auswirkungen des wissenschaft-

[1]) W. I. Lenin, Werke, Bd. 21, S. 134.
[2]) Vgl. dazu z. B. J. A. Wassiltschuk, Hauptgesetzmäßigkeiten der sozialökonomischen Entwicklung der Arbeiterklasse im Kapitalismus, in: Sowjetwissenschaft, Gesellschaftswissenschaftliche Beiträge, Heft 1/1971, S. 12 ff.

lich-technischen Fortschritts. Es kommt zu Veränderungen in der Wirtschaftsstruktur und in der Verteilung der gesellschaftlichen Arbeit auf die einzelnen Bereiche der Wirtschaft. Das Maß und die Qualität der im Produktions- und Reproduktionsprozeß verausgabten Arbeit nimmt zu. Neue Proportionen im Verhältnis zwischen körperlich-manueller und geistiger Arbeit treten auf, dies wiederum führt zu Modifizierungen in den Proportionen der einzelnen Schichten der Arbeiterklasse. Infolge des Wirkens des wissenschaftlich-technischen Fortschritts verändert ein Teil der Produzenten seinen Platz und seine Funktion im Produktionsprozeß. Die Entstehung eines hochqualifizierten Produktionsarbeiters ist zu beobachten. Gleichzeitig sind Prozesse zu konstatieren, die perspektivisch zur Angleichung der Tätigkeiten von Produktionsarbeitern und wissenschaftlich-technischer Intelligenz tendieren.

Unter den Bedingungen des staatsmonopolistischen Kapitalismus – die Mallet in seiner Theorie reflektiert – sind all diese Vorgänge begleitet von der Verschärfung der grundlegenden sozialen Konflikte, vergrößert sich die soziale Unsicherheit der Angehörigen der Arbeiterklasse. Hinzu kommt, daß der imperialistische Staat infolge seiner ökonomischen und außerökonomischen Aktivitäten immensen Einfluß ausübt auf die gesellschaftlichen Bedingungen der Verwertung und Reproduktion der Arbeitskraft – im Interesse des Monopolkapitals.

Gleichzeitig dringt das Kapital in einem solchen Ausmaß in die Sphäre der geistigen Arbeit ein, daß diese immer mehr und immer sichtbarer in direkte kapitalistische Lohnarbeit verwandelt und somit ein großer Teil der Intelligenz proletarisiert wird.[3])

Das hat mit den sozialstrukturellen Veränderungen eine offensichtliche Politisierung und Radikalisierung von Teilen der Intelligenz im Imperialismus zur Folge und wirft für uns die Frage der politischen Orientierung dieser Kräfte im revolutionären Kampf auf. Es zwingt uns auch dazu, Klarheit darüber zu gewinnen, welche soziale Position die inzwischen vielfältiger gewordenen, insgesamt wachsenden Lohnarbeitergruppen haben, vor allem aber, welche Rolle sie jeweils bei der Erfüllung der historischen Mission des Proletariats spielen. Dies ist um so notwendiger, als bürgerliche und revisionistische Theoretiker die Auswirkungen des wissenschaftlich-technischen Fortschritts auf die Struktur der Arbeiterklasse, auf das Verhältnis von geistiger und körperlicher Arbeit sowie das wachsende Gewicht der Wissenschaft im gesellschaftlichen Reproduktionsprozeß dahingehend interpretieren, daß die Arbeiterklasse die führende Rolle in der geschichtlichen Entwicklung verloren habe und diese nun den Intellektuellen und Wissenschaftlern gebühre.

In den Diskussionen um die gesellschaftliche Stellung und revolutionäre Perspektive jener Gruppe von Lohnarbeitern, die mit der stürmischen Entwicklung der Produktivkräfte in den technologisch entwickeltsten Industriezweigen wachsende Bedeutung erhält, wurden in den 60er Jahren besonders von der französischen Arbeitssoziologie eingehende theoretische Überlegungen und diverse empirische Analysen angestellt. In deren Ergebnis wurde die Theorie der „neuen Arbeiterklasse" entwickelt, die in den letzten Jahren vor allem in Frankreich, Italien und der BRD recht breite Aufnahme fand, besonders in Kreisen der Gewerkschaft, bei Angehörigen der wissenschaftlich-technischen Intelligenz und auch in bestimmten Gruppen der antiimperialistischen Studentenbewegung.

[3]) Vgl. dazu z. B. M. Grorian, Intelligenz unter Monopolherrschaft, DWI-Forschungshefte Nr. 3/1969.

Ein hervorragender Repräsentant dieser Theorie der „neuen Arbeiterklasse" ist der schon eingangs erwähnte Serge Mallet, der vor allem in den Schriften „La nouvelle classe ouvrière", „Gewerkschaftsbewegung und Industriegesellschaft", „Sozialismus und neue Arbeiterklasse" und „Die neue Arbeiterklasse des Mai 1968" seine Auffassungen darlegte. Auf Grund seiner Einzelanalysen in kapitalistischen Betrieben sowie deren theoretischer Verallgemeinerung konzipierte Mallet dann eine entsprechende Strategie der Arbeiterklasse für den Kampf gegen das Monopolkapital. Dabei räumt er den Gewerkschaften und ihrem – vor allem betrieblich orientierten – Kampf eine zentrale Stellung ein.[4])

Auf welche Art und Weise gelangt nun Mallet zur Theorie der „neuen Arbeiterklasse", was versteht er unter der „neuen Arbeiterklasse"?

Sein richtiger Ausgangspunkt ist, daß die Arbeit unter kapitalistischen Bedingungen in der Form von Lohnarbeit verausgabt wird, die das Ziel hat, Kapital zu produzieren und zu verwerten. Mallets Problemstellung beinhaltet nun, daß zwischen Organisation der Arbeit im Betrieb, modernem Produktionsprozeß und Bewußtsein der Arbeiter, dem Klassenbewußtsein eine direkte Wechselbeziehung besteht. D. h. er ist der Auffassung, daß eine veränderte Situation im Bereich der industriellen Produktion, in der technologischen Arbeitsorganisation notwendigerweise eine neue Form und Qualität von Klassenbewußtsein hervorbringt. Ausgehend von diesem Gedanken analysiert er die Genesis des Verhältnisses von Arbeitsorganisation und Bewußtsein der Arbeiter unter den kapitalistischen Verhältnissen. Dabei geht es Mallet „letztlich nicht darum zu erfahren, ob es eine Arbeiterklasse gibt oder nicht, sondern wo sich innerhalb der Arbeiterklasse die Avantgarde befindet".[5])

Er kommt zu dem Schluß, daß sich im heutigen Imperialismus, auf Grund der Entwicklung der Produktivkräfte, vor allem in den automatisierten Produktionsbereichen der sogenannten „Wachstumsindustrien" eine „neue Arbeiterklasse", die „Avantgarde" herausgebildet hat: Automationsarbeiter, Techniker und ingenieur-technisches Personal. Kurzum: die „neue Arbeiterklasse" – das sind nach Mallets Meinung die hochqualifizierten Produktionsarbeiter (die intelligenzintensive Arbeiten ausführen) und Teile der wissenschaftlich-technischen Intelligenz (die allerdings in einem kapitalistischen Lohnarbeiterverhältnis stehen).

Bereits hier wird ganz kathegorisch eine entscheidende Frage provoziert: Ist es berechtigt, eine primär durch neue Technik bzw. Technologien entstandene und determinierte Produzentengruppe schlechthin als **neue Klasse** zu fixieren?! Wir meinen – nein!! Soziale und gesellschaftspolitische Kriterien sind von Mallet völlig außer acht gelassen. Sein Terminus „neue Arbeiterklasse" reflektiert nicht die entscheidende sozialökonomische Beziehung der Arbeiterklasse zum kapitalistischen Eigentum an den Produktionsmitteln! D. h. der Ausgangspunkt seiner Konzeption ist nicht die **Klassen**stellung der von ihm hervorgehobenen Produktionsarbeiter, Techniker und ingenieur-technischen Kader, sondern vor allem ihre spezifische Funktion im materiellen Produktionsprozeß. Wir meinen jedoch, daß als entscheidendes Kriterium für die Beurteilung der gesellschaftlichen Stellung der Menschen bzw. einer Gruppe von Menschen die jeweilige Beziehung zum Eigentum an den Produktionsmitteln als **primäres** ökonomisches und soziales

[4]) Mallets Auffassungen vom Inhalt und der Funktion der Gewerschaften im Kampf gegen das Monopolkapital müssen hier allerdings unberücksichtigt bleiben.

[5]) S. Mallet, Die neue Arbeiterklasse des Mai 1968, In: Klassenanalyse, West-Berlin 1970, S. 187.

Kennzeichen hervorzuheben ist. Aus dem Verhältnis zu den Produktionsmitteln resultieren auch all die anderen materiellen Existenzbedingungen und Merkmale, die neben den ideologischen und politischen Faktoren entscheidend auf die Bewußtseinsbildung der Klassen und sozialen Schichten einwirken. Das kapitalistische Eigentum an den Produktionsmitteln ist das materielle Fundament der kapitalistischen Gesellschaft und ihrer Klassenstruktur – unabhängig davon, welche historische Form dieses Eigentum auch annahm bzw. annimmt. Weiter gilt es zu sagen, daß jene von Mallet mit in die „neue Arbeiterklasse" eingeordneten Techniker und Teile der wissenschaftlich-technischen Intelligenz in der überwiegenden Mehrheit keine Produktionsmittel besitzen, vom Verkauf ihrer vorwiegend geistigen Arbeit existieren. Hier sind Marx' und Engels' Worte hochaktuell, die sie im „Kommunistischen Manifest" schrieben: „Die Bourgeoisie verwandelt den Arzt, den Juristen, den Pfaffen, den Poeten, den Mann der Wissenschaft in ihre bezahlten Lohnarbeiter."[6])

Diese Schichten befinden sich daher genau wie die Produktionsarbeiter in einem sozialen und politischen Abhängigkeitsverhältnis von den kapitalistischen Eigentümern an den Produktionsmitteln. Ihre sozialökonomische Stellung ist daher von diesem Grundaspekt mit der Position der Arbeiter im wesentlichen identisch.

Nach Mallets Auffassung wächst infolge des veränderten Charakters der Arbeit in den automatisierten Produktionsbereichen – die Arbeit wird sich hier immer stärker auf die „creation intellectuelle" konzentrieren – auch das Bewußtsein der Arbeiter, das Bewußtsein von der eigenen Verantwortung und Initiative für den Produktionsprozeß, von den eigenen Fähigkeiten und Kräften! Dieses neue Bewußtsein, das Mallet für gewachsenes Klassenbewußtsein hält, resultiere gleichzeitig aus der konkreten Erkenntnis des Konflikts zwischen den enorm gewachsenen Produktivkräften und den kapitalistischen Produktionsverhältnissen, und zwar an der Basis der Produktion – in den kapitalistischen Betrieben. Diese Widersprüchlichkeit werde deutlich z. B. bei technischen, finanziellen und personellen Fehlplanungen, bei Vernichtung oder Brachlegung von Kapital, bei Konflikten mit und in der Betriebsbürokratie usw. Mallet ist nun der Meinung, daß die Arbeiterbewegung von hier aus die kapitalistische Produktionsweise radikal angehen kann, „und zwar nicht indem sie von ideologischen oder sozialen Forderungen ausgeht, sondern auf Grundlage der praktischen Feststellung, daß das System unfähig ist, das kontinuierliche und harmonische Wachstum der Produktion zu garantieren."[7]) Und weiter betont Mallet: „Es kann sich – zum ersten Male in der Geschichte – ergeben, daß diese Forderungen die logische Folge der technisch-ökonomischen Entwicklung werden."[8]) Mit anderen Worten: die Revolution wird zur logischen Folge der technologischen Entwicklung!! Doch damit übersieht Mallet in eklatanter Weise, daß eine erfolgreiche Durchführung der proletarischen Revolution nur dann möglich ist, wenn **1.** die objektiven Bedingungen, also unlösbare Verschärfung der Widersprüche zwischen den Produktivkräften und den Produktionsverhältnissen im Rahmen der kapitalistischen Produktionsweise **und 2.** die subjektiven Voraussetzungen, d. h. eine ideologisch gestählte, einheitlich handelnde Arbeiterklasse mit einer kampfstarken marxistisch-leninistischen Partei an der Spitze, gegeben sind.

[6]) Marx/Engels, Werke, Bd. 4, S. 465.
[7]) S. Mallet, La nouvelle classe ouvrière, Paris 1963, S. 73.
[8]) Ebenda.

Für Mallet ist völlig klar: auf Grund ihrer spezifischen Stellung in wichtigen Bereichen der Produktion und ihres daher neuen Bewußtseins sei folglich die „neue Arbeiterklasse" die entscheidende Kraft der sozialistischen Bewegung. Sie sei primär in der Lage revolutionäre Aufgaben zu formulieren, denn „gerade weil sie sich inmitten der Mechanismen des organisierten Kapitals befindet, kann die neue Arbeiterklasse schneller als die anderen Teile der Arbeiterbewegung die diesem System inhärenten Widersprüche erkennen ... Die Aktionen dieser neuen Klasse richten sich nicht nur gegen die kapitalistische, sondern auch gegen eine technokratische Leitung der Wirtschaftsprozesse. In jedem einzelnen Arbeitskonflikt stellt sie die industrielle Hierarchie in Frage."[9])

Wie müssen Mallets Auffassungen beurteilt werden? Welche theoretischen und politischen Konsequenzen sind in ihnen enthalten? Und: wie begegnen wir seinen Vorstellungen von der Entwicklung des Klassenbewußtseins der Arbeiterklasse?

Zuerst müssen wir festhalten, daß von Mallet im Prinzip durchaus richtig die tiefe innere Widersprüchlichkeit der kapitalistischen Produktionsweise als eigentlicher Angelpunkt der Veränderung, der Beseitigung des Systems erfaßt wird. Er zielt auf die historische Grenze des Kapitalismus, indem er auf den elementaren Widerspruch zwischen möglicher Entfaltung der Produktivkräfte und ihrer realen Hemmung durch die kapitalistischen Produktionsverhältnisse aufmerksam macht. Das ist insofern von Bedeutung, als man sich klar darüber sein muß, daß zu den verschiedensten Zeiten der geschichtlichen Entwicklung die Produktionsverhältnisse wohl zu unsäglicher Not der Arbeitenden führten, oft jedoch noch nicht in einem Maße Fessel der Produktivkräfte waren, das ihre Beseitigung bereits unumgänglich gemacht hätte.

Es ist weiterhin positiv hervorzuheben, daß Mallet auf ein äußerst wichtiges Phänomen sozialstruktureller Entwicklung aufmerksam macht: daß infolge der Entwicklung der Produktivkräfte eine klare Tendenz der Entstehung neuer, hochqualifizierter Schichten innerhalb der Arbeiterklasse festzustellen ist. Wir stimmen Mallet auch darin zu, daß diese Schichten infolge ihrer zentralen Stellung im kapitalistischen Arbeits- und Verwertungsprozeß eine bedeutende Rolle bei Aktionen gegen das Monopolkapital spielen können. Dies ist ohne Zweifel von Gewicht für die Strategie und Taktik der Arbeiterklasse und ihrer marxistisch-leninistischen Partei. Wir sind uns mit Mallet auch noch darin einig, daß die Erfahrung von Widersprüchen im kapitalistischen Betrieb zur Formierung des Bewußtseins der Arbeiter beiträgt und das Begreifen der Irrationalität der Kapitalherrschaft unterstützt. Beachtung verdienen auch seine Untersuchungen der veränderten betrieblichen Strukturen sowie der damit entstehenden betriebsinternen Konfliktfelder. Doch aus all diesen wichtigen Erkenntnissen zieht Mallet – und das ist, wie wir im weiteren noch sehen werden, eine der entscheidenden Schwächen seiner Konzeption – nicht die richtigen Schlußfolgerungen für den Klassenkampf.

Insgesamt muß Mallets Theorie der „neuen Arbeiterklasse", die bestimmte Strukturveränderungen in der Arbeiterklasse verarbeitet, als ein elitäres Denken förderndes Ideologieangebot an eine Fraktion innerhalb der Arbeiterklasse charakterisiert werden! Dies wirkt sich objektiv erschwerend auf die Herausbildung eines einheitlichen, proletarischen Klassenbewußtseins und auf die Formierung der Arbeiterklasse als geschlossen handelnde, revolutionäre Kraft aus. Behindert wird die Erkenntnis der geschichtlichen Aufgabe der Arbeiterklasse als Ganzes

[9]) S. Mallet, Sozialismus und neue Arbeiterklasse, in: F. Deppe, H. Lange, L. Peter (Hersgb.), Die neue Arbeiterklasse, Frankfurt/M. 1970, S. 112 ff.

sowie der politische und ideologische Zusammenschluß der verschiedenen Abteilungen der Arbeiterklasse.
Außerdem ist nicht zu übersehen, daß die Theorie der „neuen Arbeiterklasse" – in der also eine hochqualifizierte und besser bezahlte Schicht aus der gesamten Arbeiterklasse herausgelöst, ihre Rolle verabsolutiert wird – eine recht große geistige Verwandtschaft mit derart gefährlichen und schädlichen Konzeptionen aufweist, in denen eine angeblich führende Rolle der Intelligenz in der Gesellschaft vertreten wird. Erinnert sei hier nur an J. K. Galbraiths Konzeption von der „Technostruktur".[10])
Nach den Intentionen des französischen Theoretikers verläuft die Entwicklung des Klassenbewußtseins des Proletariats, die Formierung der Arbeiterklasse als Klasse „für sich" in folgender Linie: Technische Struktur des Produktionsprozesses – neue Kooperationsformen der Produzenten – neue Bedürfnisse, Interessen und Forderungen – neues Bewußtsein – neue Strategie – neue Organisationsformen der Arbeiterklasse. Bevor dazu argumentiert wird, noch folgendes. Die – sehr mechanische – Auffassung von der automatisierten Arbeit, die unmittelbar ein neues Berufs- und Selbstbewußtsein der Arbeiter hervorbringe, steht offensichtlich im Widerspruch zur kapitalistischen Realität, denn die Soziologen Kern und Schumann kamen nach eingehenden empirischen Analysen zu der Feststellung: „Die These von Mallet und anderen, daß die Automationsarbeiter ein neues Berufsbewußtsein ausbilden, eine neue Form inhaltlicher Identifikation mit der Arbeit entwickeln, wird durch unsere Ergebnisse nicht bestätigt."[11])
Nun zu den inhaltlichen Positionen von Mallet.
Erstens: Bei Mallet wird die Herausbildung und Festigung des Klassenbewußtseins, die Formierung der Klasse im Prinzip zum Produkt der technischen bzw. technologischen Entwicklung, zum Ergebnis betrieblicher Prozesse. Aus der Erkenntnis bestimmter Betriebskonflikte, aus der Erfahrung bestimmter Irrationalitäten bei der Anwendung der Produktivkräfte im Rahmen des betrieblichen Produktionsprozesses erwächst keinesfalls unmittelbar die Erkenntnis der objektiven Gesetzmäßigkeiten der kapitalistischen Produktionsweise, die diese Konflikte ja hervorbringt. Und es wird auch nicht direkt die Konsequenz der revolutionären Beseitigung des Gesellschaftssystems entstehen. Ganz offensichtlich wird von Mallet der Doppelcharakter des kapitalistischen Produktionsprozesses – er ist Arbeits- **und** Verwertungsprozeß – negiert und besonders der Arbeitsprozeß verabsolutiert.
Natürlich muß bei der Entwicklung des Klassenbewußtseins der Arbeiter durchaus von ihren unmittelbaren Interessen, ihrer Lage und Stellung im Betrieb ausgegangen werden, weil dies eine wesentliche, direkte Basis ihrer Erfahrung ist. Und natürlich hat die Erfahrung und Kenntnis betrieblicher Widersprüche Gewicht für die Bildung des Bewußtseins über die proletarische Lage. Gleichzeitig muß aber, um diese Erfahrung in Klassenbewußtsein umzusetzen, unbedingt eine **Vermittlung des Zusammenhangs** von kapitalistischem Unternehmen und kapitalistischer Gesellschaft erfolgen. D. h. die Lage im Betrieb, die dortigen Konflikte müssen verstanden werden als Ausdruck der gesamtgesellschaftlichen Verhältnisse. Es gilt den Horizont des Betriebes zu überschreiten, die Lage der Arbeiterklasse als

[10]) Vgl. dazu P. Hess, „Technostruktur", Monopol und Freiheit – Überlegungen zu J. K. Galbraiths „Die moderne Industriegesellschaft", in: Konjunktur und Krise, Heft 4/1968.
[11]) H. Kern, M. Schumann, Industriearbeit und Arbeiterbewußtsein, Bd. 1, Frankfurt/M. 1970, S. 219.

gesellschaftliche Lage, als Klassenlage transparent zu machen. Es gilt die Arbeiterklasse als Objekt der Ausbeutung und Herrschaft des Kapitals im gesellschaftlichen Rahmen, als Reflex der kapitalistischen Eigentumsverhältnisse zu begreifen. Dies ist allerdings ein sehr komplizierter Erkenntnisprozeß, der nur unter Führung einer marxistisch-leninistischen Partei und ihrer zielgerichteten ideologischen Arbeit erfolgreich verlaufen kann.
Wir sagen deutlich – mit einer weitgehenden Beschränkung auf betriebliche Probleme und Konflikte wird die Formierung des Klassenbewußtseins ganz sicher nicht erreicht. Wir halten es da mit Lenin, der zuletzt nachdrücklich betonte, daß die Klasse und demzufolge das Klassenbewußtsein sich auf dem Boden des die **gesamte Gesellschaft** umfassenden und **alle** ökonomischen, sozialen und politischen Probleme beinhaltenden Klassenkampfes bildet und entwickelt.[12]) Die Entwicklung und Festigung des Bewußtseins von der historischen Aufgabe der Arbeiterklasse ist ein gesellschaftlicher Prozeß! Es gibt keine rein betriebliche Mechanik des revolutionären Klassenbewußtseins.
Zweitens: Eine äußerst gefährliche Konsequenz der Logik von Mallet besteht also darin, daß die Frage der entschiedenen gesellschaftlichen Veränderung der kapitalistischen Produktionsverhältnisse, der sozialen Revolution im Prinzip nur von der Ebene des Betriebes her gestellt wird. Die Problematik des politischen Kampfes der Arbeiterklasse, vor allem der Eroberung der **Staatsmacht** durch das Proletariat auf der Ebene der gesamten Gesellschaft wird weitgehend unberücksichtigt gelassen. Allein von der Eskalation der Betriebskonflikte ihrer Eigendynamik erhofft sich Mallet systemverändernde Wirkungen. Doch das für den heutigen Imperialismus typische gesamtgesellschaftliche Produktions- und Herrschaftsverhältnis Monopol wird **allein** von einer unternehmensorientierten Strategie der Arbeiterklasse noch nicht in Frage gestellt bzw. überwunden. Die auf Mallets Positionen agierende Arbeiterklasse hat nur mangelhafte Kenntnis vom bedeutenden Wechselverhältnis von Ökonomie und Politik im gegenwärtigen Imperialismus, von der Strategie des Kapitals als Gesamtmacht, von den Beziehungen zwischen kapitalistischem Unternehmen und kapitalistischer Produktionsweise und von dem Verhältnis von nationalem und internationalem Kampf der Arbeiterklasse. Sie hat also nur **ungenügendes Verständnis für gesamtgesellschaftliche Zusammenhänge.**
Um das Kapital als gesellschaftliches Verhältnis zu beseitigen, genügt nicht allein, wie Mallet schreibt, „die ständige Bereitschaft, die bestehenden sozialen Beziehungen zu verändern".[13]) Unserer Auffassung nach ist es objektiv notwendig, die Erringung der politischen Macht durch die Arbeiterklasse anzugehen und zu realisieren sowie den Kampf um die Macht und Hegemonie im gesamten Staatswesen zu führen!! Doch dies hält Mallet ganz offensichtlich nicht für relevant. Von großer Aktualität ist in diesem Zusammenhang der Hinweis Lenins, der betonte, daß die Arbeiter, „um ihre Ziele durchzusetzen, Einfluß auf die Staatsangelegenheiten erlangen müssen, wie die Grundeigentümer und Kapitalisten sich ihn verschafft haben und weiter verschaffen."[14])
Eine Beschränkung auf die betrieblichen Widersprüche und Kampffelder verhindert es, die ökonomischen Kämpfe mit dem Ziel der politischen Machtergreifung der Arbeiterklasse zu verbinden. Die partiell richtig konstatierte Tendenz, daß Kämpfe um die Macht und um die Kontrolle der Macht im kapitalistischen Betrieb

[12]) Vgl. W. I. Lenin, Werke, Bd. 30, S. 505 ff.
[13]) S. Mallet, Sozialismus und neue Arbeiterklasse . . ., S. 111.
[14]) W. I. Lenin, Werke, Bd. 2, S. 106.

anwachsen bzw. anwachsen werden, ist keinesfalls identisch mit einer automatischen Veränderung der Machtverhältnisse zugunsten des Proletariats in der Gesellschaft selbst. Hier wird der neosyndikalistische Charakter der Theorie der „neuen Arbeiterklasse" unmittelbar sichtbar. Gerade aber der Neosyndikalismus hat – wie die Geschichte uns lehrt – in der internationalen Arbeiterbewegung schon beträchtlichen Schaden angerichtet und den revolutionären Klassenkampf negativ beeinflußt.

Die Konzeption von Mallet zeichnet sich durch die fundamentale Schwäche aus, daß die strategische Orientierung des Kampfes der Arbeiterklasse nicht aus einer politisch-ökonomischen Analyse der gesellschaftlichen Machtverhältnisse des staatsmonopolistischen Kapitalismus resultiert.

Drittens: Mallet bekennt sich zwar sehr nachdrücklich zur „neuen Arbeiterklasse", bringt dies aber bewußt in eine Konfrontation zur sogenannten „alten" Arbeiterklasse, denn „die Arbeiterklasse der altertümlichen Industriesektoren kann auf positive Weise eine Alternative zu der neokapitalistischen Gesellschaft nicht formulieren. Ihr Kampf wird notwendigerweise reaktionäre und malthusianische Aspekte annehmen . . ."[15]) Die Konfrontation von „alter" und „neuer Arbeiterklasse", die künstliche Spaltung der Arbeiterklasse ist nicht allein theoretisch fehlerhaft, sie ist auch politisch nicht zu akzeptieren. Sie ist zudem äußerst schädlich! Diese Gegenüberstellung negiert weitgehend den objektiven Klassenantagonismus, dem sowohl die „neue" als auch die „alte" Arbeiterklasse unterworfen ist. Die von Mallet richtig reflektierten sozialen Differenzierungsprozesse innerhalb der Arbeiterklasse, die Herausbildung größerer und kleinerer Gruppen von Arbeitern und Angestellten mit spezifischen Merkmalen und Funktionen im Produktions- und Reproduktionsprozeß des Imperialismus ändern aber auch gar nichts an der **allen** Angehörigen der Arbeiterklasse **gemeinsamen** gesellschaftlichen Lage als Ausgebeutete, als Herrschaftsobjekte des Monopolkapitals. Mallets Konfrontation negiert den objektiven Widerspruch zwischen Lohnarbeit und Kapital, der sich dem sozialen Gehalt nach unter imperialistischen Bedingungen zum Widerspruch zwischen Monopol und Volk ausweitet. Von Mallet wird mit dieser Gegenüberstellung stärker das Trennende hervorgehoben. Im Interesse der Entwicklung des revolutionären Kampfes und der Erfüllung der historischen Aufgabe der Arbeiterklasse gilt es aber zuerst die Gemeinsamkeit zu betonen, und diese Gemeinsamkeit besteht objektiv darin, daß sowohl die Angehörigen der „alten" als auch die der „neuen Arbeiterklasse", ferner der größte Teil der Angestellten und auch wachsende Teile der wissenschaftlich-technischen Intelligenz ihre Arbeitskraft an das Monopolkapital oder den imperialistischen Staat verkaufen, also Lohnarbeit leisten. Dieses kapitalistische Lohnarbeiterverhältnis aber ist das ausschlaggebende verbindende Glied! Diese wesentliche Gemeinsamkeit gilt es ungeachtet der noch vorhandenen ökonomischen, sozialen und ideologischen Differenzen, der Besonderheiten in der Stellung im gesellschaftlichen Produktionsprozeß und der unterschiedlichen Funktionen bei der Produktion und Realisierung des Mehrwertes, zur Grundlage der Strategie und Taktik der Arbeiterklasse und ihrer Kampfpartei zu machen. Das Problem besteht wesentlich darin, die Solidarität und Aktionseinheit **Innerhalb** der Arbeiterklasse, und hier vor allem zwischen Industriearbeiterschaft und angestellter Intelligenz, sowie zwischen Arbeiterklasse und anderen potentiell progressiven sozialen Kräften zu entwickeln und zu festigen.

[15]) S. Mallet, Die neue Arbeiterklasse des Mai 1968 . . ., S. 188.

Selbstverständlich müssen im Interesse einer erfolgreichen revolutionären Politik die Spezifika der Schichten und Gruppen innerhalb der Arbeiterbewegung sowie die Unterschiede zwischen Arbeiterklasse und anderen progressiven Kräften bei der Entwicklung des Klassenbewußtseins, bei der Formierung des Proletariats als Klasse, bei der Organisation des gemeinsamen Kampfes, bei der Förderung des Annäherungsprozesses und bei der Wahl der Argumentation Berücksichtigung finden. Kurzum: das Auffinden und Aufzeigen schichtspezifischer Interessen ist für den Klassenkampf unbedingt notwendig, ist aber nur dann gesellschaftlich relevant, wenn dabei das **gemeinsame** Klasseninteresse, das alle Fraktionen der Arbeiterklasse objektiv in Konfrontation zum imperialistischen System bringt, herausgearbeitet und transparent gemacht wird.

Mallets Theorie der „neuen" Arbeiterklasse ist beschränkt auf **eine** Gruppierung bzw. Schicht **innerhalb** der Arbeiterklasse. Darin ist aber ein ganz entscheidender Mangel zu sehen. Sie stellt also den Prozeß der Formierung des Arbeiterbewußtseins als Klassenbewußtsein sowie der Arbeiterschaft als gesamte **Klasse** nicht in das Zentrum der Betrachtung.

Die Arbeiterklasse kann ihre historische Aufgabe aber nur dann erfolgreich erfüllen, wenn ihre Fraktionen, ihre sozialen Bestandteile einheitlich-geschlossen wirken, d. h. wenn die Klasse **als Ganzes** auftritt und handelt. Dieser Grundgedanke wird von Lenin im Zusammenhang mit der Erläuterung des Klassenbewußtseins der Arbeiter ganz kategorisch hervorgehoben. Er schreibt im „Entwurf und Erläuterung des Programms der Sozialdemokratischen Partei": „Klassenbewußtsein der Arbeiter ist das Verständnis der Arbeiter dafür, daß das einzige Mittel zur Verbesserung ihrer Lage und zur Erkämpfung ihrer Freiheit der Kampf gegen die mit den großen Fabriken und Werken aufgekommene Klasse der Kapitalisten und Fabrikanten ist. Klassenbewußtsein der Arbeiter heißt ferner begreifen, daß die Interessen **aller** Arbeiter des betreffenden Landes die **gleichen** sind, daß sie **solidarisch** sind, daß die Arbeiter **alle miteinander eine einheitliche** von allen übrigen Gesellschaftsklassen gesonderte **Klasse** bilden."[16])

Obwohl Entwicklungstendenzen von Mallets „neuer Arbeiterklasse" real vorhanden sind, haben sich die Existenzbedingungen der sogenannten „alten" Arbeiterklasse quantitativ wie qualitativ nicht entscheidend verändert. Sie steht daher weiterhin im Zentrum revolutionärer Strategie und Taktik. Damit werden aber im Klassenkampf die möglichen Potenzen der hochqualifizierten Automationsarbeiter, Techniker und ingenieur-technischen Kader, der „neuen Arbeiterklasse", nicht negiert. In Anerkennung der Tatsache, daß – wie Mallet schreibt – „ihr Platz im Produktionsprozeß ihr eine weit höhere strategische Bedeutung zukommen läßt als ihre numerische Stärke ergeben würde",[17]) muß es Aufgabe sozialistischer Politik sein, diese Abteilung innerhalb der Arbeiterklasse in den Kampf der gesamten Klasse zu integrieren! Es ist allerdings ein tiefes Mißverständnis revolutionärer Politik, es ist abenteuerliche Hoffnung und zugleich subjektivistisches Wunschdenken, wenn man wie Mallet annimmt, daß sich über die Entwicklung isolierter Forderungen und Positionen für einen Teil der Arbeiterklasse, gewissermaßen für eine „Avantgarde" oder Elite, und über eine zunächst vertiefte und provozierte Spaltung der Arbeiterklasse, die Einheit dieser Klasse durch einen Nachtrab der „Zurückgebliebenen" herstellt.

Wir sagen deutlich: Die Arbeiterklasse entwickelt sich sowohl in Umfang, Struktur

[16]) W. I. Lenin, Werke, Bd. 2, S. 105 (Hervorhebung – G. K.).
[17]) S. Mallet, Sozialismus und neue Arbeiterklasse . . ., S. 113.

und Qualifikationsniveau. Sie ist in eine neue Phase ihrer Entwicklungsgeschichte eingetreten, wobei ihre Entwicklung gleichzeitig ein Ausdruck der neuen Qualität der gesellschaftlichen Produktivkräfte ist. Doch die historische Aufgabe und die gesellschaftliche Perspektive der Arbeiterklasse hat sich durch diese Prozesse in keiner Weise verändert. D. h. die Arbeiterklasse verliert weder ihre Kraft im Kampf um die gesellschaftliche Veränderung der kapitalistischen Ordnung, noch tritt sie ihre Mission an eine einzelne Gruppe innerhalb der Klasse und schon gar nicht an die Intelligenz ab.[18]) Die Arbeiterklasse muß ihre historische Aufgabe auf einer höheren Entwicklungsphase der gesellschaftlichen Produktivkräfte realisieren. Aus den sich vollziehenden sozialökonomischen Prozessen erwächst für sie konsequent, ihre einzelnen Abteilungen entsprechend den historisch-konkreten Bedingungen des Imperialismus zu formieren. Es kommt darauf an, die Grundinteressen der **gesamten** Arbeiterklasse an einer Veränderung der gesellschaftlichen Produktions- und Machtverhältnisse zu ihren Gunsten mit den konkreten Interessen und Forderungen der einzelnen Abteilungen der Klasse in Einklang zu bringen. Allein auf diesem Wege kann der Kampf um die Überwindung des imperialistischen Systems erfolgreich sein.

Theorien wie die der „neuen Arbeiterklasse" sind allerdings in ihrer Wirkung dazu angetan, den Kampf der Arbeiterklasse zu schwächen, die notwendige einheitliche Kampffront der Arbeiterbewegung zu spalten. Dies macht ihre Vertreter und Verfechter objektiv zu ideologischen Gehilfen des Monopolkapitals, ob sie das subjektiv wollen oder nicht. Aus diesem Grunde müssen wir uns auch mit diesen Theorien und Konzeptionen kritisch, aber sachlich auseinandersetzen, um insgesamt den revolutionären Kampf der internationalen Arbeiterklasse vor schwerwiegenden Schäden und Fehlern zu bewahren.

[18]) Vgl. dazu z. B. M. Gronau, Intelligenz unter Monopolherrschaft ..., S. 81 ff.

facit-Reihe Neuerscheinungen

Israels Verbindung mit dem Imperialismus
48 Seiten, 2,– DM, facit-Reihe 12

Antiimperialistischer Kampf im Iran – Die gegenwärtigen Aufgaben der Conföderation Iranischer Studenten (CISNU)
80 Seiten, 2,50 DM, facit-Reihe 11

Der Kampf gegen den Antikommunismus in der Schulpolitik tik und Analysen der bürgerlichen Pädagogik in der BRD mit Dokumenten
88 Seiten, 2,50 DM, facit-Reihe 13

Bestellungen an: Werbe- und Literatur-Vertriebs GmbH, 2 Hamburg 63, Langenhorner Chaussee 5

Berufsbildung auf dem Wege in die Zukunft?

Zum „Berufsbildungskongreß der Deutschen Wirtschaft"

Wolfgang Bartels

Am 20. und 21 Januar fand im Münchner Kongreßzentrum Theresienhöhe der „Berufsbildungskongreß der Deutschen Wirtschaft" unter dem Motto „Berufsbildung auf dem Wege in die Zukunft" statt. Veranstaltet wurde er vom „Kuratorium der Deutschen Wirtschaft für Berufsbildung", das wiederum von den Spitzenorganisationen der westdeutschen Unternehmer getragen wird: vom „Bundesverband der Deutschen Industrie" (BDI), von der „Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände" (BDA), vom „Deutschen Industrie- und Handelstag" (DIHT), von der „Hauptgemeinschaft des Deutschen Einzelhandels" und vom „Zentralverband des Deutschen Handwerks".

Über die Zielsetzung des Kongresses ließen die Unternehmer bereits im August 1971 verlauten: „Durch den Kongreß ... (soll) der Standort und das persönliche Engagement des Unternehmertums für die berufliche Bildung dargelegt werden. Gleichzeitig will man Wege zur Verbesserung und ständigen Anpassung der betrieblichen Ausbildung an technische und strukturelle Gegebenheiten aufzeigen."[1])

Und im „Arbeitgeber", dem offiziellen Organ der BDA heißt es über die Aufgaben des Kongresses: „Die künftige Berufsbildung wird als konsequente Fortsetzung der bisher erfolgreichen Entwicklung, keineswegs aber als Hebel zur ‚Veränderung der Gesellschaft' verstanden. Klargestellt wird zweierlei: Der enge Zusammenhang zwischen Bildungsplanung, Bildungsreformen und den Bedürfnissen der Wirtschaft und der Technik sowie der unbedingte Anspruch der Wirtschaft, an allen bildungspolitischen Entscheidungen als gleichberechtigter Partner teilzunehmen."[2])

Erstmals haben sich in einem solchen Rahmen über tausend Vertreter der Unternehmer, der unternehmerfreundlichen Wissenschaft und der Ausbildungsabteilungen der Großkonzerne getroffen, um sich mit Fragen der Berufsbildung zu beschäftigen. Bis vor kurzem noch hatten die Unternehmerverbände jede Kritik an der Berufsausbildung als unberechtigt zurückgewiesen.

Mehrere Ursachen haben diese Wendung bewirkt. Die Unternehmer müssen mehr und mehr einsehen, daß das jetzige Berufsbildungssystem längst nicht mehr den Anforderungen genügt, die der wissenschaftlich-technische Fortschritt stellt. Im Interesse ihrer weiteren Profitmaximierung sind die Unternehmer gezwungen, diesen Anforderungen durch eine bessere Qualifizierung der Arbeiter Rechnung zu tragen. Durch die sich ständig vertiefenden Widersprüche und den sich damit verschärfenden Konkurrenzkampf der kapitalistischen Länder untereinander und die sich immer mehr zugunsten des Sozialismus entwickelnde Auseinandersetzung zwischen den beiden Weltsystemen sind die westdeutschen Monopole gezwungen, neue Methoden zu finden, mit denen sie ihren Platz in dieser Auseinandersetzung erhalten und ausbauen wollen. Ein weiterer wichtiger Grund ist die immer stärker

[1]) Kurz-Nachrichten-Dienst (KND) der BDA, 19. 8. 1971.
[2]) Christian Hofer („Kuratorium der Deutschen Wirtschaft für Berufsbildung") in „der arbeitgeber – Offizielles Organ der Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände", 7. 1. 1972.

werdende Kritik der Gewerkschaften, der Arbeiterjugendverbände und der Lehrlinge selbst an der jetzigen Berufsausbildung. Die Unternehmer sind gezwungen, sich mit dieser Kritik auseinanderzusetzen. Sie bemühen sich, diese Kritik aufzufangen und in Bahnen zu lenken, die die kapitalistischen Besitz- und Machtverhältnisse nicht antasten. In eigenem Interesse wollen die Unternehmer einige Korrekturen am Berufsausbildungssystem vornehmen, vor allem an den schlimmsten Auswüchsen. All das verbinden sie mit dem Anspruch auf mehr Einfluß in allen Bereichen der Bildung und Berufsbildung, verknüpft mit der rigorosen Ablehnung jeglicher Mitbestimmung der Lohnabhängigen und ihrer Organisationen. Sicherlich hatte der Kongreß auch die Funktion, diese „neue Linie" beim eigenen Fußvolk, bei kleineren Unternehmern, Handwerksmeistern und Ausbildern durchzusetzen.

Wissenschaftlich-technischer Fortschritt — veränderte Bedingungen für die Monopolherrschaft[3]

In der gegenwärtigen Klassenauseinandersetzung zwischen Sozialismus und Imperialismus spielen der wissenschaftlich-technische Fortschritt und die Notwendigkeit, seine Erfordernisse zu berücksichtigen, eine entscheidende Rolle.
Die traditionelle Struktur — Facharbeiter, angelernter Arbeiter und ungelernter Arbeiter — wird heute mehr und mehr zerstört. Ein neuer Typ des Arbeiters mit einer hohen, zum Teil völlig neuen Qualifikation, beginnt sich herauszubilden. Die Arbeitsanforderungen verlagern sich von den manuellen zu den geistigen Fähigkeiten. Dies ist Ausdruck der Möglichkeit und Notwendigkeit, daß der Arbeiter aus einem Anhängsel des Maschinensystems zum Beherrscher der Technik, der gesamten Produktion und der gesellschaftlichen Entwicklung wird. Doch die Fesseln der kapitalistischen Produktionsverhältnisse wirken als Hindernis für diese Entwicklungsmöglichkeit.
Wie entwickelt sich nun das geforderte Qualifikationsniveau? In den Anfangsstufen der Mechanisierung sehen wir häufig, daß die Bedienungselemente an den Maschinen vereinfacht und Facharbeiter durch weniger qualifizierte Arbeiter ersetzt werden. Die menschliche Arbeitskraft wird zum Lückenbüßer im maschinellen System degradiert. Sie ist ein Kostenfaktor, den die Unternehmer so niedrig wie möglich halten wollen. Der Arbeiter braucht nur so viel zu können und zu verstehen, wie an seinem Arbeitsplatz momentan verlangt wird. Diesem Prinzip entsprechen die zur Zeit von der Industrie immer mehr forcierten Stufenpläne zur Berufsausbildung nach dem Krupp-Modell.[4]
Doch mit einer Erweiterung der Kenntnisse durch Anlernen an den jeweiligen Maschinen ist es auf die Dauern nicht getan. Die Zukunft erfordert die zunehmende komplexe Automatisierung ganzer Betriebsabteilungen und damit eine Erhöhung des Qualifikationsniveaus der Werktätigen. Mehr und mehr sind die Unternehmer gezwungen, diesen Anforderungen Rechnung zu tragen. Nach wie vor bleibt für sie jedoch allein die Profitstabilität des Einsatzes in einem bestimmten Bereich der Produktion ausschlaggebend.
Den sich rasch verändernden Anforderungen kann der arbeitende Mensch jedoch nur dann gerecht werden, wenn seine Arbeitskraft in hohem Maße disponibel ist,

[3]) Vgl. dazu Dr. Justina Marx, „Arbeitskraft — neue Technik — Monopolherrschaft", DWI-Forschungshefte 4/71.
[4]) Vgl. dazu „Arbeiterjugend kontra Monopole", Weltkreis-Verlag, Dortmund 1970, S. 99 ff.

wenn er auf Grund eines hohen Niveaus der Allgemeinbildung in der Lage ist, sich die jeweils neu geforderten speziellen Kenntnisse und Fertigkeiten rasch und selbständig anzueignen. Sowohl die Allgemeinbildung als auch die Berufsausbildung in der BRD entsprechen diesen Anforderungen nicht.
Das Bemühen, den Anforderungen des wissenschaftlich-technischen Fortschritts Rechnung zu tragen und das Qualifikationsniveau der Werktätigen umfassend zu erhöhen, stellt die Monopole vor neue Probleme, vor tiefere Widersprüche. Immer stärker wird der Gegensatz zwischen der Rolle der Arbeiter und Angestellten als Schöpfer aller materiellen Werte und ihrem Ausschluß von der Leitung in Wirtschaft, Staat und Gesellschaft. Immer schärfer werden die Widersprüche zwischen der immer mehr geforderten Verantwortung für den Produktionsablauf und dem Vorenthalten jeglichen Mitbestimmungsrechts.
Die bisherige Entwicklung beweist, daß eine höhere Disponibilität der Arbeitskraft und ihre Ausbildung für zukunftsorientierte Tätigkeiten nicht möglich sind, wenn die wirtschaftliche und gesellschaftliche Entwicklung nicht auf wissenschaftlicher Grundlage geplant werden kann, sondern dem spontanen Gesetz der kapitalistischen Produktion unterworfen bleibt. Eine Orientierung der Berufsbildung auf die zukünftigen Aufgaben der Arbeiter und Angestellten, die es ihnen ermöglicht, sich den veränderten Produktionsbedingungen und Qualifikationsanforderungen jeweils anzupassen, setzt die Planung der Wirtschaft und der gesamten gesellschaftlichen Entwicklung im Interesse und durch die Arbeiterklasse voraus. Der Übergang zu einer neuen Gesellschaftsordnung, dem Sozialismus, wird unumgänglich notwendig und möglich.

Herrschaftsanspruch der Monopole — gegen jede Mitbestimmung

Die Unternehmer haben Angst vor diesem objektiven Gang der Entwicklung. Mit Händen und Füßen wehrten sie sich auch in München gegen alle Vorstellungen mit systemveränderndem Charakter. BDA-Präsident Friedrich: „Wir stellen mit Sorge fest, daß es einem Teil der Jugend heute an Leistungswillen, Integrationsfähigkeit und Lebenstüchtigkeit gebricht. Wir sind in den Betrieben bereit, so gut wie eben möglich die Irrläufer falscher gesellschaftlicher Vorstellungen in das Arbeits- und Leistungsgefüge zu integrieren und ihnen auf diese Weise damit auf Dauer dort eine solide Basis für ihr persönliches Schicksal zu gewährleisten. Deshalb wenden wir uns gegen jede Reformabsichten auf dem Gebiet der Berufsausbildung, die auf Systemveränderung hinauslaufen mit der Begründung, die Jugendlichen aus dem Disziplinierungszwang der betrieblichen Hierarchie zu befreien."[5]
BDI-Chef Sohl droht gar, die großen Gemeinschaftsaufgaben könnten „nur auf einer gesunden wirtschaftlichen Basis gelöst werden" — sprich auf der Grundlage der jetzigen Besitz- und Machtverhältnisse. Bei diesen Gemeinschaftsaufgaben stehe die Schaffung eines modernen leistungsfähigen Bildungswesens zweifellos mit an oberster Stelle. „Die berufliche und menschliche Qualifikation unserer Bürger ist eng verzahnt mit dem wirtschaftlichen Fortschritt unseres Landes."[6])

[5]) Otto A. Friedrich, „Bildung zwischen Autonomie und Sozialanspruch", Rede auf dem Berufsbildungskongreß, nach dem hektografierten Redetext.
[6]) Hans-Günther Sohl, „Wirtschaftliche Leistungen und berufliche Qualifikation", Rede auf dem Berufsbildungskongreß, nach dem hektografierten Redetext.

Und DIHT-Präsident Wolff von Amerongen ist tief besorgt über die „tief verwurzelten Motive der Bildungsreform: Zweifellos soll das radikal umgestaltete Bildungswesen zum Instrument der Gesellschaftsveränderung gemacht werden."[7]) Um bei allen Vorschlägen zur technokratischen Verbesserung der beruflichen Bildung auf keinen Fall mißverstanden zu werden, stellte Handwerkspräsident Wild klar: „Eine Bildungsreform, die auf die Leistungsfähigkeit und den Bedarf der Wirtschaft keine Rücksicht nimmt, muß auf die Dauer alle weiteren Reformen in Frage stellen, weil eine wachstums- und stabilitätsorientierte Wirtschaft das materielle Fundament hierfür darstellt. Mit Bildungsreformen, die von zweifelhaften Ideologien getragen werden und mit einem falsch verstandenen Bürgerrecht auf Bildung, das sich nur wenig oder gar nicht am Bedarf der Wirtschaft und der Gesellschaft orientiert, ist weder dem einzelnen Menschen noch der Gemeinschaft gedient."[8])
In München meldeten die Unternehmer ihren unverhüllten Herrschaftsanspruch auch über das Bildungssystem an. In einer auf dem Kongreß verteilten Broschüre des Veranstalters beklagen sich die Unternehmer, sie seien bisher an der Erarbeitung von Bildungsplänen nicht beteiligt worden. Dabei ist bis heute aus Bonn noch kein Plan vorgelegt worden, bei dem nicht die Interessen des Großkapitals die Feder geführt haben. Um so schwerwiegender ist der Anspruch der Unternehmer auf noch mehr Einfluß: „Aus der ganz simplen Erkenntnis, daß eine fortschrittliche Bildungs- und Gesellschaftspolitik nur betrieben werden kann, wenn die hierzu erforderlichen Mittel von einer funktionierenden Wirtschaft erarbeitet werden, ergibt sich der enge Zusammenhang von Bildung, Gesellschaft und Wirtschaft. Bildung darf nicht am Bedarf der Wirtschaft vorbeigeplant werden, sie ist nicht nur das Schicksal der Gesellschaft, sondern auch der Wirtschaft."[9]) Noch offener trat BDI-Chef Sohl auf: „Um Fehlentwicklungen zu vermeiden, ist es notwendig, bei der weiteren Reform des öffentlichen Schul- und Hochschulwesens bereits im Planungsstadium die Auffassungen der Wirtschaft zu berücksichtigen."[6])
Mitbestimmungsrecht z. B. für die Gewerkschaften als Interessenvertretung der Lohnabhängigen werden von den Unternehmern gar nicht erst in Betracht gezogen.

Bildungswesen soll auf die Bedürfnisse des Großkapitals zugeschnitten werden

Angesichts der stürmischen Entwicklung von Wissenschaft und Technik sind auch die Unternehmer nicht mehr zufrieden mit der jetzigen Berufsausbildung. Sie müssen nach neuen Methoden suchen, um das alte Ziel, den höchstmöglichen Profit, zu erreichen. Die Unternehmer sind durchaus bereit, technokratische systemstabilisierende Reformvorstellungen zu entwickeln. Sohl entwickelte eine ganze Palette solcher Pläne[6]): überbetriebliche Einrichtungen als „Hilfestellung für Klein- und Mittelbetriebe (selbstverständlich unter alleiniger Unternehmerregie), verstärkte Einführung einer Stufenbildung, die ein Heer von „qualifizierten Hilfsarbeitern" und eine kleine Elite von hochqualifizierten Facharbeitern hervorbringt und die Einführung eines Berufsgrundbildungsjahres an den Hauptschulen unter maßgeblichem Unternehmereinfluß.

Inzwischen sind die Unternehmer durchaus bereit zuzugeben, „daß es Betriebe gibt, die die Verantwortung für eine Berufserziehung nicht mehr übernehmen können" – so BDA-Präsident Friedrich.[5]) Und sogar Handwerkspräsident Wild – vor wenigen Jahren noch einer derjenigen, die am heftigsten jede Kritik an der Berufausbildung als völlig unberechtigt diffamierte – ging in die gleiche Richtung.[8])

Es liegt sicherlich im langfristigen Profitinteresse des Kapitals, den Betrieben, die diesem nicht mehr Rechnung tragen können, die Ausbildungsbefugnis zu entziehen. Da dies in den meisten Fällen Handwerksbetriebe sind, wird sich der Konkurrenzdruck auf das Handwerk noch weiter verschärfen, weil diesem unter den jetzigen gesellschaftlichen Verhältnissen kaum ein anderer Weg der „Mittelstandssanierung" bleibt als die Lehrlingsausbildung. Auch hier zeigt sich, daß eine grundlegende Verbesserung der Berufsausbildung nur mit einer systemverändernden Perspektive möglich wird.

Den Unternehmern kommt es jedoch nicht nur auf eine bessere fachliche Qualifizierung an. Ohne Umschweife definierte Friedrich das Ziel, das für ihn im Mittelpunkt steht: „Die Frage, wie seine (des Lehrlings) Ausbildungszeit gestrafft und intensiviert, sein Leistungsbewußtsein und seine Integrationsfähigkeit gestärkt werden können."[5]) Der „moderne" Facharbeiter soll nicht nur Muskeln haben, sondern auch die „richtige" (d. h. Unternehmer-) Ideologie im Kopf. Diese Ideologie heißt „Leistungsbewußtsein" und die Bereitschaft, sich in dieses System einzugliedern („Integrationsfähigkeit"). In diesem Sinne hat sich das jetzt bestehende Berufsausbildungssystem für die Unternehmer durchaus bewährt. Friedrich: „Die List (!) der Idee unseres gegenwärtigen Berufsbildungssystems liegt ja darin, daß sie das wirtschaftliche Interesse der Betriebe mit dem sozialen Entwicklungsinteresse des Facharbeiters am einfachsten synchronisiert und dieser Vorgang zugleich in einfacher Weise auch dem Gesamtinteresse dient."[5])

Scharfe Kritik übten die Unternehmer am damaligen Wissenschaftsminister Leussink. Dessen längerfristig angelegte, aber trotzdem systemerhaltenden Reformpläne kamen für die Monopole zu früh. Noch sind die Konzernherren nicht bereit, für mehr Bildung Abstriche an ihren heutigen Profiten zu machen. Noch ist für sie die Gefahr zu groß, daß mit einer besseren Bildung für die arbeitenden Menschen auch Einsichten in gesellschaftliche Zusammenhänge breiteren Raum gewinnen. Leussink – selbst Mann der Monopole – wurde von seinen Auftraggebern fallengelassen: Sechs Tage nach dem Münchner Kongreß reichte er seinen Rücktritt ein.

In Bonn selbst hat sich die CDU/CSU zum unmittelbaren Sprecher der Monopolinteressen in der Berufsausbildung gemacht. Dort legte sie ein „Sofortprogramm zur beruflichen Bildung"[10]) vor, dessen Gleichklang mit den in München formulierten Unternehmerforderungen sicherlich kein Zufall ist. Doch auch die Bundesregierung versucht sich bei den Unternehmern anzubiedern. In der Bundestagsdebatte über das CDU-Sofortprogramm bemerkte Bundesarbeitsminister Arendt über das von der Bundesregierung vorgelegte „Aktionsprogramm Berufliche

[7]) Otto Wolff von Amerongen, „Was erwartet die Wirtschaft von der Bildungsreform?", Rede auf dem Berufsbildungskongreß, DIHT-Informationen 2/72.
[8]) Joseph Wild, „Handwerkliche Berufsausbildung und sozialer Aufstieg", Rede auf dem Berufsbildungskongreß, nach dem hektografierten Redetext.
[9]) Erwin Krause, „Zukunftsorientierte Berufsbildung – Fakten, Pläne, Reformen", herausgegeben vom „Kuratorium der Deutschen Wirtschaft für Berufsbildung", S. 3.
[10]) Bundestagsdrucksache VI/2979.

Bildung“[11]): „Darin steht genau das, was sie (die CDU) jetzt in Ihrem Antrag vorbringen.“[12])

Unternehmer wollen sich vor der Lehrlingsbewegung retten

Die letzten Jahre sind gekennzeichnet von einer immer stärker werdenden Bewegung unter Lehrlingen und jungen Arbeitern, die sich nicht mehr länger damit abfinden wollen, daß ihre Zukunftsinteressen von der Profitgier weniger aufs Spiel gesetzt werden. Darüber sind die Unternehmer und ihre Sprachrohre sehr besorgt: „Aktionen und Unruhen unter Lehrlingen können heute nicht als vorübergehende Naturereignisse gesehen werden – so wenig wie die Proteste von Schülern und Studenten. Diese Erscheinungen gehören offenbar zu einer Bewegung, die sich emanzipatorisch versteht.“[13]) Und: „Wo immer Stifte demonstrieren, wurden sozialistische Parolen verkündet (‚Das Übel an der Wurzel packen, die Macht der Großkonzerne knacken‘).“[14])
Auch der Münchner Unternehmerkongreß blieb nicht verschont von der Protestbewegung der Arbeiterjugend. Vor dem Kongreßzentrum verteilten Münchner Lehrlinge Flugblätter: „Wenn diese Herren (die Unternehmer) AUSBILDUNG sagen, dann meinen sie AUSBEUTUNG ... Während die Arbeiterjugend und ihre Organisationen sich aktiv für eine bessere Berufsausbildung einsetzen, werden diese Herren auf dem Münchner Kongreß hinter unserem Rücken beraten, wie sie die Lehrlinge noch besser und noch gewinnbringender ausbeuten können. Es ist eine Unverschämtheit, über Berufsausbildung zu beraten, und die am meisten Betroffenen, die Lehrlinge selbst, nicht einmal zu hören!“[15])
Die Kongreßleitung war schnell bemüht, dem Lehrlingsprotest die Spitze zu brechen. Großmütig lud sie fünfzehn der Demonstranten ein, mit sechs Unternehmervertretern „alle Fragen in Ruhe zu diskutieren“ – natürlich nicht im Konferenzsaal, sondern im „trauten Kreis“. Doch den Unternehmern gelang es nicht, zu beweisen, daß sie sich geläutert hätten, daß nicht mehr der Profit ihr Ziel sei, sondern jetzt auf einmal die gesicherte berufliche Zukunft der Lehrlinge. Als die Lehrlinge die konkrete Frage nach der Mitbestimmung stellten, kniffen die Unternehmer.
In Zukunft werden die Unternehmer sicher verstärkt versuchen, die Lehrlingsbewegung unter ihre Kontrolle bringen. Ein Kommentar zum Kongreß im Unternehmersprachrohr „Handelsblatt“ ist dafür symptomatisch: „Niemand vermag die ideologischen Ressentiments dieser engagierten Minderheit (die vor dem Kongreßzentrum demonstrierenden Lehrlinge) auszuräumen ... Aber – so mag man sich trösten – es ist nur eine Minderheit, die rebelliert. Werden es demnächst mehr sein? ... Es wurde in den Arbeitskreisen (auf dem Kongreß) an den Problemen vorbeidiskutiert, die sich aus der Konfrontation zwischen ideologisch gespeisten Ressentiments der Jugendlichen und systemkonformen Heilmethoden der verantwortlichen Generation ergeben. Was nützt es schließlich, über neue Formen

[11]) „Aktionsprogramm Berufliche Bildung“, Broschüre, Herausgeber: Der Bundesminister für Arbeit und Sozialordnung, Referat Öffentlichkeitsarbeit.
[12]) Protokoll der Bundestagssitzung vom 28. 1. 1972.
[13]) „Aus Politik und Zeitgeschichte“, Beilage der regierungsoffiziösen Zeitung „Das Parlament“, 10. 10. 1970.
[14]) „Der Spiegel“, Nr. 22/70, 25. 5. 1970.
[15]) Flugblattext, unterzeichnet von Münchner Gewerkschaftsjugendfunktionären, Wortlaut siehe Gewerkschafts-Spiegel 4/72.

überbetrieblicher und schulischer Lehrlingsausbildung nachzudenken, wenn den Betroffenen selbst, den ‚Auszubildenden‘ ... die ganze Richtung nicht paßt. Aber natürlich darf die Bildungspolitik angesichts solcher ideologischer Widerstände nicht resignieren. Um die Kritik der Jugend aufzufangen, zu entschärfen oder gar zu widerlegen, bedarf es sichtbarer Fortschritte auf dem Gebiet der Berufsausbildung. Daran fehlt es allerdings noch.“[16]

Schlußfolgerung der Arbeiterjugend: Kampf gegen Monopole verstärken!

Der Unternehmerkongreß in München ist als Kampfansage an die Arbeiterjugendbewegung zu werten. Auf diese Kampfansage hat die Arbeiterjugend bereits geantwortet: „Wir aber müssen stets fragen: Auf welche Erziehung hat die Jugend ein Recht – auf reaktionäre Erziehung der alten Ausbeuterordnung oder auf humanistische, fortschritliche, demokratische Erziehung und Persönlichkeitsbildung? Auf welche Bildung haben wir ein Recht – auf Bildung, die befähigt, ein funktionierendes Rädchen im Getriebe der kapitalistischen Produktion und der Gesellschaft zu sein, auf Erziehung und Bildung von Untertanen und Ausgebeuteten, oder auf Bildung, die zur Befreiung der Arbeiterjugend von der Ausbeuterordnung beitragen kann? Wenn es um Bildung und Erziehung geht, dann lautet die Gretchenfrage immer: Wie hast Du's mit dem demokratischen Inhalt von Bildung und Erziehung? Wie hast Du's mit der Mitbestimmung?“[17]
Und: „Was wir brauchen ist Mitbestimmung, und zwar überall. Die jungen Arbeiter und Lehrlinge brauchen sowohl eine Ausbildung, die auf die moderne Produktion orientiert, sie verstärkt an die Arbeiterklasse und ihre Gewerkschaften heranführt und deren Mitbestimmung sichert, als auch andererseits im Zuge des wissenschaftlich-technischen Fortschritts eine Ausbildung, die mehr als bisher theoretisches Wissen erfordert.“[17])
In ihrem auf dem 3. Bundeskongreß verabschiedeten Kampfprogramm „5 Grundrechte der Jugend“ wendet sich die SDAJ an die jungen Menschen in der Bundesrepublik: „Den Profitinteressen des Kapitals müssen wir die Bildungs- und Ausbildungsinteressen der Jugend entgegenstellen.“[18] Nur so wird der Berufsbildung der Weg in die Zukunft gebahnt.

[16]) „Handelsblatt“, 24. 1. 1972.
[17]) Rolf Priemer, Bundesvorsitzender der SDAJ, „Die SDAJ im Kampf für die 5 Grundrechte der Jugend“, Referat auf dem 3. Bundeskongreß der SDAJ, Ostern 1972 in Stuttgart, nach dem hektografierten Redetext.
[18]) „5 Grundrechte der Jugend“, beschlossen vom 3. Bundeskongreß der SDAJ, Ostern 1972 in Stuttgart, veröffentlicht als Beilage in „elan – Magazin für junge Leute“, Heft 5/72.

„Proletarische Aufklärung" oder sozialistischer Hochschulkampf Zur Politik des maoistischen „K"SB

H. H. Adler, H. Wienert

Dieser Artikel setzt sich auseinander mit der Hochschulpolitik des Göttinger „Kommunistischen" Studentenbunds, einem lokalen maoistischen Zirkel. Der „K"SB arbeitet mehr oder weniger eng zusammen mit einer Reihe anderer studentischer Zirkel in Heidelberg („K"HG/NRF), Frankfurt („K"SV) und Bremen („K"SB). Diese Gruppen verstehen sich als die einzig wirklichen Keimzellen einer neuzugründenden „wahren" Partei der Arbeiterklasse; ihrer Meinung nach verdient keine der bisherigen maoistischen „Parteien" dieses Prädikat, deren fehlende Verankerung in der Arbeiterklasse und prahlerisches Gehabe von ihnen scharf verurteilt wird.

Die Redaktion

Der Kapitalismus erhöht auf allen Gebieten der Volksarbeit mit besonderer Schnelligkeit die Zahl der Angestellten, seine Nachfrage nach Angehörigen der Intelligenz wird immer größer. Diese letztere nimmt unter den anderen Klassen eine eigenartige Stellung ein, sie schließt sich teilweise – ihren Verbindungen, ihren Anschauungen usw. nach – der Bourgeoisie an und teilweise – in dem Maße, wie der Kapitalismus den Intellektuellen immer mehr seiner selbständigen Stellung beraubt, ihn in einen abhängigen besoldeten Angestellten verwandelt und sein Lebensniveau zu senken droht – den Lohnarbeitern.
(Lenin, Werke, Band 4, Seite 196)

Zur Analyse der Studentenbewegung

Die Auseinandersetzung mit dem KSB auf diesem Gebiet macht spezielle Schwierigkeiten, da der KSB recht unbekümmert mit grundlegenden Kategorien der politischen Ökonomie und der Klassenanalyse umspringt, richtige Ansätze spekulativ wendet, um sogleich sein „praktisches Interesse" mit dem SDS klarzulegen. Sein „praktisches Interesse" ist dies: Zu belegen, die lohnabhängige Intelligenz mache zwar einen ‚Deklassierungsprozeß' durch, diese bedeute jedoch keineswegs eine „Proletarisierung", sondern nur noch Funktionärsteilhabe an der Herrschaft der Bourgeoisie. Die lohnabhängige Intelligenz sei damit zu den neuen „Mittelschichten" zu rechnen, die unproduktiv arbeiten und wegen ihrer Lohnabhängigkeit in einem Widerspruch zur Monopolbourgeoisie stehen, gleichzeitig jedoch wegen ihrer „Kapitalagentenfunktion" durch einen Gegensatz zur Arbeiterklasse gekennzeichnet seien. Durch die „proletarische Aufklärung" des KSB erreichen sie das Bündnis mit der Arbeiterklasse.
Die wesentlichen Positionen des KSB zu dieser Frage finden sich in dem Aufsatz „Die Studentenbewegung als Krise der Bourgeoisie" in der Sondernummer 1 des „Roten Kurses". Interessant an diesem Artikel sind sowohl die Schlußfolgerungen und Ergebnisse der Analyse als auch ihre Herausarbeitung, ihr Begründungszusammenhang.

„Sie (die Studentenbewegung d. V.) ist selbst die Bewegung einer depravierten (= herabgesunkenen, verschlechterten, d. V.) Fraktion der Bourgeoisie ... Die Studentenbewegung ist *objektiv* gleichzusetzen mit all jenen unpolitischen Ausbruchsversuchen der bourgeoisen Intelligentsia, von der Krise des Bildungsbürgertums nach dem 1. Weltkrieg, vom Existentialismus bis zur Beatnikbewegung."[1])
„Eine Fraktion der Bourgeoisie nimmt an der Klassenherrschaft nur noch als *Funktionär des Kapitals teil,* ohne selbst Herrschaft bestimmen oder besitzen zu können ...: Herrschaftsunfähigkeit und Demotivierung zur Herrschaftsausübung eines Teils der Bourgeoisie ..."[2])
Von daher konsequent: „Der Verlust der bürgerlichen Identität ist endgültig nur durch die an der Arbeiterklasse neugefundene Identität über den bloßen Zerfall hinaus aufzuheben. ‚Minderheiten herausbrechen – Mehrheiten neutralisieren ..."[3])
In Anlehnung an *Schmierer* geht *Dressler* aus vom ‚Deklassierungsprozeß', um sich mit Schmierer sofort gegen die Interpretation dieses Prozesses als „Verproletarisierung" zu wenden, sondern faßt ihn als „Krisenerscheinung der Bourgeoisie". Klarer als Schmierer scheint sich Dressler jedoch über den spekulativen Charakter dieser These klar zu sein, versucht er doch, die Studentenbewegung „nicht nur in ihren engen geschichtlichen Kontext (zu) analysieren, sondern im Kontext der Entwicklung zum staatsmonopolistischen Kapitalismus."[4])
Diesen Anspruch löst er allerdings nicht ein, greift er doch *ein* Moment des Imperialismus, seine Tendenz zur Fäulnis und zum Parasitismus, heraus, ohne die widersprüchliche *Gesamtheit* des Verhältnisses von Produktivkräften und Produktionsverhältnis im Imperialismus in die Analyse einzubeziehen. So sieht er zwar den Prozeß „der Auflösung einer homogenen Bourgeoisie", kann ihn aber nur diffus erfassen als Prozeß, in dem „ursprünglich ... von der Bourgeoisie als Klasse wahrgenommene Funktionen ... nunmehr arbeitsteilig-kooperativ organisiert und z. T. von Lohnabhängigen, aber unproduktiv arbeitenden Agenten im Angestelltenverhältnis übernommen wurden."[5])
Von da ist es leicht zu behaupten, die Bourgeoisie sinke zu Schmarotzern herab und könne ihre Herrschaft nur mit Hilfe eines „Molochs Herrschaftsapparats" weiter aufrechterhalten, dessen Funktionäre die „Neuen Mittelschichten" seien.
Flugs geht er über zur subjektiven Seite dieser Entwicklung, um sie als Zerfallsprozeß des ideologischen Überbaus zu charakterisieren, um dann zu dem uns schon bekannten Ergebnis kurzzuschließen:
„Da die Fäulnis der bürgerlichen Ideologie die autonome Persönlichkeit zerstört, ohne daß sie eine neue Identität jenseits und gegen die bürgerliche Klasse zu finden vermag, sich also gegen den proletarischen Standpunkt versperrt, sind die neuen bürgerlichen Mittelschichten *politisch* ambivalent."[6]
Nach solcher tiefschürfender Entwicklung der Veränderungen im Verlauf der Herausbildung des monopolistischen und staatsmonopolistischen Kapitalismus wird nun schnell der große Teil der Studenten den so bestimmten Neuen Mittelschichten zugeschlagen und dann mit Lukàcs behauptet, daß „diese Schichten kein auf die Umgestaltung der ganzen Gesellschaft beziehbares und bezogenes Klassen-

[1]) Sondernummer 1 des Roten Kurs, S. 17
[2]) Ebenda, S. 17/18
[3]) Ebenda, S. 19
[4]) Ebenda, S. 15
[5]) Ebenda, S. 15
[6]) Ebenda, S. 16

bewußtsein haben".[7]) Ihre „objektive Verknüpfung mit dem Ganzen" sei „nur kausal, d. h. nur von den Verschiebungen des Ganzen *verursacht,* nicht aber auf die Veränderung des Ganzen gerichtet".[8]) Welche Richtung die „spontanen Bewegungen" dieser Schichten nehmen, sei „nicht im inneren Wesen dieser Bewegung selbst vorgezeichnet". Welche Aufgaben durch diese Einschätzung auf den KSB zukommen, wird noch zu zeigen sein, doch kommen wir zurück zu den Veränderungen im Verlauf der Herausbildung des Imperialismus.

Dressler meint, dieser Prozeß bringe eine *„Herrschaftsunfähige Bourgeoisie"* hervor. Dieser augenfällige Unsinn ist nur durch Blindheit zu erklären, durch das angestrengte Bemühen, eine spekulativ erstellte These durch Negierung augenfälliger Fakten aufrechtzuerhalten. Dressler sprach doch selbst von einem „Moloch Herrschaftsapparat", der die Widersprüche des Kapitalismus in seinem imperialistischen Stadium bewältigen muß.

Nun ist Widersprüchlichkeit und Verschärfung der allgemeinen Krise des Kapitalismus keinesfalls gleichzusetzen mit Herrschaftsunfähigkeit der Bourgeoisie. Dies gelingt nur, wenn man ausschließlich den parasitären, faulenden Charakter des Imperialismus verabsolutiert.

Statt zu erklären, *warum* die Bourgeoisie als Klasse die Funktion der Leitung nicht mehr autonom erbringt und erbringen kann, wird nur das Phänomen dargestellt und über die neuen Mittelschichten fabuliert. Demgegenüber ist festzuhalten:

a) Mit der Herausbildung der Monopole wird die soziale Basis der Bourgeoisie weiter eingeengt. Die Bourgeoisie selbst erfährt eine Zergliederung: Als eigentlich herrschende Klasse bildet sich die Monopolbourgeoisie heraus, die keineswegs „stellvertretend" für die Gesamtbourgeoisie die Herrschaft ausübt, das Monopol als Gewaltverhältnis macht sich in eben dieser Form auch der nichtmonopolistischen Bourgeoisie gegenüber geltend.

b) Mit dem Schwinden der sozialen Basis geht einher eine gewaltige Zunahme der Anforderungen an die Bourgeoisie. Diese betreffen nicht nur die Niederhaltung und ideologische Manipulation der Arbeiterklasse, sondern auch die äußerst komplizierte Weiterentwicklung der Produktivkräfte in den Schranken des kapitalistischen Produktionsverhältnisses.

c) Der permanente Versuch, diese immanenten Schranken immer weiter hinauszuschieben, führte — beschleunigt durch den Einfluß der Systemkonkurrenz zwischen dem rasch erstarkenden sozialistischen Lager mit der Sowjetunion an der Spitze und den imperialistischen Staaten — zur Herausbildung des umfassenden staatsmonopolistischen Herrschafts- und Regulierungssytems.

d) Diese Entwicklung ist daher wesentlich gekennzeichnet durch einen gewaltigen Ausbau des Leistungs- *und* Herrschaftsapparats, der *gleichzeitig* den Erfordernissen der Entwicklung der Produktivkräfte und der Aufrechterhaltung des kapitalistischen Produktionsverhältnisses Rechnung tragen muß. Dieser Widerspruch findet seine äußerste Zuspitzung in der Bewältigung der Anforderungen der wissenschaftlich-technischen Revolution unter den Bedingungen des staatsmonopolistischen Kapitalismus.

e) In diesem Widerspruch stehen *alle* Agenten des Leistungs- und Herrschaftsapparates, sowohl im Bereich des Staates als auch im Bereich der Monopolbetriebe, er findet auf den unterschiedlichen Ebenen allerdings unterschiedliche

[7]) Ebenda, S. 16
[8]) Ebenda, S. 16

Bewegungsformen und Lösungen. Dies ist der richtige Kern der „Theorie" der Neuen Mittelklasse. Falsch und lächerlich wird die Sache allerdings, wenn man in mechanistischer Weise versucht, diesen umfassenden Widerspruch in eine Schicht zu verlegen, um ihn dort zu zergliedern in fortschrittliche politische und reaktionäre materielle Interessen o. ä. Unsinn.

f) Die zunehmende Kompliziertheit und der Umfang der Aufgaben der Leitung des Produktions- und Reproduktionsprozesses sowie die Sicherung des Kapitalverhältnisses, speziell im Zeichen der wtR, erfordern immer mehr den Einsatz wissenschaftlich ausgebildeter Agenten dieses Prozesses. Damit wird die Intelligenz — und damit die Studenten — zunehmend diesem Widerspruch konfrontiert, der sich je nach sozialer Herkunft und Berufssituation unterschiedliche Ausformungen und Klassenpositionen beinhaltet.

Die Studentenbewegung ist auf diesem Hintergrund daher nicht erklärbar als „Krise der Bourgeoisie", als deren Legitimationsverlust (verdrehter Habermas!!), sondern als Reflex auf a) die den neuen Ausbildungsanforderungen in keiner Weise genügenden chronischen Unterinvestitionen im Ausbildungssektor, der „Bildungsmisere",

b) die notwendige verstärkte Unterordnung des Ausbildungsbereichs unter die Profitinteressen der Monopole, die einherging mit dem massiven Abbau demokratischer Rechte und dem verstärkten Ausbau der verschiedenen Disziplinierungsmittel.

c) die Krise der bürgerlichen Ideologie (der Dresslersche Legitimationsverlust),

d) das offene Zerbrechen der Ideologie vom „freien Westen" durch den barbarischen Vietnam-Krieg der USA.

Situation der lohnabhängigen Intelligenz und die „Neuen Mittelschichten"

Die recht willkürliche Interpretation der Studentenbewegung und die damit einhergehende Bestimmung der lohnabhängigen Intelligenz als Teil der Bourgeoisie muß wohl auch im KSB zu Diskussionen Anlaß gegeben haben, deren Resultat wohl der Artikel in der Sondernummer 3 des „Roten Kurses" darstellt. Sehen wir uns die „Ergänzungen und Korrekturen" zu den beiden ersten Sondernummern des „Roten Kurses" an.

„Die Unklarheiten und teilweise auch Fehler in ‚KdB' (Studentenbewegung als Krise der Bourgeoisie, d. V.) liegen vor allem dort begründet, wo die *Intention,* die in den ‚Gesamtarbeiterthesen' von Krahl zusammengefaßten Theorien zu kritisieren, dazu führt, daß mehr bewiesen werden soll als beabsichtigt (!): nämlich nicht nur daß die wissenschaftliche Intelligenz von ihrer gesellschaftlichen Lage her nicht revolutionäres Subjekt sein kann, sondern auch noch, daß die wissenschaftliche Intelligenz unmittelbar Teil der Bourgeoisie ist. (...) Ferner wandte sich die Argumentation... gegen die Auffassung, wonach die Arbeiterklasse nicht nur subjektiv in den Kapitalismus ‚integriert' ist, sondern auch den klassenmäßigen Begriff des Proletariats für obsolet erklärte. (...) Umso mehr war die Kritik an dieser Auffassung versucht, den Begriff der Lohnarbeit wieder zur Geltung zu bringen vermittels dessen *unmittelbarer* Zurückführung auf seine Bedeutung als mehrwertproduzierende Arbeit. Entsprechend geriet das über diese enge und wesentliche Bedeutung hinausgehende Verhältnis *aller* Kategorien der Lohnabhängigen zum Kapital in ein schiefes Licht."[9]) In der Tat! Nun schießen auch

[9]) Sondernummer 3 „Roter Kurs", S. 1

im weiteren „richtige Argumente über ihr Ziel hinaus"(!), doch halten wir uns nicht damit auf, sondern betrachten wir die „Korrekturen" weiter:
Dressler arbeitet im folgenden viele richtige Argumente heraus, ohne allerdings die daraus notwendigen Konsequenzen zu ziehen.
Diese Möglichkeit verbaut er sich durch den offensichtlichen Versuch, zu retten, was noch zu retten ist, indem er die „Ambivalente *Klassenlage* der lohnabhängigen Intelligenz" negiert, um an ihre Stelle den „ambivalenten *Klassencharakter*" der Studentenbewegung zu setzen:
„Während in der Tat die objektive *Klassenlage* des Kleinbürgertums als ‚zwischen dem Widerspruch von Lohnarbeit und Kapital' stehend bezeichnet werden kann, so gilt dies dagegen für den kleinbürgerlichen *Klassencharakter* der Studentenbewegung."[10])
Nun dürfte auch Dressler klar sein, daß sich der Klassencharakter einer Bewegung nicht beliebig von der Klassenlage der Teilnehmer dieser Bewegung trennen läßt. Aber solch idealistischer Unsinn wird hier an diesem Punkt vorgeführt. Man will nicht wahrhaben, daß sich der antiautoritäre Protest schon längst am KSB vorbeientwickelt hat zum antimonopolistischen Kampf. Der richtige Kern der Unterscheidung von Klassenlage und Klassencharakter bezeichnet dabei die Schwierigkeit und Widersprüchlichkeit dieses Prozesses, deren Ausdruck u. a. die Theorie und Praxis des KSB ja darstellt, bezeichnet den schwierigen Prozeß der Herausbildung des *Bewußtseins* vom unüberbrückbaren Gegensatz, nicht zum „Apparat", sondern zur *Monopolbourgeoisie.* Wer sich an diesem fundamentalen Sachverhalt durch „Ambivalenz" gleich welcher Potenz vorbeilügt, muß in der Tat über seinen eigenen Standpunkt erstaunt und erschrocken zugleich sein, um sofort die Unmöglichkeit seiner Erreichung aus sich selbst heraus zu behaupten und nun weiter als „Klassenverratsmärtyrer" die Studenten vom proletarischen Standpunkt her „aufzuklären", um ihnen eine Entwicklung zu ermöglichen, die zwar in ihrem ureigensten Interesse liegt, die sie aber unmöglich in die Wege leiten können.
Doch begleiten wir den Autor weiter in seinem Slalomlauf um materialistische Ergebnisse und subjektiv-spekulative Interpretationen:
Zur Ausführung der Differenz Klassenlage–Klassencharakter stellt er richtig fest, daß die Gesellschaft in *zwei* große Lager gespalten ist: „Kapitalistenklasse und Klasse der Lohnabhängigen". Gleichzeitig bringe der Monopolkapitalismus aber neue Zwischenschichten hervor, die *politisch und ideologisch* ambivalent seien. Diese Ambivalenz sei aber „nicht in einer Klassenlage zwischen Lohnarbeit und Kapital zu situieren."[11]) Sie könne auch nicht allein aus „Privilegien" erklärt werden. Die Lösung folgt im weiteren:
„Der diesen Teilen der Lohnarbeiterklasse zugrundeliegende Widerspruch ist von uns richtig bezeichnet worden als ‚Widerspruch zwischen der objektiven Situation dieser Zwischenschichten als Lohnabhängige und der historischen Entwicklung ihrer Tätigkeiten als Delegierung ursprünglich bei der Kapitalistenklasse monopolisierter und von ihr autonom erbrachter – und von daher historisch-gesellschaftlich bestimmter – Funktionen an abhängige Agenten.' Das macht auch die ganze Widersprüchlichkeit der Ideologien dieser Schichten aus, daß sie ... Funktionen erfüllen, die ... von ihrer historischen Genesis her einen bürgerlichen Klasseninhalt repräsentieren, zugleich aber lohnabhängig arbeiten

[10]) Ebenda, S. 1
[11]) Ebenda, S. 2

und – ebenfalls in abgestuftem Maße – in ihrer großen Zahl sich mehr und mehr ihrem Status (nicht ihrer wirklichen ökonomischen Funktion) nach der Masse der produktiven Lohnarbeiter angleichen."[12])
Somit ist erklärt, warum die Ideologie dieser Schichten widersprüchlich ist – und zwar richtig erklärt. Falsch wird die Sache aber sofort, wenn man diese Darlegung schon für eine Klassenanalyse hält, d. h. aufgrund der festgestellten Widersprüchlichkeiten der Ideologie kurzschließend folgert, aufgrund des Widerspruchs zwischen Lohnabhängigkeit und historischer Herkunft ihrer Tätigkeit als „Kapitalistenfunktion" *könnten* diese Schichten *nur* widersprüchliche Ideologie entwickeln.[13])
a) Damit wird diesen Zwischenschichten – entgegen den eigenen Beteuerungen, diese Schichten nicht „als ein begriffliches Vehikel zur Konstruktion einer neuen Klasse ‚zwischen' Lohnarbeit und Kapital" zu benutzen – ein homogenes, zwischen beiden Hauptklassen stehendes *„Drittes"* konstruiert.
b) Implizit der für den staatsmonopolistischen Kapitalismus *fundamentale* Gegensatz *aller* ausgebeuteten und unterdrückten Klassen und Schichten zur Monopolbourgeoisie geleugnet,
c) eben unterstellt, eine stets wachsende (auch relativ wachsende) Schicht könne kein *eigenständiges Bewußtsein* über ihre gesellschaftliche Stellung der Produktionsverhältnisse entwickeln.[14])
Das Fehlen einer klaren klassenanalytischen Grundlage bedingt nicht nur dieses Ergebnis, sondern auch eine Anzahl von Widersprüchen bei der Herausarbeitung des Resultats.
Um den Dualismus „objektive Situation als Lohnabhängige" und Entwicklung ihrer Tätigkeit als „Delegierung ursprünglich von der Kapitalistenklasse erbrachter Funktionen" nicht aufgeben zu müssen, versperrt man sich gegen die passim selbst entwickelte dialektische Lösung. Gehen wir aus von der Lösung, die Dressler findet und formuliert: Die lohnabhängigen unproduktiven Zwischenschichten nehmen eine schwankende Haltung ein, weil sie das unvermittelte Gegenübertreten von Lohnarbeit und Kapital nunmehr vermitteln. „Sie müssen aber nicht ihr objektives Klasseninteresse aufgeben, um einen revolutionären Standpunkt einzunehmen, sondern im Bündnis mit dem Proletariat enthüllt sich ihnen hinter ihrem unmittelbaren, aus ihren Vermittlungsfunktionen resultierenden kleinbürgerlichen Interessen und Ideologien das Interesse des Proletariats als ihr *eigenes* historisches Interesse als Lohnabhängige. Es ist genügend betont worden, daß zudem das kleinbürgerlich-demokratische Interesse unter den Bedingungen des Monopolkapitalismus, wenn es konsequent zugespitzt wird, selbst objektiv einen antikapitalistischen Inhalt gewinnt."[15]) Da diese Schichten die Aktualität des Sozialismus zudecken, die Widersprüche verdecken, ergibt sich das Interesse des Proletariats am Bündnis schon daraus. Der unmittelbare Anknüpfungspunkt für die kommunistische Bündnispolitik sei der Deklassierungsprozeß dieser Schichten, verbunden mit der Bildung einer Reservearmee und struktureller Arbeitslosigkeit.

[12]) Ebenda, S. 6
[13]) Genau dies ist aber die politische Implikation des KSB und die Basis seiner Politik an der Hochschule.
[14]) Dann in der Tat ist die „proletarische Aufklärung" des KSB unbedingt vonnöten, will man die Perspektive des Sozialismus, der proletarischen Revolution, nicht begraben – aber auch wohl sinnlos! Bei dieser Bewußtseinsjongleurnummer wird der Materialismus eindeutig durch Idealismus ersetzt.
[15]) Sondernummer 3, S. 8

Die Interessen des Proletariats an einem Bündnis werden nach diesen Ausführungen zwar einsichtig, aber die der unproduktiven Schichten? Im Bündnis mit dem Proletariat enthüllt sich ihnen hinter (!?) ihren unmittelbaren (!) kleinbürgerlichen Interessen ihr eigenes Interesse. Schönes Bündnis kann man da nur sagen, das Bündnis mit dem Proletariat können diese Schichten doch wohl nur eingehen, wenn sie ihre „kleinbürgerlichen, unmittelbaren" Interessen als *antimonopolistische* selbst erkennen, und damit als den Interessen der Arbeiterklasse wesentlich gleichgerichtete, nicht vorher. Auch der richtige Hinweis, daß das „kleinbürgerlich-demokratische Interesse" unter den Bedingungen des Monopolkapitalismus selbst objektiv antikapitalistischen Inhalt gewinnt, hilft hier nicht weiter, daß das Interesse erst von außen[16]) zugespitzt werden soll. Das Dilemma bemerkend wird die Ökonomisierung des konstanten Kapitals als Rettungsanker ausgeworfen: allein es hilft nicht weiter, die Anknüpfungspunkte für das Proletariat verbessern sich zwar, doch ein Interesse der Zwischenschichten am Bündnis ist immer noch nicht greifbar, hindert sie doch ihre „Vermittlungsfunktion", das Interesse des Proletariats als ihr eigenes zu begreifen, was erst *durch* das Bündnis überwunden werden kann.

Die Perspektive von „struktureller Arbeitslosigkeit" und „Bildung einer Reservearmee" — eine Aussage, die in KSB-Publikationen sich seltsam ausnimmt, ist doch sonst allerorten nur von Privilegien die Rede — ist allerdings ein Moment der Lösung, man muß sie allerdings in den Zusammenhang stellen, den Dressler selbst bei der Erläuterung des Deklassierungsprozesses entwickelt hat.

Dressler geht von seiner schon bekannten Einschätzung der Deklassierung aus:

a) „die ‚Deklassierung' von Funktionen der fungierenden Kapitalisten zu Funktionen von besoldeten Dienern des Kapitals". Die eigenen Anführungszeichen sollen wohl besagen, daß diese Deklassierung auch für ihn nicht den Hauptcharakter des Deklassierungsprozesses kennzeichnet.

b) erweitert er sein altes Argument von der „arbeitsteiligen Organisierung der Bourgeoisiefunktionen": „Zum anderen bedeutet die arbeitsteilig-kooperative und lohnabhängige Organisierung der Bougeoisie-Funktionen ... nichts anderes als die *Vergesellschaftung* dieser Arbeitsleistungen."[17])

c) „Und schließlich — was perspektivisch die eigentliche Bedeutung des Deklassierungsprozesses für die lohnabhängige Intelligenz ist — werden Arbeitsleistung und Status der Mehrzahl der wissenschaftlich qualifizierten Arbeitskräfte mit ihrer quantitativen Zunahme relativ zu den übrigen unproduktiven Lohnabhängigen nivelliert, mehr noch, ihre Berufsperspektive nimmt durchaus Formen der Unsicherheit ... an, die die Klasse der Lohnarbeiter insgesamt treffen."[18])

Damit sind die wesentlichen Punkte eigentlich gegeben, lediglich Dresslers Beharren auf der „Ambivalenz", die angeblich aus der „Kapitalistenfunktion" folgen muß, hindern ihn, diesen Deklassierungsprozeß der lohnabhängigen Intelligenz als das auszugeben, was er ist: Tendenz zur *Verproletarisierung.* Mit dieser Einschätzung soll nicht bezeichnet werden, daß die lohnabhängige Intelligenz Teil des Proletariats ist oder unmittelbar wird (geringe Teile der lohnabhängigen Intelligenz sind sicher schon heute Teil der Arbeiterklasse), sie gibt

[16]) D. i. an der Uni wohl vom KSB

[17]) Im Anschluß an diese Stelle kommt Dressler im Keim zu einer richtigen Einschätzung der Studentenbewegung, um sofort wieder nur das Krisenmoment der bürgerlichen Ideologie zu betonen.

[18]) Sondernummer 3, S. 3

vielmehr eine *Tendenz* an, bezeichnet die wachsende Aktivität und das objektive Interesse der lohnabhängigen Intelligenz auf der Seite der Arbeiterklasse am Kampf zwischen Lohnarbeit und Kapital *teilzunehmen.*

Diese Einschätzung impliziert, daß damit die „kleinbürgerlich (?)-demokratischen Interessen" unter den Bedingungen des Imperialismus nicht zugespitzt, „ausgerichtet" werden müssen, um einen objektiv antikapitalistischen Inhalt zu gewinnen: Diese Zuspitzung liegt ja gerade in der Tendenz des Imperialismus. Sie ist die Grundlage für den antimonopolistischen Kampf *aller* vom Monopolkapital unterdrückten und ausgebeuteten Schichten und Klassen unter der Führung und im Bündnis mit der Arbeiterklasse.

Wenn die Mehrheit der Intelligenz *keine* klaren Interessen hat, sie vielmehr zwischen den Hauptklassen stehen und ihre Interessen erst durch Propaganda „ausgerichtet" werden müssen, dann steht ja wohl dahinter die Illusion, die lohnabhängige Intelligenz hätte zunächst auch eine Perspektive an der Seite der Monopole. Das ist aber gerade nicht der Fall, was der KSB in anderem Zusammenhang wohl kaum behaupten wird. Die Situation ist nun aktuell die, daß sehr viele Studenten das Illusionäre dieser Vorstellung noch nicht voll erkannt haben und sich noch große „Karrierehoffnungen" machen, meinen, mit einem guten Examen kämen sie ohne weiteres in die Führungspositionen von Wirtschaft und Staat.

Die Erfahrungen zeigen das Gegenteil, hier gilt es anzusetzen. Der KSB unterstützt jedoch durch seine „Theorie" ungewollt diese gefährlichen Illusionen, wenn er ständig behauptet, die Studenten hätten erst dann kein Interesse mehr an diesem System, wenn sie die Propaganda des KSB geschluckt haben. Die Frage so gestellt ergibt wohl meist, sich auf die *andere* Seite zu schlagen. Nur von da wird auch die RCDS-Einschätzung des KSB verständlich: „Er (der RCDS, H. W.) verrät auch keine studentischen Interessen, er nimmt sie nur spezifisch wahr, klassenspezifisch."[19])

In dem unter Punkt 6 zitierten Absatz wird nebenbei bemerkt die Konfusion deutlich, in die man gerät, wenn man das Kriterium „unproduktive Arbeit" als maßgebendes Klassenkriterium auffaßt, und daher gezwungen ist, eine aparte Teilung in der „Klasse" der Lohnabhängigen vorzunehmen. Stellte Dressler noch kurz vorher dar, daß der „Begriff der Neuen Mittelschichten" (und die lohnabhängige Intelligenz ist laut KSB Teil davon) „sehr schnell eine falsche inhaltliche Bedeutung an(nimmt), wo er nicht mehr zur Untersuchung der Differenzierung innerhalb der Klasse der Lohnabhängigen benutzt wird ..." So heißt es jetzt: „Ihre (lohnabhängige Intelligenz) Berufsperspektive nimmt ... Formen ... an, die die Klasse der Lohnarbeiter insgesamt treffen."

Entweder sind sie Teil dieser „Klasse", dann nimmt diese Aussage nicht wunder, oder sie sind nicht Teil. Sind sie aber Teil (was Dressler behauptet), so verliert die Kategorie „Klasse der Lohnabhängigen" jede analytische Berechtigung, da der eine Teil „bewußtseinsfähig", der andere Teil „bewußtseinsunfähig", d. h. bündnisfähig, ist. Dressler führt diese Kategorie wohl auch nur schweren Herzens ein (vgl. S. 6), um sie dann wieder hinter sich zu lassen, um zum „reinen" Proletariat und seinen neuen Mittelschichten zu kommen.

Was zu den Kategorien produktive und unproduktive Arbeit zu sagen ist, werden wir im weiteren sehen. Hier gilt es erst einmal vorläufig abschließend festzuhalten, daß die „Ergänzungen und Korrekturen" in wichtigen Punkten richtige

[19]) Der Angriff des RCDS auf das politische Mandat ..., Rote Liste, S. 17

Einschätzungen enthalten und den größten Unsinn geradezubiegen versuchen. Gerade aus dieser Funktion heraus aber geschrieben, werden die *politischen Intentionen* (das praktische Interesse des KSB) und der Kern der Ausführungen der beiden ersten Sondernummern keinesfalls verändert.[20])

Klassenlage der lohnabhängigen Intelligenz

Was nach den „Ergänzungen und Korrekturen" der Sondernummer 3 zu erwarten war, bestätigte Sondernummer 4: Vom übergreifenden Kriterium der Lohnarbeit in der Klassenanalyse wird wieder vollständig abstrahiert.[21]) Dieser „Fortschritt" scheint auch auf den Artikel von *Schmierer* im NRF 4/71 zurückzuführen zu sein. Die „Neuen Mittelklassen" erfahren dabei eine erneute Begründung, die um einige Aspekte bereichert ist.[22]) Wurde vorher die „Neue Mittelklasse" wesentlich durch das Kriterium der unproduktiven Arbeit gekennzeichnet, so heißt es jetzt: „Die Arbeiterklasse tauscht ihre Arbeitskraft direkt gegen Kapital und setzt durch ihre Arbeit das Kapital als ihren feindlichen Gegensatz. Dies ist der wesentliche politisch-ökonomische Inhalt des marxistischen Begriffs vom antagonistischen Klassengegensatz zwischen Bourgeoisie und Proletariat."[23]) Der Kapitalist sei nun nur an der Arbeitskraft der Arbeiterklasse interessiert, weil sie Quelle von Wert ist. „Der konkrete Inhalt ihrer Arbeit wird gleichgültig gegenüber dieser Fähigkeit." „Ganz anders sieht die Sache bei ... (den neuen Mittelschichten) aus. Zwar müssen auch diese ihre Arbeitskraft verkaufen ... jedoch ist die Bourgeoisie ausschließlich an dem Gebrauchswert ihres Arbeitsvermögens als dem konkreten Inhalt ihrer Tätigkeit interessiert."[24])
Was passiert hier? Statt Dialektik wieder platter Dualismus! Wenn den Unternehmer der Gebrauchswert der Arbeitskraft interessiert (weil er die Besonderheit hat, Werte zu schaffen), also seine besondere Qualität, dann interessiert ihn auch seine Quantität, nämlich möglichst viel Wert im Produktionsprozeß hervorzubringen. Diese Quantität wird gerade durch den Inhalt (die Qualifikation) der Ware Arbeitskraft bestimmt. Je qualifizierter die Arbeitskraft ist, je mehr muß der Kapitalist dafür bezahlen, um so mehr Wert preßt er aber auch aus ihr heraus. Weiter: Es ist natürlich Unsinn, zu behaupten, die von Dressler aufgezählten Tätigkeiten (Leitung, Erziehung, Beaufsichtigung etc.) seien *als Tätigkeiten* nicht in der Lage, Mehrwert zu produzieren. Nicht nur der Arbeiter mit schwieligen Händen schafft Mehrwert, Mehrwertproduktion heißt in diesem Zusammenhang, daß ein Austauschverhältnis zwischen Arbeitskraft und Geld entsteht, das Kapital schafft. Dieses Verhältnis gibt es nicht nur in der materiellen Produktion.

[20]) Dies event. die Erklärung für den erstaunten SDS, der in Sondernummer 4 einen „Rückfall" des KSB hinter schon in Sondernummer 3 erreichte Positionen festzustellen glaubt.
[21]) Von mittleren Chargen des KSB hört man, diese Frage sei „positiv überwunden".
[22]) Führte Dressler in Sondernummer 3 noch Bedenken gegen den Begriff „Neue Mittelschichten" an, weil die bürgerliche Soziologie durch die „empiristische Konstruktion" einer neuen Mittelklasse die Klassenspaltung in Kapitalisten und Arbeiter zu leugnen versuche („Daher kann die Verwendung des Begriffs ... in die Irre führen." – In der Tat!), so scheinen die Göttinger Bedenken auch hier wieder „Heidelbergisch" ausgeräumt zu sein.
[23]) Diesen direkten Tausch vollziehen allerdings auch die unproduktiven Arbeiter, soweit sie ihre Tätigkeit unter kapitalistischer Regie durchführen, d. h. ihre Arbeitskraft sich nicht gegen Revenu tauscht, ihre Arbeit daher nicht als Dienst konsumiert wird.
[24]) Sondernummer 4, S. 17

Die Weisheiten des KSB kumulieren dann auch in der Aussage, der wirkliche Gegensatz der lohnabhängigen Intelligenz zur Arbeiterklasse sei der Gegensatz von Kopf- und Handarbeit. An dieser Stelle lohnt es nicht, diesem Aufguß bekannter Fehler weiter nachzugehen, notwendig erscheint allerdings, den Stellenwert der Kategorien „produktive – unproduktive Arbeit" hier breiter zu entwickeln, trotz der umfangreichen Diskussion, die in dieser Frage geführt worden ist.
Charakteristisch für die Analysen des KSB ist der stete Wechsel in der Bedeutung des Begriffs „produktive Arbeit", je nachdem, welcher Zusammenhang gerade belegt werden soll.
In der Geschichte der ökonomischen Theorie verbinden sich mit dem Begriff der produktiven Arbeit recht unterschiedliche Vorstellungen und gerade in der unterschiedlichen Ausfüllung dieses Begriffs ist die Entwicklung der ökonomischen Wissenschaft von einem Kampfinstrument der aufstrebenden Ausbeutung nachvollziehbar.
Marx setzt in seinen Untersuchungen über produktive Arbeit vor allem bei Smith an: „Wie wir A. Smith bisher in allem zwieschlächtig gefunden haben, so in der Bestimmung dessen, was er *produktive Arbeit* ... nennt. Wir finden durcheinanderlaufend bei ihm zwei Bestimmungen von dem, was er produktive Arbeit nennt, und wollen zuerst die erste, richtige Bestimmung betrachten. Produktive Arbeit im Sinn der kapitalistischen Produktion ist die Lohnarbeit, die im Austausch gegen den variablen Teil des Kapitals (...) nicht nur diesen Teil des Kapitals reproduziert (...), sondern außerdem Mehrwert für den Kapitalisten produziert. ... Nur die Lohnarbeit ist produktiv, die Kapital produziert. (Dies ist dasselbe, daß sie die in ihr ausgelegte Wertsumme vergrößert reproduziert oder mehr Arbeit zurückgibt als sie erhält in Form des Salairs."[25])
Marx verdeutlicht diese Bestimmung sodann: „Was ihn (den Kapitalisten, H. W.) an der Ware (der Arbeitskraft, H. W.) interessiert, ist, daß sie mehr Tauschwert besitzt, als er für sie zahlte, und so ist der Gebrauchswert für ihn, daß er ein größeres Quantum Arbeitszeit zurückerhält, als er in der Form des Salairs gezahlt hat. Unter diese produktiven Arbeiter gehören natürlich alle, die zur Produktion der Ware d'une maniere ou d'une autre mitarbeiten, vom eigentlichen Handarbeiter bis zum manager, engineer (als unterschieden vom Kapitalisten) ....
Damit ist auch absolut festgesetzt, was *unproduktive Arbeit* ist. Es ist Arbeit, die sich nicht gegen Kapital, sondern *unmittelbar* gegen Revenue austauscht, also gegen Salair oder Profit ..."[26])
„Ein Schriftsteller ist ein produktiver Arbeiter, nicht sofern er Ideen produziert, sondern insofern er den Buchhändler bereichert, der den Verlag seiner Schriften betreibt ..."[27])
Zur zweiten, falschen Bestimmung Smith's führt Marx aus: „... produktive Arbeit (ist in diesem zweiten Sinn, H. W.) solche, die *Waren* produziert, und *unproduktive Arbeit* solche, die persönliche Dienste produziert."[28])
Produktive Arbeit wird von Marx also gefaßt als Austausch von Arbeitskraft gegen Geld, das dazu bestimmt ist, sich durch diesen Austausch zu verwerten, also Kapital wird. Das Beispiel mit dem Schriftsteller macht klar, daß Frage im *Kapitalismus* wesentlich aus der Sicht des sich verwertenden *Einzelkapitals* zu

[25]) K. Marx, Theorien über den Mehrwert, in MEW 26. 1., S. 122
[26]) Ebenda, S. 126 f.
[27]) Ebenda, S. 128
[28]) Ebenda, S. 143

beurteilen ist. Produktive Arbeit hat also nicht unbedingt zur Voraussetzung, den materiellen Reichtum der Gesellschaft zu mehren, sondern das Einzelkapital zu verwerten. Zum zweiten zeigt der Hinweis auf die Einbeziehung der manager und engineers, daß hier gilt: um produktiver Arbeiter zu sein genügt es, Teil des produktiven *Gesamtarbeiters* zu sein. Genau *diese* Zusammenhänge sind für die Klassenanalyse relevant (weil es eben die spezifisch „kapitalistische Fassung" des produktiven Arbeiters ist) und nicht Fragen, die sich im Zusammenhang mit den Reproduktionsbedingungen des Gesamtkapitals stellen.

Zu dieser Verwischung der unterschiedlichen Inhalte kommt man allerdings, wenn zur Bestimmung der *Klassenlage* wesentlich das Begriffspaar „produktive–unproduktive Arbeit" herangezogen wird und das übergreifende Kriterium der *Leistung unbezahlter Mehrarbeit* und damit der *Ausbeutung* keinerlei Beachtung findet.

Die Schmierersche Analyse führt z. B. dahin, die Zirkulationsangestellten in einen *klassenmäßigen* Gegensatz zu der Arbeiterklasse zu stellen, denn um überhaupt Aussagen über die Klassenlage der verschiedenen Bevölkerungsteile nach diesem Kriterium treffen zu können, muß man je nach Differenzierungsinteresse die Frage der Wertproduktivität, der Produktivität vom Standpunkt des Einzelkapitals, des Gesamtkapitals, der Warenproduktion etc. in den Vordergrund stellen.

Unsere Freunde vom KBS belegen diese Vermutung halbwegs eindrucksvoll. Will man die sogenannten neuen Mittelschichten zur Erklärung der hochschulpolitischen KSB-Strategie klassenanalytisch begründen, behauptet man pauschal, ihr Charakteristikum wäre die unproduktive Arbeit (in welchem Sinne?).

Die Zirkulationsagenten wären zwar produktiv vom Standpunkt des Einzelkapitals aber nicht vom Standpunkt des Gesamtkapitals (daher die stabilsten Bündnispartner), die Manager sind zwar produktiv i. S. von Teil des produktiven Gesamtarbeiters, werden aber wegen ihres konkreten Gebrauchswerts gekauft, daher aus Revenue bezahlt, u. ä. Widersprüchlichkeiten. Kommt man bei derartigen Bestimmungen in Konflikt mit der Realität, ermittelt man doch wieder eine „Klasse der Lohnabhängigen", die die produktiven *und* unproduktiven Arbeiter umfaßt, um im nächsten Schritt sogleich deren Relevanz für die Analyse zu negieren.

„Produktive" und „unproduktive" Arbeit sind sicher Kategorien, die auch in der Klassenanalyse ihre Bedeutung haben, aber nur, wenn man ihren Stellenwert und ihre Aussagekraft im System verschiedener Bestimmungskriterien reflektiert und sie nicht als Absolutum hinstellt.

Es ist augenfällig, daß diese „Marxisten-Leninisten" vom KSB in der Klassenanalyse die Ausführungen Lenins zu dieser Frage *an keiner Stelle* erwähnen. Lenins Definition der Klasse in seiner Arbeit „Die große Initiative" lautet: „Als Klassen bezeichnet man große Menschengruppen, die sich voneinander unterscheiden nach ihrem Platz in einem geschichtlich bestimmten System der gesellschaftlichen Produktion, nach ihrem (größtenteils in Gesetzen fixierten und formulierten) Verhältnis zu den Produktionsmitteln, nach ihrer Rolle in der gesellschaftlichen Organisation der Arbeit und folglich nach der Art der Erlangung und der Größe des Anteils am gesellschaftlichen Reichtum, über den sie verfügen."[29])

An anderer Stelle schreibt er: Klassen sind „Personengruppen, ... die sich nach ihrer Rolle im System der Produktionsverhältnisse, nach den Produktionsbedingungen und folglich auch nach ihren jeweiligen Lebensbedingungen sowie nach den durch diese Verhältnisse bestimmten Interessen voneinander unterscheiden."[30]

[29]) Lenin, Werke, Bd. 29, S. 410

In diesen Ausführungen wird deutlich, daß zur Bestimmung der Klassenlage eine *Vielzahl* von Momenten herangezogen werden müssen, die in der konkreten Analyse jeweils entsprechend bewertet werden müssen. Dabei ist klar, daß das Verhältnis zu den Produktionsmitteln das wesentliche, primäre Kriterium ist, die anderen Momente nachgeordnete, abgeleitete sind.

Für die Zugehörigkeit *zur Arbeiterklasse* ergibt sich hiernach, daß ausgegangen werden muß von zwei Kriterien:

1. Nichtbesitz an Produktionsmitteln und, damit verbunden, die Notwendigkeit des lebenslangen Verkaufs der Arbeitskraft als einzige Ware.
2. Einer näher zu spezifizierenden Rolle in der gesellschaftlichen Organisation der Arbeit.

Diese letzte Kriterium macht in der Tat in der konkreten Analyse beträchtliche Schwierigkeit, ein Großteil der Anstrengungen des KSB sind auf diese Bestimmung gerichtet. Der Fehler liegt dabei darin, von einer angenommenen Rolle für die lohnabhängige Intelligenz auszugehen und die tollsten Verrenkungen theoretischer und auch „praktischer" Art zum Beleg anstellen zu müssen. Durch ein solcherart vorweggenommenes Ergebnis verbaut man sich selbstverständlich den Weg zur exakten Bestimmung des Verhältnisses von lohnabhängiger Intelligenz und Arbeiterklasse.

Zu recht weist *Steiner* darauf hin, daß es nicht genügt, das zweite wichtige Kriterium durch die Aufzählung von drei bis fünf Einzelkriterien zu füllen ohne die wechselseitigen Beziehungen und deren Ableitungszusammenhang aufzuzeigen. Die Leninsche Betonung der „Rolle im System der Produktionsverhältnisse" weist weiter darauf hin, daß es nicht zulässig ist, einzelne, analytisch extrahierte Momente dieser Rolle zum Zuordnungskriterium zu verabsolutieren (z. B. arbeitsausführend – arbeitsanleitend, Verwertungsagent – Verwertungsobjekt, produktive und unproduktive Arbeit).

Kapitalistische „Organisation der Arbeit", d. i. kapitalistisch formbestimmter Produktions- und Reproduktionsprozeß, ist ja gerade gekennzeichnet durch die widersprüchliche Einheit von Arbeits- und Verwertungsprozeß, das untrennbar *gleichzeitige* Vorhandensein beider Momente verbietet die Verabsolutierung des einen (so z. B. das „logische Primat des Verwertungsprozesses" beim KSB[31]), es kommt gerade darauf an, die spezifischen Auswirkungen dieser widersprüchlichen Einheit auf der Ebene der jeweiligen „Stellung" auf der Ebene des Einzel- und Gesamtkapitals zu bestimmen. In genau diesem Zusammenhang ist mit dem SDS die Bedeutung des *Vergesellschaftungsprozesses* z. B. mit der Leitungstätigkeit, und die zunehmende *reelle* Subsumtion größerer Teile der lohnabhängigen Intelligenz unter das Kapital zu betonen. Gleichzeitig wird bei dem oben aufgezeigten Vorgehen der *Prozeßcharakter* von Strukturveränderungen innerhalb der Klassen einer Gesellschaft exakter angebbar, da zur Frage der Vergesellschaftung und der reellen Subsumtion nur die Analyse der Kapitalbewegungen, der Verwertungsbedingungen, der stofflichen Zusammensetzung des konstanten Kapitals, der Rolle des Staates etc. Aufschluß geben kann.

An diesen Fragen geht der KSB mit schnellem Schritt vorbei: „Bezogen auf die

[30]) Lenin, Werke, Bd. 6, S. 256; zit. nach Steiner: Strukturveränderungen ... S. 101
[31]) Vgl. Sondernummer 2, Sopo-Anmerkungen

lohnabhängige Intelligenz bedeutet unsere Klassenanalyse der lohnabhängigen Zwischenschichten . . ., daß ihr Gegensatz zur Arbeiterklasse Resultat der von der kapitalistischen Arbeitsteilung notwendig vollzogenen Trennung von Hand- und Kopfarbeit ist."[32])

Das „antikapitalistische Studium" —
Symptom einer sektiererischen Hochschulpolitik

Der folgende Passus setzt sich mit der KSB-Losung vom „antikapitalistischen" Studium (ak S) auseinander. Diese Losung ist inzwischen fallengelassen worden, nachdem auch der maoistische KSV Westberlin von seinem „sozialistischen" Studium (s St) abgekommen war. Vorher hatte der KSV die Kritik am s St noch mit solchen Sätzen beantwortet wie: „Wir dürfen uns nicht von der linken Demagogie der Revisionisten täuschen lassen, wir müssen sie als die Hauptgefahr für alle revolutionären und fortschrittlichen Kräfte erkennen. Darum können wir unter keinen Umständen ihren Forderungen nachgeben, sondern wir müssen die Revisionisten auf das entschiedenste bekämpfen."[1])
Bezeichnend. Aber mit der schnellen Selbstkritik ist so eine Sache nicht erledigt. Waren doch die Fehler des KSV bzw. des KSB nicht ein faux pas, sondern symptomatisch für ihre ganze Hochschulpolitik.
Und die Selbstkritik des KSB im „Roten Kurs" Nr. 29 zu dieser Frage ist auch völlig unzureichend. Behaupten sie mit ihrer „Roten-Kurs"-(RK-)Sonder-Nr. 4 theoretisch die Dinge weitestgehend klargestellt zu haben und nur in der politischen Praxis Fehler begangen zu haben[2]), so können wir dem kaum Glauben schenken. Gerade der theoretische Hintergrund wird uns interessieren, und der erforderte, wie wir sehen werden, nicht eine Korrektur, sondern einen *Bruch* mit der bisherigen Ideologie und Politik, wollte der KSB einmal marxistisch werden.
Deshalb haben die folgenden Zeilen auch nichts an Aktualität eingebüßt, da wir bei der Kritik des Konzepts vom ak S sehen werden, welche grundlegenden Fehler sich dahinter verbergen.
Zum anderen schreiben wir keine KSB-Kritik zum KSB des RK Nr. 29 und dann zu jeder weiteren Nummer eine neue, was bei den ständigen Schwankungen dieser Gruppe zu einem ihrer Bedeutung unangemessenen Arbeitsaufwand führen würde. Nein, wir analysieren die KSB-Ideologie und -Politik insgesamt, in ihren Hauptlinien und konstituierenden Merkmalen.
In der Hochschulpolitik des KSB ist „der zentrale Teil der Entfaltung unserer Massenlinie an der Universität das antikapitalistische Studium".[3]) Was mit dieser Losung gemeint ist, ist nicht leicht herauszufinden, weil sie teilweise mit widersprüchlichen Inhalten besetzt wird, und weil das ak S nach einigen Aussagen schon praktiziert, nach anderen erst erkämpft werden soll. So wird darunter manchmal die zu erkämpfende Reform der offiziellen Studiengänge verstanden. Und zwar bei Lehramtsstudiengängen in folgender Richtung: Integration der Pädagogik in das Fachstudium, Integration von Fachwissenschaft und Fachdidaktik, kollektives Praktikum, Projektstudium.[4]) Die Bedeutung des Projektstudiums

[32]) Sondernummer 4, S. 34
[1]) Zit. nach berliner EXTRA dienst Nr. 27-28/VI S. 20.
[2]) Roter Kurs Nr. 29, S. 3.
[3]) Roter Kurs (RK-)Sonder-Nr. 3, S. 29.
[4]) Rote Matherialien Nr. 8, S. 7, RK-Sonder-Nr. 3, S. 29, Rotzlehr-Informationen für Studienanfänger S. 9.

(an praxis- und berufsorientierten Arbeitsvorhaben interdisziplinär organisiertes Studium) wird dabei total überschätzt. So soll danach die Berufsorientierung „die Erkenntnis der Totalität der Gesellschaft bedeuten".[5]) Das ak S soll ausdrücklich „nicht als Feierabendbeschäftigung einiger Studenten neben dem Studium herlaufen"[6]), sondern Teil des Studiums sein. So wird in diesem Rahmen der Reform des Studiums auch die Einrichtung autonomer studentischer Arbeitsgruppen und die Verankerung marxistischer Lehrstühle im Wissenschaftsbetrieb gefordert.[8])
Diese Forderung schon im Kapitalismus durchsetzen zu können, wird durchaus als möglich eingeschätzt; denn ihre erfolgreiche Erkämpfung bringt „verbesserte Bedingungen" hervor, um weitergehende Ziele zu erreichen.[9])
Inhaltlich ist im ak S vorgesehen, daß in das Studium z. B. der Mathematiker und Naturwissenschaftler die gesellschaftliche Funktion der Wissenschaft und des späteren Berufs einbezogen wird.[10])
Andererseits finden wir unter dem Firmenschild „ak S" ein völlig entgegengesetztes Konzept in den Publikationen des KSB. Da heißt es dann ausdrücklich, das ak S könne „nicht als integrierter Bestandteil des bürgerlichen Wissenschaftsbetriebes institutionell abgesichert werden".[11]) Man habe doch über den Charakter des bürgerlichen Lehrbetriebes keine Illusionen[12]), schließlich soll ja das ak S „unter der Anleitung und politischen Führung der kommunistischen Studenten" stattfinden.[13]) Das ak S wird als „Kampffront gegen die bürgerliche Wissenschaft" begriffen.
Wir werden im folgenden untersuchen, wie diese Widersprüche beim KSB aufgehoben werden, und anschließend versuchen, die richtigen Gedanken, die in beiden Seiten der KSB-Parole stecken, in einem klaren Konzept zu vereinen.
Der Nebel, der sich um die Losung ausbreitet, wird etwas aufgehellt, wenn wir uns die historische Wurzel des ak S anschauen. In der „Rotzlehr"-Zeitung Nr. 4 hieß es noch „kollektives Studium". Die Lage „des einzelnen sozialistischen Studenten", „seine weitgehende Isolierung in den Seminaren des bürgerlichen Lehrbetriebs" sollte aufgebrochen werden.[14]) Ausgangspunkt ist das Bedürfnis kritischer Studenten, dem bürgerlichen Lehrbetrieb fachspezifische Studien vom Standpunkt des wissenschaftlichen Sozialismus entgegenzusetzen.
Diese kritischen Alternativ-Seminare gibt es an vielen Hochschulen der BRD. So veranstaltet z. B. die Fachschaft Jura in Hamburg „kritische Fachgruppen" zu den Hauptfächern des rechtswissenschaftlichen Studiums. Diese Fachgruppen stehen neben dem offiziellen Studium. Niemand beansprucht jedoch, diese — durchaus wichtigen Veranstaltungen — zur hochschulpolitischen Strategie hochzujubeln. Sie sind ein Bestandteil der SPARTAKUS-Kampfparole „Marx an die Uni!", auf die wir im weiteren noch eingehen.
Um den Charakter des ak S zu erkennen, ist es nützlich zu wissen, daß von maoistischen Freunden des KSB in Westberlin nicht das ak S, sondern das s St proklamiert wird. Nun ist es trivial, daß es ein sozialistisches Studium nie im Kapitalismus, sondern erst im Sozialismus geben kann. Wenn die Propagierung

[5]) Rotzlehr-Informationen für Studienanfänger S. 9.
[6]) Rote Matherialien (RM) Nr. 12, S. 4.
[8]) Rotzlehr-FS Romanistik-Wahlprogramm WS 71/72, S. 5 f.
[9]) Ebenda.
[10]) RK-Sonder-Nr. 3, S. 34 / RM-Nr. 4, S. 5.
[11]) RK-Sonder-Nr. 4, S. 17.
[12]) RK Nr. 23, S. 2.
[13]) RK-Sonder-Nr. 4, S. 20.
[14]) Rotzlehr-Zeitung Nr. 4, S. 1.

des s St heute unrealistisch ist, muß ein sektiererisches Konzept herauskommen. Was übrigbleibt, kann keine „Massenlinie" mehr sein, sondern nur ein Studium außerhalb des Studiums für Interessierte, eine Neuaufpolierung der gescheiterten ku-Konzeption der antiautoritären Studentenbewegung.

Die Propagierung eines wirksamen sozialistischen Studiums setzt ja wohl voraus, daß Studentenmassen gegenwärtig für sozialistische Forderungen zu mobilisieren seien. Wir halten das für eine schlichte Überschätzung der Bewußtseinsentwicklung in der Studentenschaft, die aus der bekannten Unfähigkeit der Linksopportunisten entspringt, objektive und subjektive Faktoren in der Bestimmung der Lage der Studenten auseinanderzuhalten. In einem sozialistischen Studium, das diesen Namen verdient, müßten zumindest die wesentlichsten Ausbildungsabschnitte unter dem Gesichtspunkt ihrer Nützlichkeit für den sozialistischen Kampf bestimmt werden. Beim gegenwärtigen Kräfteverhältnis an den Hochschulen ist so etwas aber undurchsetzbar, wie die Krise um das sehr viel bescheidener projektierte Bremer Modell beweist.

Allein die schlichte Notwendigkeit, im imperialistischen Gesellschaftssystem einen Beruf anzustreben, verbietet die bruchlose Verbindung von Berufsausbildung und Vorbereitung auf den sozialistischen Kampf, also ein „sozialistisches Studium". Diese Losung konnte eigentlich, und das ist ein Hinweis über ihre Herkunft, nur akzeptabel sein für die Studenten, denen sich das Problem der Berufsperspektive (vielleicht wegen einiger Aktienpakete) nicht mit der Unabweisbarkeit stellt, die es objektiv hat.

Die Losung lenkt zudem ab von der Kampfaufgabe der marxistischen Studenten im ideologischen Kampf: Die Verbreitung der Wissenschaft des Marxismus als Grundlage jeder fortschrittlichen Wissenschaft, die Verbreitung der Einsicht unter den Studentenmassen, daß der Marxismus die beste Waffe im Kampf um ihre eigenen Interessen ist. Dies kann nicht dadurch geschehen, daß man die sozialistischen Studenten fein säuberlich selektiert und in eigenen „Studiengängen" erfaßt. Gerade dies würde die Verstärkung des Einflusses des Marxismus auf die ideologische Entwicklung der Studentenmassen behindern.[15])

Der KSB kritisiert das s St auch als sektiererisch.[16]) Fraglich ist nur, ob er in seiner Kritik den Kern trifft, was wiederum ein bezeichnendes Licht auf den Charakter des ak S werfen würde. Die Kontroverse zwischen KSV und KSB geht nämlich nicht über die wichtige Frage, wie ein Studium aussehen müßte, das *jetzt* für alle Studenten durchgesetzt werden kann und muß bzw. ob es denn zur Zeit möglich ist, ein s St oder ak S durchzusetzen, vielmehr streiten sich die Freunde über die richtige „Benennung"[16a]) ihres Studiums. Der Hauptfehler beider Losungen ist die Verwendung des in diesem Zusammenhang irreführenden Begriffs „Studium". Unter „Studium" innerhalb einer hochschulpolitischen Losung kann doch wohl nur die Berufsausbildung, also das offizielle Studium verstanden werden. Der KSB schleppt diesen mißverständlichen Begriff ständig mit sich herum und sagt dann an der einen Stelle, daß das ak S im Kapitalismus eigentlich nicht durchsetzbar ist, andererseits fordert er „Erkämpft das ak S!" hier und jetzt, wobei er dann noch paradoxerweise betont, er meine mit Studium tatsächlich das offizielle Lehrprogramm.[17] Daß der Unterschied zwischen KSB und KSV kein

[15]) Thomas Mies: Die negative Utopie des „sozialistischen Studiums", in: facit Nr. 26, S. 27 ff.
[16]) RK-Sonder-Nr. 3, S. 20 ff.
[16a]) RK-Sonder-Nr. 3, S. 22.
[17]) Nachweise siehe oben.

grundsätzlicher sein kann, sehen wir schon daran, daß der KSB selber zeitweilig das s St propagiert hat.[18]) Aber was hat es denn mit dem auf sich, was die Konzeptionen unterscheidet, was besagt eigentlich „antikapitalistisch"?

Der Begriff — er wird übrigens nirgendswo beim KSB erläutert — ist wenig präzise und kann kaum eine politische Strategie hinreichend beschreiben. Der Begriff wird allgemein als ein Sammelbegriff unterschiedlichster politischer Strömungen und Bewußtseinsinhalte verstanden, so ist vielleicht auch der kritische Katholizismus „antikapitalistisch". Aufgabe von Kommunisten kann es aber doch wohl kaum sein, allein spontanes Unbehagen über das System in die Kampfeslosungen aufzunehmen, sondern *positive* Alternativen, realistische Kampfschritte und die sozialistische Perspektive zu benennen. Der KSV hat deshalb völlig recht, wenn er dem KSB vorwirft, daß wir keine „kompromißlerischen Losungen, die am aktuellen Zustand kleben bleiben, sondern revolutionäre Losungen" brauchen.[19])

Der ganze Unterschied zwischen ak S und s St wird deutlich, wenn der KSV dem KSB schreibt, daß alle strategischen Ausführungen in opportunistischer Weise bei ihm abgeschrieben sind.[20])

Das legt den Charakter des KSB offen: im Kern sektiererisch, nur in der Hochschulpolitik etwas opportunistisch angepaßt, sozusagen ein geläutertes Linkssektierertum.

Dieses angepaßte Linkssektierertum erklärt auch die Schwankungen und Widersprüche in den KSB-Publikationen.

Der Grundfehler des KSV — wie des opportunistisch verbrämten, aber doch im Kern gleichen KSB-Konzepts ist die Verabsolutierung des ideologischen Klassenkampfes. Nach Engels[21]) gibt es drei Formen des Klassenkampfes, den politischen, den ökonomischen und den ideologischen Klassenkampf. Daß der letztere bei Intellektuellen eine größere Bedeutung hat, soll nicht bestritten werden. Der KSB verabsolutiert den ideologischen Klassenkampf aber total: wie ein roter Faden ziehen sich durch seine Schriften die Begriffe „Aufklärung" und „Propaganda". Die Propaganda soll nämlich nach der falschen Klassenanalyse der Studenten und der Intelligenz (siehe oben) die objektiven Interessen der Mehrheit der Studenten diesen nicht bewußt machen, sondern die Interessen der Studenten erst *ausrichten.*

Die Studenten haben nämlich zunächst „ungerichtete Interessen"[22]). Wenn die Propaganda die Interessen erst ausrichten soll, die Studenten also gar keine objektiv bestimmbaren Interessen haben, kann man sich vorstellen, weshalb der Propaganda ein so großer Stellenwert eingeräumt werden muß[23]).

Nun stellt der KSB aber auch andere Losungen auf. Diese sind aber nicht Forderungen im Rahmen des *politischen* Klassenkampfes zur Erlangung bestimmter politischer Ziele, sie sind vielmehr der Aufklärungsstrategie untergeordnet. Nach KSB-Auffassung wird nämlich die Aufklärung in (durchaus richtigen) Parolen wie „Offenlegung der Finanzen" und „Kontrolle der Drittfinanzierung" „positiv gewendet".[24]) Genauso wird der ökonomische Kampf dieser Propagandastrategie untergeordnet. Nicht auch um die materielle Situation real zu verbessern, sondern

[18]) RK Nr. 7, S. 1 / RK Nr. 14, S. 2.
[19]) RK-Sonder-Nr. 4, S. 16.
[20]) Zit. nach RK-Sonder-Nr. 4, S. 16.
[21]) MEW 18, S. 516 f.
[22]) RK-Sonder-Nr. 4, S. 5.
[23]) RK-Sonder-Nr. 3, S. 9.
[24]) RK-Sonder-Nr. 3, S. 35.

allein im Interesse der Aufklärung werden die materiellen Interessen aufgegriffen. „Die materiellen Interessen der Studenten sind daher *nur* aufzugreifen, um ihnen die Widersprüche des Monopolkapitalismus sinnlich erfahrbar zu machen."[25]) Eine derartige Strategie ist unverantwortlich. In der Konsequenz müßten dann Studenten (oder Arbeiter) um so bewußter werden, je schlechter es ihnen ginge (übrigens auch eine These des KSB, auf die wir aber noch in der KSB-Kritik Teil 3 näher eingehen werden).

Richtig wird das Problem von der DKP gesehen: „Für die Verbesserung der Lage des arbeitenden Volkes *und* die Zurückdrängung der Macht des Großkapitals hat der Kampf um antimonopolistische Reformen große Bedeutung."[26]) Bei der totalen Verabsolutierung des ideologischen, sogar auf Kosten des politischen und ökonomischen Klassenkampfes durch den KSB wird auch verständlich, weshalb sich bei ihm seine Aufklärungsstrategie gleich in einem antikapitalistischen „Studium" verfestigt.

Das ak S kann ebensowenig wie das s St eine Massenlinie sein, auch wenn es immer als das hingestellt wird.[27]) Neben dem offiziellen Studium wird sich nur eine Minderheit der Studenten an dieser Kampffront gegen die bürgerliche Wissenschaft beteiligen. Im Grunde wird das auch vom KSB zugegeben.[28]) Das ak S wird nicht als eine Seite des allseitigen Klassenkampfes an der Hochschule aufgefaßt, sondern völlig mechanisch (sogar zeitlich) dem politischen Kampf vorgeschaltet. Erst sollen die Studenten — und das ist ja nur ein kleiner Teil — marxistisch ausgebildet werden, damit sie dann in den politischen Kampf geschickt werden können: „Damit ist klar, daß das antikapitalistische Studium Vorbereitung ist auf den politischen Kampf und auf die Arbeit in politischen Organisationen."[29])

„Das antikapitalistische Studium schafft diesen Kämpfen die Massenbasis. Aufgabe wird es sein, die Studenten aus den Veranstaltungen in die Kämpfe einzubeziehen."[30]) Aktuelle Kämpfe werden rigoros der Losung „Erkämpft das ak S!" untergeordnet. Die Forderung nach Mitbestimmung z. B. wird explizit auf die Frage der Durchsetzung „antikapitalistischer Lehrinhalte" reduziert.[31]) Es ist selbstverständlich, daß Mitbestimmung kein Selbstzweck ist und der Kampf um Mitbestimmung mit inhaltlichen Forderungen gefüllt sein muß.[32]) Diese inhaltlichen Forderungen können sich aber nicht einseitig auf das „Erkenntnisinteresse" der Studenten beziehen. Mitbestimmung ist notwendig, auch um soziale Verbesserungen, die Verwissenschaftlichung der Studiengänge usw. durchzusetzen. Diese Forderungen können von dem Erkenntnisinteresse der Studenten überhaupt nicht getrennt werden (Weiteres siehe unten!).

Die Unterordnung des ganzen politischen Kampfes unter die Aufklärungsstrategie ist entlarvend. Das bedeutet nämlich, daß der ganze Hochschulkampf auf das reduziert wird, was letztlich beim ak S herauskommt, eine Schulung von Minderheiten. Diese Gruppen sollen dann für den „Parteiaufbau" verwandt werden. Reißt man nämlich den Schleier der demagogisch propagierten „Massenlinie" herunter,

[25]) RK Nr. 6, S. 4.
[26]) Thesen des Düsseldorfer Parteitages der DKP, These 10, S. 17.
[27]) RK-Sonder-Nr. 3, S. 23 ff.
[28]) Rotzlehr-Zeitung Nr. 6, S. 2.
[29]) FS Romanistik-Wahlprogramm S. 4.
[30]) RK-Sonder-Nr. 3, S. 29.
[31]) RK-Sonder-Nr. 3, S. 20.
[32]) Dazu: Für die demokratische Hochschule — Hochschulprogramm der DKP / „Grundsätzliches zur Mitbestimmung"; in: Rote Blätter Nr. 4, S. 27 ff.

so tritt uns die alte Losung „Minderheiten rausbrechen — Mehrheiten neutralisieren!" entgegen. Die ganze Hochschulpolitik wird ausgerichtet auf die Aufbauziele einer Studenten-KP, und das wird auch noch zugegeben: Weil es noch keine „nicht-revisionistische KP" gibt, „sind wir gegenwärtig nicht in der Lage, einem solchen globalen Angriff der Monopolbourgeoisie wie dem Hochschulrahmengesetz auf derselben Ebene ein positives Aktionsprogramm entgegenzusetzen. Unser Aktionsprogramm zum Kampf gegen das HRG hat deshalb notwendigerweise einen wesentlich defensiven Charakter."[33])

Weil es noch keine KP gibt, die den Studenten vom KSB gefällt, soll auch das Bündnis zwischen Studenten und Proletariat noch nicht richtig hergestellt werden, sondern erst auf das Bündnis mit dem Proletariat „vorbereitet werden". „Dieses Bündnis kann feste Strukturen erst mit der Existenz einer nicht-sektiererisch(?) gegründeten KP gewinnen."[34])

Deshalb ist die KSB-Politik nicht nur falsch, sondern auch schädlich. Im Kampf gegen das Hochschulrahmengesetz und Vorschaltgesetz wurden gerade immer die Losungen nach dem ak S in den Mittelpunkt gestellt. Der offensive Kampf dagegen wird abgelehnt, weil die Herren vom KSB noch nicht *„ihre"* KP haben. Kein Wunder, daß sie entsprechenden Beifall von den Rechtsopportunisten des SHB/SF bekommen. Diese Gruppe nahm die Forderung nach dem ak S sehr gern auf. Konnten sie doch auf diese Weise die direkte Konfrontation mit dem Staat und seiner derzeitigen SPD-Regierung umgehen und eine Subsersivstrategie proklamieren, wonach die Formulierungspläne des Großkapitals unterlaufen werden sollen, gerade durch das ak S. Auch heute noch hält der SHB/SF an dieser Parole fest.[35])

Wenn wir also die Losung des ak S ebenso wie die des s St als sektiererisch ablehnen, was ist dann die richtige Losung im ideologischen Kampf an der Hochschule? Notwendig ist in der Tat die Errichtung einer Kampffront gegen die bürgerliche Wissenschaft. Richtig ist auch, daß in diese Kampffront z. B. studentische Tutorials einbezogen werden. Die Kampffront muß aber *umfassender* sein. Sie muß den ideologischen Kampf auf allen Ebenen führen, das heißt, den Marxismus auch in jedes Seminar hineintragen.[36]) Es müssen marxistische Lehrstühle gefordert werden. Und vor allem darf die Forderung nach der Verbreitung des Marxismus nicht auf das Erkenntnisinteresse der Studenten beschränkt bleiben. Denn der Marxismus ist eben nicht eine „pluralistische Bereicherung" des Lehrprogramms und nicht als Gegengewicht gegen die bürgerliche Wissenschaft von Bedeutung, mit dem alleinigen Ziel, zur Auflösung bürgerlicher Herrschaftsideologien im Sinne einer „aufklärerischen" Strategie beizutragen. Seine wesentliche Bedeutung liegt darin, daß er die materiellen und politischen Interessen der Studenten zum Ausdruck bringt, daß nur der Marxismus in der Lage ist, die Verschlechterungen der Lebensbedingungen der Studenten (BAFOG, Krankenversicherung, Wohnen), die Einschränkungen der Qualifikationsmöglichkeiten durch Kurzstudium etc. und den massiven Angriff auf die demokratischen Rechte der Studenten (Einschränkung der Mitbestimmungsrechte, Berufsverbote) auf die wachsenden Widersprüche des staatsmonopolistischen Systems zurückzuführen.

Mit der marxistischen Methode können wir die Berufsperspektive der Studenten

[33]) RK-Sonder-Nr. 4, S. 4.
[34]) RK Nr. 6, S. 4.
[35]) Siehe SF-Antrag zum Aktionsprogramm der KNS, vorgelegt am 16. 5. 72.
[36]) Und sich nicht in Anfängerübungen zurückhalten, wie es die Rotzlehr-Anfängerbroschüre S. 10 empfiehlt.

analysieren, und damit auch ihren objektiven Interessen an einem klaren und illusionslosen Bild gerecht werden. Aus der Analyse der Berufsperspektive der Mehrheit der Studenten als Lohnabhängige heraus entwickelt der MSB SPARTAKUS die richtige politische Strategie.
Marx muß nicht aus pluralistischen Symmetriegründen an die Hochschule geholt werden, – „Marx an die Uni!"[37]) liegt im unmittelbaren politischen und sozialen Interesse der meisten Studenten. Nur der Marxismus ist in der Lage, dem materiellen und politischen Kampf der Studenten eine gewerkschaftliche Orientierung zu geben, die den Studenten die *Gemeinsamkeiten* ihres Kampfes mit dem der Arbeiterklasse vor Augen führt, die weiterhin die führende Rolle der Arbeiterklasse in diesem Kampf betont und – aufbauend auf den Erfahrungen der Arbeiterklasse – die zentralen Aufgaben dieses Kampfes in der gegenwärtigen Epoche als Kampf um Frieden und Demokratie im Bündnis mit allen Werktätigen bestimmt. Nur der Marxismus entlarvt die verschiedenen Rechtfertigungsideologien des Imperialismus.
Die Forderung „Marx an die Uni!" ist eine *Kampfaufgabe,* sie muß gegen die Gewalt und gegen die Verwirrungsversuche der herrschenden Klasse durchgesetzt werden. Entscheidend dabei ist, daß „Marx an die Uni!" eng verknüpft ist mit dem Kampf um die materiellen und demokratischen Interessen der Studenten, mit dem Kampf um das Bündnis von Arbeiterklasse und Intelligenz. Das entschlossene Ringen um die Durchsetzung dieser Forderung wird den demokratischen Massenkampf an der Hochschule bedeutend stärken. Ziel dieses Kampfes muß die Institutionalisierung des Marxismus an den Hochschulen sein. Der Marxismus muß als fester Bestandteil in den Studiengängen verankert werden. (Wir fordern nicht, daß das ganze Studium vom Marxismus durchdrungen ist. Das ist eine Errungenschaft der 2. Hochschulreform in der DDR.) Bei uns wird deshalb die Durchsetzung marxistischer Lehrstühle als eine zentrale Aufgabe der demokratischen Massenbewegung erforderlich.
Einerseits ist die Losung „Marx an die Uni!" eine zentrale Aufgabe des demokratischen Massenkampfes, andererseits erhält dieser durch sie die richtige Perspektive.

Über Sektierertum in der Politik und Idealismus in der Philosophie
Im Klassenkampf an der Hochschule
Über Illusionen

In den Publikationen des KSB spielt die Auseinandersetzung mit den Problemen der „ständigen Interessen" und den Illusionen vieler Studenten über ihre reale Lage und Berufsperspektive eine große Rolle.
Es besteht in der Tat das sehr ernsthafte Problem, daß sich ein großer Teil der Studenten Illusionen macht über ihre tatsächliche Berufs-, Arbeits- und Lebenslage im Spätkapitalismus. Die Intelligenz, eine gesellschaftliche Schicht (nicht Klasse!), hervorgegangen aus der gesellschaftlichen Arbeitsteilung in geistige und körperliche Arbeit, gehörte ja in den vergangenen Zeiten in ihrer Mehrheit den herrschenden Klassen an. Die wachsende Bedeutung von Wissenschaft und Technik für die Produktion und das ganze gesellschaftliche Leben in der heutigen

[37]) Völlig hilflos ist die KSB-Kritik an der MSB SPARTAKUS-Lesung „Marx an die Uni!": Im RK Nr. 14 heißt es auf S. 2: „Die technokratische Reform hätte längst auf sie eingehen müssen." In der Rotzlehr-Zeitung Nr. 4 S. 4 wird die Forderung jedoch als „illusionär" eingeschätzt.

Zeit bringt nun einen Prozeß hervor, der die Verhältnisse verschiebt und die Mehrheit der Intelligenz zu Lohnabhängigen, Ausgebeuteten und den Krisen des Kapitalismus Unterworfenen macht.
Dieser objektive Prozeß spiegelt sich natürlich nicht sofort im Bewußtsein der Betroffenen wider. Im Gegenteil, die Tendenz zur Verproletarisierung großer Teile der Intelligenz führt oftmals zu Wunschdenken, Karriereträumen usw.
Viele Studenten verstehen nicht, daß das Kapital ein **gesellschaftliches** Verhältnis ist, das alle Bereiche der Gesellschaft zunehmend durchdringt und sie dem Gewaltverhältnis der Monopole unterwirft.
Das Problem ist also, w i e wir die Studenten von der Notwendigketi auch ihres Kampfes gegen die Monopole überzeugen und w i e wir sie heranführen an die Arbeiterklasse, die konsequenteste und führende Kraft in diesem Kampf.
Bei dieser Frage können wir uns nun keine Begriffskonfusion leisten. Es gibt z. B. keine „spontanen Interessen"[1]) in der marxistischen Terminologie. Nach KSB-Verständnis hat die lohnabhängige Intelligenz ein „kleinbürgerlich-demokratisches Interesse", das „antikapitalistisch" sein soll, aber nicht unbedingt im progressiven Sinn, sondern auch als „reaktionäres, in die Vergangenheit des kleinen Eigentums" zurückgewandtes Interesse.[2]) Nach der hier zu untersuchenden KSB-Position wird dieses Interesse durch „kommunistische Propaganda ausgerichtet" (!).[3])
Das einzige objektive Merkmal, das in diesen „Analysen" auftaucht, ist die Kategorie „ständisch", alles andere ist variabel oder „zufällig".[4])
Der KSB unterstellt letztlich die Existenz einer Klasse oder Schicht, die erst einmal ihre ständischen Interessen vertritt, deren Beziehungen zu Kapital und Arbeit im übrigen aber objektiv gar nicht festzumachen sind. Da bleibt nur der (bisher unausgesprochene) Schluß, es gäbe einen gesellschaftlichen Freiraum, in dem sich ungerichtete Interessen ausrichten lassen, in dem das Monopolkapital noch nicht das ganze Leben bestimmt hat. Wer mag bei dieser Klassenanalyse nicht vom dritten Weg träumen? Der KSB stößt die Studenten mit seiner „Theorie" geradezu auf die Illusion des dritten Weges zwischen Kapital und Arbeit, zwischen Kapitalismus und Sozialismus.
Mit seinem idealistischen Ansatz, Interesse durch Propaganda ausrichten zu wollen, kommt er der idealistischen Denkweise vieler Studenten geradezu entgegen. Haben sie in ihrer bürgerlichen Erziehung gelernt, daß die Verhältnisse durch die Ideen bestimmt werden, erzählt ihnen der KSB jetzt, daß ihre Interessen davon abhängig seien, welcher Ideologie sie sich anschließen.
Mit der richtigen Ideologie kann man seine eigenen Interessen erkennen und daraus Schlußfolgerungen für die Praxis ziehen. Interessen haben objektiven Charakter und sind zu unterscheiden von ihrer Geltendmachung im Kampf. Dieser Kampf kann spontan sein, was auch einige Probleme aufweist.

Der spontane Kampf

„Überfüllung und miserable Studienbedingungen, Bildungsprivileg und numerus clausus, Schmalspurausbildung und Prüfungsdruck, unzureichende Ausbildungsförderung, die Entwicklung von Kriegsforschung und Vernichtungswissenschaft,

[1]) So KSB-Vertreter auf der 24. o. vds-MV
[2]) RK-Sonder-Nr. 3 S. 8
[3]) RK-Sonder-Nr. 4 S. 5
[4]) RK Nr. 6 S. 3

reaktionäre Lehrinhalte und die Degradierung zur Untertanenfabrik, so ist die Lage an unseren Hoch- und Fachhochschulen." (Grundsatzerklärung des MSB SPARTAKUS)
Diese **Mißstände** als Ausdruck und Erscheinungsform der sich verschärfenden Widersprüche, in die sich das staatsmonopolistische System immer tiefer verstrickt, sind die Triebkraft des studentischen Massenkampfes. Die **Empörung** über den Leistungsdruck und die autoritären Strukturen an der Hochschule, die Konfrontation des eingepaukten Ideals vom „freien Westen" mit der **imperialistischen Realität,** führte zum ersten spontanen Aufbrechen der Studentenbewegung, die in Ansätzen durchaus die Situation der Hochschule als Ausdruck gesamtgesellschaftlicher Machtkonstellationen begriff.
Die relative **Unterinvestition im Bildungsbereich** ist charakteristisch für die spätkapitalistische Gesellschaft, in der aufgrund des Profitmechanismus — entgegen den objektiven Erfordernissen des wissenschaftlich-technischen Fortschritts nach qualifizierten Arbeitskräften — das Monopol als Gewaltverhältnis in der Weise wirksam wird, daß die Folgen der wissenschaftlich-technischen Revolution auf dem Rücken der Auszubildenden und der Arbeiterklasse ausgetragen werden, d. h., daß die notwendigen Investitionen — soweit möglich — aus dem Steueraufkommen der arbeitenden Bevölkerung getätigt und Ausbildungsziele verfolgt werden, die den kurzfristigen Verwertungsinteressen des Kapitals entsprechen und eben nicht die Interessen der Studenten nach einer breiten Grundlagenqualifikation erfüllt, einer Qualifikation, die sie in die Lage versetzte, den wissenschaftlich-technischen Fortschritt aktiv zu gestalten.
Die Ausbildungsorganisation ist gekennzeichnet durch autoritäre Strukturen, die notwendiger Bestandteil des Systems sind, das auf der Herrschaftsausübung einer kleinen Produktionsmittel besitzenden Minderheit über die Masse der lohnabhängig Arbeitenden beruht. Der Ausbau des autoritären Herrschaftsapparates, antikommunistische Ideologie und politische Repressionen werden um so erforderlicher, als die den Interessen der Masse der Bevölkerung entsprechende Gesellschaftsformation und deren Ideologie an Attraktivität und Einfluß gewinnt, was durch die wachsende Stärke der sozialistischen Staatengemeinschaft und durch das wachsende klassenkämpferische Bewußtsein der Arbeiterklasse geschieht.
Die ersten spontanen Kampfesäußerungen der Studenten als in ihrer Mehrheit perspektivisch Lohnabhängige trugen und tragen somit **objektiv antimonopolistischen Charakter, auch wenn sie als spontane Kämpfe den Schleier bürgerlicher Ideologie noch nicht durchbrechen.**
Völlig unsinnig ist es demgegenüber, den spontanen Kampf der Studenten gegen numerus clausus und Studienzeitverkürzungen als „kleinbürgerlich-bornierte Form studentischer Interessen" zu bezeichnen und dann noch zu behaupten, diese Interessen seien „objektiv reaktionär gegenüber der Entwicklung der Produktivkräfte, da sie sich gegen deren vergesellschaftende Tendenz grundsätzlich sperren".[5]) Die Vergesellschaftung kann doch nicht als klassenneutraler Prozeß begriffen werden. Die kapitalistische Vergesellschaftung ist in der monopolistischen Phase nicht fortschrittlich, sondern ausgesprochen reaktionär. Die Fusion von Konzernen, die internationalen Zusammenschlüsse (EWG) richten sich gegen die Arbeiter. Die immer stärkere „Vergesellschaftung" der Hochschulen bedeutet doch die Unterordnung des ganzen Wissenschaftsbetriebes unter das Profitprinzip.

[5]) RK Nr. 1 2 S. 3

Deshalb ist das spontane Aufbegehren der Studenten gegen die kapitalistische Formierung, den Abbau demokratischer Rechte, die Einschränkung des Studiums, reaktionäre Lehrinhalte, gegen Kürzungen im Bildungsetat etc. nicht reaktionär, sondern berechtigt, im Kern fortschrittlich.
Auch wenn die Studenten im spontanen Kampf noch keine oder keine vollständige Klarheit über den wirklichen Gegner besitzen, richtet sich ihr Kampf doch gegen **Erscheinungsformen des imperialistischen Systems.** Insofern ist die Spontaneität die Keimform des bewußten antimonopolistischen Kampfes. Also müssen Sozialisten an diese spontanen Bewegungen der Studenten anknüpfen. Alles andere wäre Voluntarismus. Man kann nicht, wie eifrig es einige Ultralinke auch zu tun gedenken, eine lupenreine revolutionäre Bewegung einfach in die Welt setzen. Doch es war von jeher ein Kennzeichen der Anhänger der revolutionären Phrase, unfähig zu sein, an die **bestehende** Bewegung der Arbeiter, der vom Monopolkapital Ausgebeuteten anzuknüpfen. Demgegenüber betont der Marxismus: „Sie (die Kommunisten) stellen keine besonderen Prinzipien auf, wonach sie die proletarische Bewegung modeln wollen. Die Kommunisten unterscheiden sich von den übrigen proletarischen Parteien nur dadurch, daß sie einerseits in den verschiedenen nationalen Kämpfen die gemeinsamen, von der Nationalität unabhängigen Interessen des gesamten Proletariats hervorheben . . . andererseits dadurch, daß sie in den verschiedenen Entwicklungsstufen, welche der Kampf zwischen Proletariat und Bourgeoisie durchläuft, stets das Interesse der Gesamtbewegung vertreten." (Marx/Engels, Kommunistisches Manifest)[5a])

Das hochschulpolitische Programm

Wie aber führen wir die Studenten (bzw. die Intelligenz) an den gemeinsamen Kampf mit der Arbeiterklasse heran?
Hier hilft kein Proletkult, sondern allein eine marxistische, d. h. durch die Wissenschaft der Arbeiterklasse begründete Strategie. Ausfluß dieser Strategie muß ein Konzept politischer Forderungen sein, das die gemeinsamen Interessen von Proletariat und Intelligenz hervorhebt und das die Bewegung vorantreibende Aufgaben und Ziele setzt. Ein Konzept, das abgeleitet ist vom sozialistischen Ziel und angewandt wird auf die heute in der BRD vorhandenen politischen Bedingungen, mit anderen Worten: ein hochschulpolitisches Programm.
Dieses Programm, will es ein Hochschulprogramm sein, muß natürlich auch die Besonderheiten der Stellung der Intelligenz im Spätkapitalismus berücksichtigen. Der Begriff des Bündnisses präzisiert, daß eine totale Interessenidentität nicht besteht, sonst wäre ja die Intelligenz vollständig Teil der Arbeiterklasse. Der Hauptunterschied ist das durch die kapitalistische Arbeitsteilung hervorgebrachte Privileg der vorwiegend geistigen Arbeit der Intelligenz. Der Kapitalismus wird auf Grund seiner immanenten Schranken immer nur eine Annäherung aber nie eine Identität von geistiger und manueller Arbeit kennen. „Das Argument der Annäherung spricht nicht für, sondern gegen eine Zugehörigkeit der Intelligenz zur Arbeiterklasse." (Strawe)
Auf Grund unserer Klassenanalyse der Intelligenz in der wissenschaftlich-technischen Revolution unter den Bedingungen des staatsmonopolistischen Kapitalismus

[5a]) „Bemerkungen zum Verhältnis von revolutionärem Kampf und gewerkschaftlicher Orientierung" in: Rote Blätter Nr. 5 S. 8 ff.

können wir ein mit der Arbeiterklasse **gemeinsames Grundinteresse** der Mehrheit der Intelligenz **gegen die Herrschaft der Monopole** analysieren. (s. o.)
Die Studenten, die nun ihre tatsächliche Lage in diesem System nicht wahrhaben wollen, die also in Elitetheorien und Aufstiegsillusionen verhaftet sind, kämpfen kollektiv nicht für ihre eigenen Interessen, weil sie sich ja als einzelner eine Perspektive in diesem System erhoffen. Folglich muß der Kampf der Studenten um ihre eigenen Interessen, sobald der kollektiv geführt wird, in die Konfrontation mit dem Staat der Monopole geraten, was der erste Schritt ist zum Bündnis mit der Arbeiterklasse. Die Erkenntnis der **eigenen** Interessen und der organisierte Kampf um ihre Durchsetzung ist also keine hinreichende, aber doch eine notwendige Voraussetzung für die Studenten, im Proletariat ihren Bündnispartner zu erkennen.
Verzichtet man nach KSB-Art auf diesen Kampf und lehnt ihn als „ständisch-borniert" ab, kann der Übergang der Intellektuellen auf Positionen der Arbeiterklasse immer nur ein individueller Vorgang sein, also „Klassenverrat".
Wir sagen dagegen, daß die Besonderheiten der Intelligenz z. B. akademische Allüren und ausgeprägter Individualismus nicht als Vorbedingung sondern im gemeinsamen Kampf selbst aufgegeben werden, daß also das Bündnis des Proletariats trotz einiger objektiven Schwierigkeiten heute mit der Mehrheit der Intelligenz **als Schicht** möglich und notwendig ist.
Die Ignoranz des KSB gegenüber dieser Frage erklärt, wieso er über kein vollständiges hochschulpolitisches Programm verfügt. Ein solches Programm hat der KSB nicht.
In den KSB-Organen finden wir allerdings einzelne Bruchstücke eines hochschulpolitischen Programms. Davon wollen wir folgendes Beispiel untersuchen, das eine Tendenz erkennen läßt, die wohl auch für andere hochschulpolitischen Forderungen charakteristisch ist: „Gegen die Reduzierung der Studienzeiten und Studieninhalte im Kapitalinteresse" – „Gegen den numerus clausus als Steuerungsinstrument im Kapitalinteresse".[6])
Welche Funktion hat das der eigentlichen Forderung angehängte „im Kapitalinteresse"? Wenn dies erläuternd gemeint ist, ist gegen die Forderung nichts einzuwenden. In der BRD ist in der Tat der numerus clausus ein Steuerungsinstrument der staatsmonopolistischen Hochschulformierung. Wenn das „im Kapitalinteresse" in der Forderung aber einschränkend gemeint ist – und das ist ganz offensichtlich der Fall –, dann müßte es ja auch einen im Arbeiterinteresse geben.
Wenn das auf die nicht unbeschränkte Aufnahme für Hochschulen in sozialistischen Ländern anspielen soll, wäre der KSB wieder einmal auf die bürgerliche Diffamierung des Sozialismus hereingefallen. In den sozialistischen Ländern gibt es nämlich keinen numerus clausus, der mit „unserem" auch nur annähernd vergleichbar wäre. Es gibt (in den sozialistischen Ländern) im Grunde keinen numerus clausus. Die Anzahl der an den Hochschulen aufgenommenen Studenten richtet sich nach dem im Interesse des ganzen Volkes geplanten gesellschaftlichen Bedarf. Dieser gesellschaftliche Bedarf ist aber qualitativ verschieden von dem, der sich in der kapitalistischen Anarchie herausbildet. Der Bedarf an Wissenschaftlern und wissenschaftlich Ausgebildeten im Sozialismus ist erst einmal quantitativ höher, zum anderen aber auch ist die Qualifikation des einzelnen höher.

[6]) RK Nr. 25 S. 2

Das ist alles nur möglich, weil die Entwicklung im Sozialismus durch keine kapitalistischen Fesseln, durch keine Profitinteressen mehr gehemmt ist. Den Studenten also einen unterstellten numerus clausus im Arbeiterinteresse anzubieten, wird sie kaum dazu bewegen, in das Bündnis mit dem Proletariat zu treten.

Die Arbeiterklasse hemmt nämlich nicht, sondern fördert die Wissenschaft, wenn sie die Macht erobert hat.

Exkurs: über Wissenschaft

Sie hat nämlich ein sehr umfassendes Interesse an der Entwicklung der Wissenschaft – auch schon im Kapitalismus. Die Frage z. B., ob die Wissenschaft für Kriegs- oder Friedenszwecke eingesetzt wird, ist heute eine Existenzfrage für unser ganzes Volk.

Dies meint vielleicht der KSB, wenn er sagt: „Wissenschaft ist ein Instrument, das in den Händen unterschiedlicher Klassen unterschiedlichen Interessen dient, keineswegs jedoch aus sich heraus fortschrittlich oder reaktionär."[7]) Aber mit dieser Aussage wird man der Bedeutung der Wissenschaft im Kampf der Arbeiterklasse wohl kaum gerecht. Die Schlußfolgerung aus dieser Aussage kann nur sein, daß unter kapitalistischen Bedingungen die Wissenschaft keine Rolle spielt für die Strategie der Arbeiterbewegung, weil ja die Monopole über die Wissenschaft verfügen.

Hier wird deutlich, wie unverantwortlich ein derart undifferenzierter Standpunkt ist. Abgesehen davon, daß auch der wissenschaftliche Sozialismus Teil der Wissenschaft ist, wird hier die revolutionäre Rolle der Produktivkräfte völlig unterschlagen. Die Produktivkräfte sind das bestimmende und revolutionäre Element der Produktionweise. Wachstum und Entwicklung der Produktivkräfte bestimmen die Arbeitsproduktivität und sind letztlich die Quelle und das Kriterium des gesellschaftlichen Fortschritts. Ihre Entwicklung bedingt die ständige Veränderung der Produktionsverhältnisse, die andererseits auf die Produktivkräfte fördernd oder hemmend einwirken können.[8])

Die Wissenschaft wird heute immer mehr zur unmittelbaren Produktivkraft. Diese Entwicklung hat bereits Karl Marx vorausgesehen: „Die Entwicklung des capital fixe zeigt an, bis zu welchem Grad das allgemeine gesellschaftliche Wissen, knowledge, zur unmittelbaren Produktivkraft geworden ist..."[9]) Gleichzeitig hat Marx aber auch die Widersprüche und Grenzen aufgezeigt, unter denen sich die Wissenschaft im Kapitalismus bewegt. „Das Kapital arbeitet so an seiner eigenen Auflösung als die Produktion beherrschende Form", faßt Marx seine Abhandlung über den tendenziellen Fall der Profitrate und die besondere Rolle der Wissenschaft zusammen.[10])

Wird hier die revolutionäre Rolle der Wissenschaft hervorgehoben, deutet Marx auch gleichzeitig an, unter welchen Produktionsverhältnissen die Entwicklung der Wissenschaft für die Menschheit erst richtig zum Tragen kommt: „Sobald die Arbeit in unmittelbarer Form aufgehört hat, die große Quelle des Reichtums zu

[7]) RK-Sonder-Nr. 4 S. 21
[8]) Klaus/Buhr: Philosophisches Wörterbuch Bd. II, Leipzig 1969, S. 880
[9]) Karl Marx, Grundrisse der Kritik der politischen Ökonomie, S. 594
[10]) Grundrisse, S. 588

sein, hört und muß aufhören die Arbeitszeit sein Maß zu sein und daher der Tauschwert das Maß des Gebrauchswerts!“[11])
In der Sowjetunion kann Leonid Breshnew deshalb heute sagen: „Der Fortschritt von Wissenschaft und Technik ist der Haupthebel für die Schaffung der materiell-technischen Basis des Kommunismus.“[12])
Also kann die Wissenschaft nicht als ein neutrales Instrument beschrieben werden. Sie ist ein revolutionärer Faktor der Geschichte, in der wissenschaftlich-technischen Revolution wird sie zur unmittelbaren Produktivkraft. Daher hat auch die Klasse, die die Menschheit von der Ausbeutung befreit, von Anfang an ein unmittelbares und sehr umfassendes Interesse an der Entwicklung dieses Potentials. Wie und für welche Zwecke, d. h. in wessen Interesse die Wissenschaft entwickelt und eingesetzt wird, ist schon heute eine Existenzfrage für die Arbeiterklasse und das ganze Volk.
Diesen Gedanken, das umfassende Interesse der Arbeiterklasse an der Entwicklung der Wissenschaft, gilt es, allen Studenten immer wieder deutlich zu machen. Deshalb ist es auch immer fortschrittlich, Forderungen zu erheben, die die weitere Entwicklung und Entfaltung der Produktivkräfte zum Ziel haben: Mehr Bildung! Bildung statt Bomben! Weg mit dem numerus clausus! Mitbestimmung in allen gesellschaftlichen Bereichen! (D. h. mehr Einflußnahme der Produktivkraft Mensch auf alle Entscheidungen in Produktion und Reproduktion.)
Wie sehr der KSB darauf fixiert ist, ja nicht gegen den numerus clausus (ohne den irreführenden Zusatz) aufzutreten, zeigt seine Stellungnahme im Roten Kurs Nr. 8, wo er der in der Studentenschaft erhobenen Forderung nach Abschaffung des numerus clausus (n c) die Forderung an die Professoren nach Vorrang der Lehre gegenüber der Forschung entgegensetzte.[13]) Ja, erst Forschung und Lehre trennen (wie Leussink immer schon gefordert hatte) und dann noch die eine Seite der Produktivkraft Wissenschaft gegen die andere ausspielen, eine wahrhaft „proletarische Forderung“.

„Aufklärung“

Die Hauptparole des KSB „Für eine Wissenschaft im Dienst der werktätigen Bevölkerung“ wird ausdrücklich als „Leitlinie“ verstanden, deren Ziel erst im Sozialismus zu verwirklichen ist.[14])
Richtig. Endgültig wird dieses Ziel erst unter sozialistischen Bedingungen zu erreichen sein. Die Frage ist aber — und das wäre die Frage an ein Programm —, welcher Kampf sich an dieser Leitlinie orientiert, welche **Kampfschritte** den Boden bereiten für die sozialistische Umwälzung. Darauf kann der KSB keine Antwort geben. Was er lediglich vorzuweisen hat, ist die alte, schon oben kritisierte Aufklärungsstrategie, in die sogar richtige Forderungen wie „Kontrolle der Drittfinanzierung“ und „Offenlegung der Finanzen“ eingehen, jedoch nur, um die **Aufklärung** mit diesen Parolen „positiv zu wenden“.[15])
Was immer wieder übrig bleibt, ist die schon mehrfach entdeckte Aufklärungsstrategie. Zu ihrer Begründung wird ständig völlig objektivistisch betont, daß wir

[11]) Grundrisse, S. 593
[12]) XXIV. Parteitag der KPdSU: Hauptreferat L. I. Breshnew, Moskau 1971, S. 106
[13]) RK Nr. 8 S. 1 / RM Nr. 2
[14]) RK-Sonder-Nr. 4, S. 8
[15]) RK-Sonder-Nr. 3, S. 35

doch Kapitalismus haben, daß doch die Bourgeoisie die Macht habe und man sich deswegen keine Illusionen mache.[16])
Mit diesem Herangehen an die Frage, daß jede Möglichkeit, etwas zu verändern (auch schon unter kapitalistischen Bedingungen), diffamiert, stellt sich der KSB kommentierend in den Schmollwinkel der Geschichte. Fleißig teilt er Zensuren aus und „entlarvt“ diese und jene „bürgerliche Linie“. Eine bequeme Alternative für Studenten, die ihren bürgerlichen Skeptizismus noch nicht überwunden haben und sich jetzt umgeben dürfen mit dem momentan modern gewordenen Image des „Kommunisten“. In diesem Rahmen ist auch die Art und Weise zu verstehen, mit der der KSB die Klassiker liest bzw. nicht liest. In jedem Fall sei ihnen folgende Fundstelle empfohlen: „. . ., stattdessen setzt man uns die allgemeine Beschreibung eines Prozesses vor, in dem über die konkreten Aufgaben unserer Tätigkeit nichts gesagt wird. Die Art, wie die Neuiskristen ihre Gedanken darlegen, erinnert an den Ausspruch von Marx (in seinen berühmten Thesen über Feuerbach) über den alten Materialismus, dem die Idee der Dialektik fremd war. Die Philosophen haben die Welt nur verschieden interpretiert, sagte Marx, es kommt darauf an, sie zu verändern. So können auch die Neuiskristen den Prozeß des sich vor ihren Augen abspielenden Kampfes leidlich beschreiben und erklären, sie sind jedoch völlig außerstande, für diesen Kampf die richtige Losung zu geben.“[17])

Gewerkschaftliche Orientierung

Auf der Grundlage des Konzepts der „gewerkschaftlichen Orientierung“ haben MSB SPARTAKUS und SHB auf der letzten vds-MV ein hochschulpolitisches Programm vorgelegt, das von der Mehrheit des Asten angenommen wurde. Was bedeutet gewerkschaftliche Orientierung?
Die Studenten führen den Kampf um bessere Verkaufsbedingungen der Ware Arbeitskraft zum einen „gegen materielle Verschlechterung“, um Bedingungen, die ihnen ein gesichertes Studium gewährleisten wie Ausbildungsförderung, Wohnraum, Lehrpersonal, Seminar- und Laborräume und gegen die „wachsende Unsicherheit der Berufsperspektive“ um eine qualifizierte Ausbildung, die sie in die Lage versetzt, den wissenschaftlich-technischen Fortschritt aktiv mitzugestalten.
Die Studenten in diesem **Kampf um ihre unmittelbaren materiellen Interessen** zu führen, bedeutet bereits einen großen Schritt vorwärts in der „Überwindung des bornierten bürgerlichen Akademismus“ (Grundsatzerklärung des MSB SPARTAKUS); denn die soziale Herkunft eines großen Teils der Studenten, ihre Ideologie vom sozialen Aufstieg, der sie im Beruf für den ihnen in der Ausbildung auferlegten Konsumverzicht entschädigen soll, ist eine wesentliche Ursache, die die Studenten daran hindert, für ihre unmittelbaren Interessen einzutreten. Und in diesen Auseinandersetzungen gilt es, die Studenten aufzuklären über die Ursache ihrer sozialen Unsicherheit und über die Möglichkeiten ihrer Beseitigung, d. h., es gilt, ihre Aufstiegsideologie zu zerstören und ein ihrer perspektivischen sozialökonomischen Lage adäquates Bewußtsein zu entwickeln. Der Kampf der Studenten als in ihrer Mehrheit perspektivisch lohnabhängig Arbeitende um eine **qualifizierte Berufsausbildung** ist noch materieller, aber durchaus kein ständischer Kampf; denn „wie die Studenten für mehr Chancengleichheit durch Verbesserung der Ausbildungsförderung und für eine inhaltliche Reform der Ausbildung, die

[16]) RK-Sonder-Nr. 4, S. 9
[17]) Lenin, Zwei Taktiken der Sozialdemokratie in der demokratischen Revolution, S. 51

bessere Voraussetzungen für die Sicherung der Arbeitsplätze schafft, die dem gesellschaftlichen Fortschritt dient, eintreten, so kämpfen auch die Lehrlinge und jungen Arbeiter in den Betrieben für materielle Verbesserung und für ein Ausbildungssystem, das ihnen eine höhere Qualifikation ermöglicht". (Hauptresolution des vds)

Dabei werden sie mit dem Monopolkapital und seinem Staat konfrontiert, der aus seinen eigenen Gesetzmäßigkeiten heraus nicht für eine qualifizierte Ausbildung sorgen kann.

Diese Konfrontation unter dem staatsmonopolistischen Kapitalismus ist notwendig eine ökonomische und politische zugleich. Die immer engere Verschmelzung dieser beiden Momente der Klassenkonfrontation erfaßt nicht nur den Produktionsprozeß, sondern alle gesellschaftlichen Bereiche, auch die Hochschule.

Soziale Verschlechterung durch BAFOG und Abbau demokratischer Rechte durch HRG und Berufsverbot bedingen einander, wie wir an der Anti-Streik-Klausel im BAFOG und an den drohenden Kurzstudiengängen sehen. Folglich muß der Kampf der Studenten dieser engen Verflechtung von materieller Verschlechterung und politischer Entrechtung durch einen **einheitlichen Kampf** Rechnung tragen.

Die gewerkschaftliche Orientierung unseres Kampfes bedeutet nun, den Studenten bereits an der Hochschule die Möglichkeit und Notwendigkeit des gemeinsamen Handelns mit der Arbeiterklasse aktuell – wie perspektivisch als Lohnabhängige im Beruf – durch diesen oben beschriebenen Kampf aufzuzeigen.

Deshalb heißt gewerkschaftliche Orientierung konkret: Orientierung auf eine möglichst enge Zusammenarbeit studentischer Organe mit den Gewerkschaften und Orientierung auf die klassenbewußte Mitarbeit in den DGB-Gewerkschaften im späteren Beruf, unter anderem durch Herstellung eines gewerkschaftlichen Bewußtseins im Sinne eines organisierten und solidarischen Vorgehens. Zum anderen bedeutet sie aber auch, auf der Grundlage einer studentischen, möglichst allgemeinen Organisation dieses Bündnis möglich werden zu lassen.

Bei der Konzentration des Gegners ist die Erfassung und Organisierung der Masse der Studenten, ihre kontinuierliche Einbeziehung in die politische Praxis absolut notwendig. Diese Organisationen müssen a) einen quasi-gewerkschaftlichen Charakter, b) einen möglichst allgemeinen und umfassenden Charakter haben. Nun finden wir bereits eine gewisse Organisationsstruktur vor: die verfaßte Studentenschaft, d. h. zunächst die Asten. Ursprünglich von den Herrschenden als demokratische Spielwiese und als antikommunistisches Indoktrinationsinstrument den Studenten zugedacht, konnten die Asten und die Fachschaften in den letzten Jahren zu Instrumenten der demokratischen Studentenbewegung entwickelt werden. Deshalb auch die Versuche der herrschenden Klasse, die Organe der verfaßten Studentenschaft zu zerschlagen. Dagegen hilft jedoch kein opportunistisches Preisgeben bereits errungener Positionen. „Wir führen den Abwehrkampf gegen die Liquidierungsversuche der Organe der verfaßten Studentenschaft offensiv, indem wir sie einsetzen als Organe des demokratischen Massenkampfes an der Hochschule." (1. Bundeskongreß des MSB SPARTAKUS)

Dieser gewerkschaftlich orientierte Kampf ist Bestandteil des allgeminen Kampfes des MSB SPARTAKUS für Frieden, Demokratie und Sozialismus. Genauso wie mit der weiter oben entwickelten Losung „Marx an die Uni!" hat der MSB SPARTAKUS hier ein Konzept des demokratisch-antimonopolistischen Massenkampfes an der Hochschule entwickelt, das dem revolutionären Anspruch unserer sozialistischen Zielsetzung hier und heute gerecht wird.

Rezensionen

M. Greiffenhagen, R. Kühnl, J. B. Müller: Totalitarismus. Zur Problematik eines politischen Begriffs. München 1972. (List Taschenbücher der Wissenschaft).

Die Totalitarismus-Doktrin bildet seit Jahrzehnten „die antikommunistische Leitidee der in Westdeutschland dominierenden Gesellschaftslehren und Geschichtsauffassungen"[1]). Bürgerliche Wissenschaftler und Politiker benutzen sie in verschiedensten Versionen, deren gemeinsamer Nenner stets die These ist ‚daß Faschismus und Kommunismus-Sozialismus wesensgleich seien. Einer der bundesrepublikanischen Hauptvertreter der Doktrin, C. J. Friedrich, nennt sechs Kriterien, die auf totalitäre Systeme zutreffen müssen: Vorhandensein einer Ideologie, Einparteiensystem, terroristische Geheimpolizei, Nachrichtenmonopol, Waffenmonopol und zentralgelenkte Wirtschaft.[2])

Wie weitgehend sich diese Doktrin in der herrschenden Ideologie durchgesetzt hat, beweist die Tatsache, daß 1962 die Ständige Konferenz der Kultusminister „Richtlinien für die Behandlung des Totalitarismus im Unterricht" beschloß. Darin heißt es: „Die Auseinandersetzung mit dem Totalitarismus gehört zu den wesentlichen Aufgaben der politischen Bildung unserer Jugend. Die Lehrer aller Schularten sind daher verpflichtet, die Schüler mit den Merkmalen des Totalitarismus und den Hauptzügen des Bolschewismus und des Nationalsozialismus als den wichtigsten totalitären Systemen des 20. Jahrhunderts vertraut zu machen."[3])

Es ist offensichtlich, wie wichtig eine Auseinandersetzung mit der pseudo-wissenschaftlichen Totalitarismus-Doktrin vom Standpunkt marxistischer Gesellschaftswissenschaft ist. Der vorliegende Band liefert zumindest in drei seiner vier Beiträge dazu einige Gesichtspunkte.

Reinhard Kühnl entwickelt im ersten Abschnitt Gedanken „zur politischen Funktion der Totalitarismustheorie in der BRD"[4]). Er beschreibt, wie den durch ihre Kooperation mit dem Faschismus diskreditierten Sozialgruppen (Großindustriellen, Wissenschaftlern u. a.) diese Theorie sehr gelegen kam, um nach der Niederlage des Faschismus den Kommunismus als Weltfeind darzustellen: indem der Kampf aller „freien" Nationen nun gegen das andere totalitäre System gerichtet wurde, konnte von der eigenen Mitschuld am Faschismus abgelenkt werden. Die Totalitarismustheorie wurde dann im Kalten Krieg zum ideologischen Deckmantel der imperialistischen roll-back-Strategie gegenüber der sozialistischen Staatengemeinschaft. Noch 1966 schrieb Franz-Josef Strauß: „Die freie Welt braucht die Mitarbeit Deutschlands zu ihrem eigenen Schutz, zur Verteidigung ihrer Freiheit gegen die totalitäre Bedrohung aus dem Osten."[5])

Der zweite Beitrag des Buches, verfaßt von Martin Greiffenhagen, untersucht den „Totalitarismusbegriff in der Regimenlehre". Er fällt im Grunde aus dem Rahmen des Buches heraus, denn er besteht aus einer immanent-bürgerlichen Kritik des Begriffes: „Wir ... meinen, daß der Totalitarismusbegriff ... in einer modernen Regimenlehre Verwendung finden könnte." (S. 26). Der Aufsatz verdient vor allem Interesse, weil er zeigt, zu welch abstrusen „Theorie"bildungen bürgerliche „Wissenschaft" fähig ist. Da versuchen „Wissenschaftler" den Totalitarismus zu erklären als Erbe des Machiavellismus, als „Politik unter dem Angesicht des Todes", als metaphysische „Schlaflosigkeit des Lebenszustandes" in einer gesellschaftlich geistigen Krise.[6]) Andere versuchen, den Totalitarismus mit religiösen Erscheinungen wie der Gnosis zu erklären.[7]) Oh Heiliger Vater in Rom!

Der dritte Beitrag ist wieder wichtiger. Johann Baptist Müller stellt darin einen sozioökonomischen Vergleich zwischen Nationalismus und Kommunismus an. Er kommt zu dem nicht überraschenden Ergebnis, daß von einer Wesensgleichheit leider nicht die Rede sein kann: „Der Kommunismus hat sowohl die ökonomische als auch die politische Ordnung radikal verändert. Der Nationalsozialismus ließ hingegen die bürger-

[1]) Gerhard Lozek: Die antikommunistische ‚Totalitarismus'-Doktrin. In: Kritik der bürgerlichen Geschichtsschreibung. Handbuch. Köln 1971. S. 39.
[2]) C. J. Friedrich: Totalitäre Diktatur. Stuttgart 1957. Hier nach Greiffenhagen. S. 37f.
[3]) Zitiert nach S. 122.
[4]) Zur Geschichte der Doktrin vor 1945 und in den USA vgl. Lozek, a.a.O.
[5]) F. J. Strauß: Entwurf für Europa. Stuttgart 1966. Zitiert nach: Lozek, a.a.O., S. 40.
[6]) Erwin Faul: Der moderne Machiavellismus. Köln, Berlin 1961. Vgl. Greiffenhagen S. 31 ff.
[7]) Vgl. Greiffenhagen S. 30 f.

lichen Produktions- und Besitzverhältnisse relativ unangetastet und ersetzte lediglich die politischen Institutionen des bürgerlichen Staates durch seinen Führerstaat." (S. 83). Müller mißt dann beide Systeme an den fortschrittlichen Zielen der bürgerlichen Aufklärung. Individualismus, Hedonismus und Rationalismus sind nach seiner Auffassung in der marxistischen Gesellschaftslehre in einer höheren Form aufgegangen. Der Nationalsozialismus dagegen erweist sich als Gegner aller drei Prinzipien.
Im vierten und abschließenden Beitrag des Buches untersucht Reinhard Kühnl „linke" Totalitarismusversionen. Im Mittelpunkt stehen die Arbeiten Herbert Marcuses. Marcuse vertritt, etwa in seinem Buch „Der eindimensionale Mensch", die Ansicht, östliche und westliche „Industriegesellschaften" würden sich durch ähnliche Tendenzen zum Totalitarismus auszeichnen. Kühnl kritisiert einige Grundvoraussetzungen des Marcuseschen Ansatzes und damit der sogenannten „Kritischen Theorie" überhaupt. Seine Schlußfolgerung: Undifferenzierte Gesellschaftsbilder wie die Totalitarismustheorie durch „realistische, konkrete Ansatzpunkte für eine politische Praxis im Bestehenden aufweisende Analysen zu ersetzen, ist eine zentrale Aufgabe kritisch-dialektischer Sozialwissenschaft." (S. 119). Dem ist nichts hinzuzufügen. Uwe Naumann

Die Außenpolitik der VR China. Über das Wesen des außenpolitischen Kurses der gegenwärtigen chinesischen Führung. Dietz-Verlag, Berlin 1971, DM 2,80.

Diese Publikation des Fernost-Instituts der Akademie der Wissenschaften der UdSSR befaßt sich auf 200 Seiten mit den objektiven und subjektiven Bedingungen, die der gegenwärtigen chinesischen Führung ihren antisozialistischen Kurs ermöglicht haben.

Zu Beginn geben die Verfasser einen historischen Überblick über die Herausbildung des chauvinistischen Großmachtkurses Mao Tse-tungs. Schon vor 1930 versuchten Ultralinke in der KP Chinas die These durchzusetzen, wonach sich das Zentrum der revolutionären Weltbewegung nach China verlegt habe. Antisowjetischen Inhalt hatten die Ausfälle Mao Tse-tungs in den Jahren 1938 und 1942 gegen die „ausländischen Schablonen". Und 1945 wurde in der KP Chinas im Zusammenhang mit der Unterzeichnung des sowjetisch-chinesischen Vertrages vom 14. 8. 45 eine antisowjetische Kampagne entfesselt. Die antisowjetischen Bestrebungen wurden jedoch nach außen solange geheim gehalten, als für eine bestimmte Zeit nach dem Sieg der Volksrevolution auch die extremen Nationalisten Hilfe von außen entgegennehmen mußten und daher ein freundschaftliches Verhältnis zum sozialistischen Lager vorspiegeln mußten. Bereits 1949 stellte Mao Tse-tung ihrem Umfang nach völlig unreale Forderungen nach Hilfe für China; dadurch sollte die internationale Politik der Sowjetunion entwertet werden, die die maßlosen Forderungen natürlich nicht erfüllen konnte. Damit wollten die Maoisten bereits damals den Weg ebnen, China aus der Solidarität des sozialistischen Lagers herauszulösen.
Um die ökonomische Rückständigkeit zu überwinden, die ihren expansiven Plänen entgegenstand, proklamierten die Maoisten 1958 entgegen den Erfahrungen insbesondere der Sowjetunion die Politik des „großen Sprungs". Der Voluntarismus in der Ökonomie mußte zwangsläufig mit einer Bauchlandung enden. Die negativen Folgen der Politik des „großen Sprungs" wurden in einer breit angelegten Kampagne 1960 jedoch der UdSSR angelastet. Zugleich wurden die Arbeitsbedingungen der sowjetischen Spezialisten unerträglich erschwert, so daß diese schließlich von der Sowjetregierung abberufen werden mußten. Die „Kulturrevolution" sollte die inneren und äußeren Schwierigkeiten, in die die Maoisten geraten waren, lösen helfen. Vor allem gelang der Mao-Tse-tung-Gruppe damit eine relative Stabilisierung ihrer Position.
Kleinbürgerlicher Nationalismus zeigt sich in den Gebietsansprüchen gegenüber der Sowjetunion und dem Annexionsanspruch auf die Mongolische VR. Dabei hat das mongolische Volk, 1691 von den mandschurischen Khans versklavt, 1921 die nationale Unabhängigkeit wiedergewonnen und den nichtkapitalistischen Entwicklungsweg zum Sozialismus eingeschlagen. Die maoistischen Führer stellen sich hier eindeutig in die Unterdrückertradition des chinesischen Kaiserreichs und befinden sich fernab von internationalistischen Positionen.
Das Buch ist durch Aufführung zahlreicher Tatsachen fundiert. So wird in einer Reihe von Fällen dargestellt, wie die Pekinger Führung versucht, auf andere sozialistische Kräfte Druck auszuüben. Das zeigt sich z. B. an den Repressalien gegenüber Kuba. 1966 reduzierte die chinesische Seite willkürlich die von Kuba dringend benötigten Reislieferungen von 250 000 auf 135 000 Tonnen. Angeblich sei in China selbst ein Bedarf an Reis entstanden. Gleichzeitig verpflichtete sich Peking aber gegenüber Japan, 300 000 Tonnen Reis zu liefern. Außerdem verringerte es entscheidend den Ankauf kubanischen Zuckers. Vorausgegangen war das Verbot der Verbreitung chinesischer Propagandamaterialien, die mit der Souveränität Kubas unvereinbare Ausmaße und Formen angenommen hatte. Auch die Doppelzüngigkeit der Politik gegenüber der DRV wird belegt.
Wie innerhalb des sozialistischen Lagers versuchten die chinesischen Führer, die Hegemonie über die revolutionäre Bewegung in der „Dritten Welt" zu erlangen. Die Verabsolutierung der Erfahrungen der chinesischen Revolution und ihre schablonenhafte Übertragung auf alle anderen Länder ist für diese Versuche kennzeichnend. Dabei stellt der Antisowjetismus zunehmend den wesentlichen Ausdruck dieser Politik dar. Ein Prüfstein des „Antiimperialismus" der Maoisten ist das Verhältnis zum imperialistischen Lager. Heute noch dulden die Pekinger Führer in Hongkong und Makao die Existenz des Kolonialismus auf chinesischem Boden. Der Anteil des chinesischen Außenhandels mit den imperialistischen Staaten übertrifft heute weit den mit den sozialistischen Staaten. Zwischen 1962 und 1968 hat sich das Verhältnis umgedreht; und 1968 setzte die VR China im Handel mit den sozialistischen Staaten 849 Mill. Rubel um, im Handel mit den entwickelten kapitalistischen Staaten dagegen 1545 Mill. Rubel. Auch das kennzeichnet die Wendung der maoistischen Führung gegen das sozialistische Lager. Intensiv wird das Verhältnis zu den USA untersucht und dabei der Gegensatz zwischen antiimperialistischem Wortgeklingel und dem Versuch des Arrangements mit den imperialistischen Mächten festgestellt.
Das Buch ist Mitte 1970 abgeschlossen worden. Hier zeigt sich jedoch zugleich auch die Stärke der Untersuchung; denn die festgestellten Tendenzen der Wandlung der chinesischen Führung an die Seite des Imperialismus bestätigt sich heute nicht nur im indisch-pakistanischen Konflikt. Hier stehen die USA und die Mao-Tse-tung-Gruppe auf derselben Seite. Wer gegen den existierenden Sozialismus kämpft, muß sich zwangsläufig über kurz oder lang im imperialistischen Lager wiederfinden. Heute sind in der Außenpolitik der VR China offensichtlich nicht mehr die USA der Hauptfeind Nr. 1, sondern die chinesischen Führer sehen ihre Hauptaufgabe im Kampf gegen die Sowjetunion und das sozialistische Lager. Auch der Besuch Nixons in Peking bei gleichzeitig verschärfter Abgrenzung gegen die UdSSR demonstriert diese Politik.
Die USA werden die Selbstisolierung Chinas ausnutzen, um ihre Aggressionsfront in Asien auszuweiten und den Druck auf China zu verstärken.

Protokoll des 1. Bundeskongresses des MSB SPARTAKUS als Taschenbuch

308 Seiten, mit Photos, DM 6,–

Aus dem Inhalt: Matthiessen: Zur Entstehungsgeschichte des SPARTAKUS - Hauptreferat - alle Diskussionsbeiträge - Bericht der Antragskommission zur Grundsatzerklärung - Auszug aus der Diskussion - Grundsatzerklärung - Satzung - Pressespiegel u. a.

Name .....

Ort .....

Straße .....

Ich bestelle per Nachnahme
(Versand nur per Nachnahme möglich)

..... **Exemplar(e) des Protokolls**

Schicken an: Bundesvorstand des MSB SPARTAKUS, 53 Bonn, Sternenburgstraße 73

BESTELLSCHEIN

..... Abonnement facit (5 Hefte) = 10,– DM + Porto ab Nr. .....

..... Expl. Facit Nr. 26, 25, 24, 22/23, 21, 20, 19, 17, 16, 15, 13/14, 12, 9

..... Expl.: „Revolutionäre Strategie ...“ facit-Reihe 3; 3,– DM + Porto

..... „Internationaler Klassenkampf“ facit-Reihe 5; 5,– DM + Porto

..... facit-Reihe 6 1,– DM + Porto

..... „Evolution und Revolution“ facit-Reihe 7; 6,– DM + Porto

..... „Arbeiterklasse gegen Faschismus“ (Dimitroff) 3,50 DM + Porto

..... „Der historische Materialismus und die Parteilichkeit der realistischen Literatur“, facit-Reihe 10; 2,– DM + Porto

..... „Futurologie“ (Prof. D. Klein) RK extra 7; 2,50 DM + Porto

..... „Woran starb der SDS? ...“ RK extra 9; 1,50 DM + Porto

..... „SDS in Sofia ...“ facit-aktuell 3; 1,– DM + Porto

..... „Protokoll des 1. Bundeskongresses des MSB SPARTAKUS“ Taschenbuch – 308 Seiten, 6,– DM + Porto

..... „Antiimperialistischer Kampf im Iran – Die gegenwärtigen Aufgaben der Conföderation Iranischer Studenten (CISNU)“, 80 Seiten, 2,50 DM, Februar 1972

..... „Israels Verflechtungen mit dem Imperialismus“, facit-Reihe 12, 48 Seiten, 2,– DM

..... Der Kampf gegen den Antikommunismus in der Schulpolitik und Analyse der bürgerlichen Pädagogik in der BRD facit-Reihe 13, 88 Seiten, 2,50 DM

Bestellungen an:

Werbe- und Literatur-Vertriebs-GmbH, 2 Hamburg 63, Langenhorner Chaussee 5

facit Lieferbare Titel

Alle Bestellungen an:

Werbe- und Literatur-Vertriebs-GmbH, 2 Hamburg 63, Langenhorner Chaussee 5

Ab facit Nr. 25 kostet das Heft im Abonnement nur 2,– DM
Ein Abonnement = 5 Hefte kostet 10,– DM + Porto

Neuerscheinungen:

Antiimperialistischer Kampf im Iran – die gegenwärtigen Aufgaben der Conföderation Iranischer Studenten (CISNU), facit-Reihe 11, 80 Seiten, 2,50 DM

Israels Verflechtung mit dem Imperialismus, facit-Reihe 12, 48 Seiten, 2,– DM

Der Kampf gegen den Antikommunismus in der Schulpolitik und Analysen der bürgerlichen Pädagogik in der BRD, mit Dokumenten, facit-Reihe 13, 88 Seiten, 2,50 DM
Bildungspolitik aus einem Guß – Stichpunkte zu prinzipiellen und aktuellen Fragen der Bildungspolitik des BRD-Imperialismus; Marx an die Hochschule; Zur ideologischen Strategie des Imperialismus; Der Kampf der lateinamerikanischen Völker gegen den Imperialismus ist unaufhaltsam; u. a. **facit Nr. 25** 64 Seiten 2,50 DM

Der historische Materialismus und die Parteilichkeit der realistischen Literatur von F. W. Plesken; **facit-Reihe 10,** 56 Seiten, 2,– DM

Protokoll des 1. Bundeskongresses des MSB SPARTAKUS, „Mit SPARTAKUS im SPARTAKUS“, Taschenbuch mit Fotos, **facit-Reihe 9,** 308 Seiten, 6,– DM

Arbeiterklasse gegen Faschismus von Georgi Dimitroff
facit-Reihe 8 broschiert, 114 Seiten, 3,50 DM

Evolution und Revolution in der Weltgeschichte. Mit elf Beiträgen namhafter Historiker der DDR zur Dialektik von Evolution und Revolution in den verschiedenen Epochen der Geschichte von der Antike bis zur Gegenwart. 204 S. **facit-Reihe 7** 6-– DM

„Für die siebziger Jahre – eine Philosophie des Stückwerks? Kritische Anmerkungen zu einem Aufsatz des Mannheimer Neopositivisten Hans Albert“ von Harald Wessel
facit-Reihe 6 32 Seiten 1,– DM

Internationaler Klassenkampf (Mit zahlreichen Beiträgen von Genossen aus Afrika, Asien und Lateinamerika, die dort selber mitten in den Klassenauseinandersetzungen stehen.) Neben Beiträgen über die einzelnen Erdteile insgesamt enthält der Band Artikel aus: Nigeria, Mexiko, Sudan, VAR, Libanon, Indien, Mongolei, Argentinien, Kuba, Kolumbien, Guayanas. Also: Informationen aus erster Hand!
facit-Reihe 5 broschiert, 180 Seiten 5,– DM

Revolutionäre Strategie und antiimperialistischer Kampf in Westeuropa – Karl Marx und die inneren Widersprüche des modernen Imperialismus von Prof. Dr. Dieter Klein. Nach „Imperialismus heute“ die zweite Analyse von Rang über die gesellschaftlichen Entwicklungstendenzen des organisierten Kapitalismus. Aus dem Inhalt: Systemdenken und Klassenkampf; ‚Futurologie‘ als Bewahrung der Vergangenheit; Funktion der Konvergenztheorie; Theorie der ‚Überflußgesellschaft‘ und die Wirklichkeit; Widerspruch zwischen der Entwicklung der Produktivkräfte und ihrer Pervertierung in Destruktivkräfte; Kriterien des revolutionären Potentials einer Klasse; Die Angestellten in der Sozialstruktur; Gewerkschaften ohne Zukunft? u. a. **facit-Reihe 3,** broschiert, DIN A 4, 64 S., 3,– DM

Woran starb der SDS? – Das Dilemma der Antiautoritären und die Konsequenzen marxistischer Studenten von Siegfried Wolff **RK extra 9** 32 Seiten, DIN A 4, 1,50 DM

Futurologie – Wer plant denn da? Was? – Zur wissenschaftlichen Gesellschaftsprognose spätkapitalistischer Entwicklungen – Kritisches zur bürgerlichen Futurologie von Prof. Dr. Dieter Klein (Im Anhang: Ein Gespräch während des Futurologenkongresses vom 10. bis 15. November 1969 in München mit den Tagungsteilnehmern Dr. Thomas Müller und Dipl.-Ing. Oskar Neumann) **RK extra 7** 52 Seiten, DIN A 4, 2,50 DM

SDS in Sofia – Dokumentation zum Ausschluß von fünf Kommunisten aus dem SDS – Zur Vorgeschichte der zweiten Spaltung des SDS: **facit aktuell 3,** DIN A 4, 124 S., nur 1,– DM

Steffen Lehndorff: Grundlage der Einheit im VDS; Rechtskartell und Monopolkapital: Christof Kievenweim: Politische Reaktion und faschistische Herrschaftsformen – Anmerkung zu einigen Tendenzen der Faschismus-Diskussion in der Deutschen Linke; Manfred Bosch: NLA – Portrait einer kommenden Rechtspartei; Johanna Hund: Materialien zum Bericht zur Lage der Nation 1971 **facit Nr. 24** 1,– DM

Steffen Lehndorff: Für Demokratie und sozialen Fortschritt; Christoph Strawe: Perspektiven der demokratischen und sozialistischen Studentenbewegung; G. Matthiessen: Zum Rechtskartell in der BRD; B. Müller: Formierung der Rechtskräfte in der Universität; Jacques Nagels (KP Belgiens): Technokratische oder demokratische Strukturreform an der Universität; K. Peters: Ideologie und Methodologie in der bürgerlichen Philosophie; F. Adler: Wie kritisch ist Habermas' „kritische Theorie"?; u. a. – **facit Nr. 22/23** (Doppelheft) 2,– DM

Walter Hollitscher: Aneignung der Natur und Natur der Aneignung; F. W. Plesken: Zur Literatur über den Naturdialektik-Streit; E. J. Hobsbawm: Lenin und die „Arbeiteraristokratie"; Robert Steigerwald: Brief an einen Genossen Studenten; P. Schäfer: Hochschulrahmengesetz – Baustein staatsmonopolistischer Formierung; M. Maercks: Die Bundeswehrschule – Schule der Nation, Geistige Militarisierung in Westdeutschland; Fred Schmid: Friedensforschung als Kriegsforschung; u. a. **facit Nr. 21** 1,– DM

„Parteien in der BRD": G. Matthiessen: Zur Rolle der SPD im Spätkapitalismus und ihrem ideologischen Einfluß auf die Studentenbewegung; u. a. P. Schöttler: Die „linken" Sozialdemokraten in Frankreich – Zur Geschichte, Struktur und politischen Theorie der PSU; Fidel Castro: Kuba steht zu Lenin und zur Sowjetunion; D. Peukert: Über die Unwissenschaftlichkeit des ökonomischen „Antirevisionismus"; Rolf Geffken: Erscheinungsformen und Ursachen von Klassenjustiz im kapitalistischen Deutschland. **facit Nr. 20** 1,– DM

„Leninismus heute": Fisch/Heiseler/Schütte: Lenin und die westdeutsche Schulphilosophie; G. Bessau: Marx versus Lenin?; Kurt Steinhaus: Systemauseinandersetzung im nachfaschistischen Deutschland; Staat und Absterben des Staates in der DDR; J. Hund: Zur Einschätzung linksradikaler Gruppierungen in der Studentenbewegung; G. Matthiessen: Zu einigen Fragen des antiimperialistischen Kampfes heute. **facit Nr. 19** 1,– DM

Prof. Dr. Manfred Buhr: Die Menschen machen ihre Geschichte selbst; E. Bessau: Ideologische Fundamente westdeutscher Hochschulreform; G. Bessau: Die dritte Hochschulreform in der DDR als Beispiel fortschrittlicher Bildungspolitik; Grundsatzerklärung des SPARTAKUS; u. a. **facit Nr. 17** 1,– DM

Martin Walser: Aktion ohne Vermittlung; Eberhard Czichon: Ein Beispiel: Hermann Josef Abs – Bankier und Politiker; Chr. K. Kievenheim: Zur Situation der Gewerkschaften im staatsmonopolistischen Kapitalismus; u. a. **facit Nr. 16** 1,– DM

Juan Diz (KP Spaniens): Arbeiterjugend und Studenten im spanischen Klassenkampf; René Hermann: Strategie und Rüstung in der Bundeswehr; H. Heinemann: Bericht zur Entwicklung der Westberliner Basisgruppen; M. Maercks: DKP-Student zur Hochschulpolitik; Bernard/Schweicher: Analytische Voraussetzungen für eine antimonopolistische Hochschulpolitik; u. a. **facit Nr. 15** 1,– DM

Prof. Dr. Dieter Klein: Revolution in Frankreich? – Was ist heute revolutionär?; Dr. J. H. v. Heiseler: Internationaler Klassenkampf – Zu den wesentlichen Grundbeziehungen im weltrevolutionären Prozeß; H. E. Schmitt: Möglichkeiten revolutionären parlamentarischen Kampfes; Dr. Heiseler: Zu einigen Ursachen der Schwankungen in der theoretischen Bewegung im SDS; Högemann-Ledewohn/A. Nigbur: Liberalisierung oder Demokratisierung? – Zur Entwicklung der Tschechoslowakei; u. a. **facit Nr. 13/14** 1,– DM

„SDS – Teil der Arbeiterbewegung"; „New York Universitätsimpressionen"; „Zum Verhältnis von Studentenbewegung und Arbeiterbewegung"; „Bemerkungen zur ‚Springerresolution' und einigen ideologischen Implikationen"; „2 Taktiken der herrschenden Klasse und Möglichkeiten der Gegenwehr"; u. a. **facit Nr. 12** 1,– DM

„Karl Marx in Köln in der Revolution von 1848/49" von Prof. Dr. Karl Obermann; Der Kardinal oder die Sympathie der Ideologie. **facit Nr. 9** 0,50 DM

Marx schreibt mit!

Manchmal auch Engels. Häufig übrigens Lenin. Um nur einige wenige Köpfe zu nennen, die für unsere Zeitung arbeiten.

Also steht der Kapitalismus in jeder Nummer vor dem Röntgenschirm. Die Befunde stehen in der UZ. Also wird der Imperialismus in jeder Nummer durchleuchtet. Auch diese Befunde stehen in der UZ. Und was in den Betrieben los ist, in den Schulen und Universitäten, steht ebenfalls in der UZ. Übrigens auch, warum einiges los ist. Denn das ist noch wichtiger. Und schließlich: Arbeiter, Schüler und Studenten schreiben selbst in der UZ.

Dr. Wenzel-Verlag GmbH A 60 — Abteilung 41
Duisburg 12 — Pothmannstraße 12